

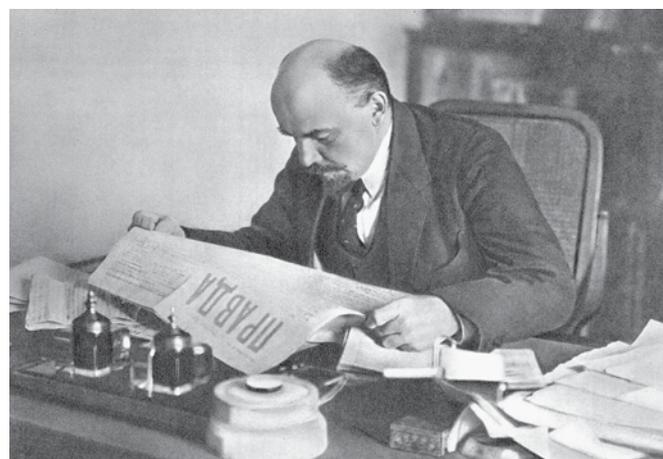
ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Dritter Anlauf

Am 21. Januar vor 100 Jahren starb Wladimir Iljitsch Lenin. Er stand an der Spitze der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917, die ein ganzes Kapitel der Geschichte der Menschheit beendete und ein neues eröff-

Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ schrieb er zum Beispiel: „Die Monopole haben in verstärktem Maße zur Besitzergreifung der wichtigsten Rohstoffquellen geführt (...) Die monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen hat die Macht des Großkapitals ungeheuer gesteigert (...) Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik erwachsen. Den zahlreichen ‚alten‘ Motiven der Kolonialpolitik fügte das Finanzkapital noch den Kampf um Rohstoffquellen hinzu, um Kapitalexport, um ‚Einflußsphären‘, d. h. um Sphären für ihre gewinnbringenden Geschäfte.“ (Lenin Werke, Band 22, Seiten 304/305)



Lenin beim Lesen der „Prawda“ 1918

nete. Bereits ihre ersten Maßnahmen – das Dekret über den Frieden, mit dem Rußland aus dem imperialistischen Weltkrieg ausschied, und das Dekret über den Boden – hatten eine ungeheure Wirkung außerhalb und innerhalb Rußlands. Zum ersten Mal entstand eine machtvolle Friedensbewegung in den Ländern des Imperialismus. Millionen Menschen in Nordamerika und Westeuropa verlangten nicht nur ein Ende des Krieges, sondern auch die Sicherung eines dauerhaften Friedens. Vielen war klar: Das war nur im Sozialismus möglich. Die Begeisterung für die neue Gesellschaftsordnung erreichte nach 1917 Klassen und Schichten weit über das Industrieproletariat hinaus. Nach mehr als 400 Jahren kolonialer Ausbeutung, Unterdrückung, Versklavung und Ausrottung ganzer Völker begann mit der Oktoberrevolution und dem Aufstieg der Sowjetunion die erste Phase des Befreiungskampfes in den Kolonien.

Lenin war der einzige marxistische Theoretiker seiner Zeit, der das ökonomische Wesen des imperialistischen Krieges im Monopol aufdeckte, in einer neuen Stufe der Vergesellschaftung der Produktion, im Verschmelzen von Banken- und Industriekapital. Er machte zugleich immer wieder darauf aufmerksam, daß mit dem Monopolkapital auch eine neue Stufe der kolonialen Unterdrückung erreicht wurde. In seiner 1916 verfaßten Studie „Der

Imperialismus vor allem als Raub- und Kolonialkrieg gegen die Sowjetunion geführt wurde, sind wir gegenwärtig Zeitgenossen der zweiten Phase der Entkolonialisierung. Zum ersten Mal werden viele Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nicht nur formal vom Imperialismus unabhängig, sondern auch wirtschaftlich und politisch. Möglich gemacht hat das der Aufstieg Chinas zur wirtschaftlichen Weltmacht. Aber wieder stellt sich der deutsche Imperialismus in Europa an die Spitze eines NATO-Krieges, der das kapitalistische Rußland zum Rohstoffvasall des Westens machen soll. Am deutlichsten hat das bisher die SPD ausgesprochen, nicht nur durch die Forderung, Deutschland müsse „kriegstüchtig“ werden. Sie verabschiedete auf ihrem Parteitag vom 7. bis zum 10. Dezember 2023 in Berlin ein außenpolitisches Papier, in dem der Satz steht: „Solange sich in Rußland nichts fundamental ändert, wird die Sicherheit Europas vor Rußland organisiert werden müssen.“ Das ist eine Kriegserklärung nicht nur gegen Rußland, sondern gegen alle Staaten, die sich aus Abhängigkeit vom Imperialismus lösen. In Berlin regiert erneut der Größenwahn.

Auch unter deutschen Linken wird über den Charakter des Krieges gegen Rußland oder über die Gesellschaft der Volksrepublik China gestritten. Manche erklären, es gehe beiden

Ländern um die Neuaufteilung der Welt. Nicht erwähnt wird aber: Vor der globalen Neuaufteilung will der Imperialismus Rußland und China aufteilen. Bei Lenin läßt sich nachlesen, warum. Er schrieb 1920 im Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe seiner Imperialismusstudie: „Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll ‚fortgeschrittener‘ Länder geworden. Und in die ‚Beute‘ teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber (Amerika, England, Japan), die die ganze Welt in ihren Krieg um bei der Beuteverteilung vorn mit dabei zu sein.“ Lenin konnte nicht ahnen, daß der deutsche Imperialismus gut 100 Jahre danach den inzwischen dritten Anlauf unternimmt, um bei der Beuteverteilung vorn mit dabei zu sein. Er darf und wird nicht damit durchkommen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Bis an die Zähne bewaffnet	2
Deutschlands Kriegstüchtigkeit	3
Scholz und der Bundesparteitag der SPD	4
Hauptfeinde markiert	6
Nein zum Krieg!	7
Imperialistische Allianz und die Linke	8
Was ist links?	10
Zur Krise der PDL	11
Das Bündnis Sahara Wagenknecht	12
AfD-Verbot	13
Zum Zustand der russischen Wirtschaft	14
Der „Hegemon“ und seine aktuellen Konflikte	16
75 Jahre Unrecht	18
Israel und die Vereinten Nationen	19
BRICS und die Achse des Widerstands	20
Erzwungene Ausweisung von Afghanen aus Pakistan	21
Vor 25 Jahren siegte Chavez bei Wahlen in Venezuela	22
Wirtschaftsmärchen	25
Die Linke und das Arbeitsrecht	27
Staatsgrenze zwischen DDR und BRD	28
1955: Offizierte für den Frieden	30
Ein Briefwechsel Müller – Hacks	31
Der Spartakistenaufstand	32
Zum 100. Todestag Lenins	33
Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung	34

„Bis an die Zähne bewaffnet“

Berlin und Brüssel diskutieren Finanzierung steigender Militäretats: per Aufrüstungsfonds à la Corona-Wiederaufbaufonds oder per Streichung von Feiertagen. Bekannter Publizist fordert nukleare Bewaffnung der EU.

Milliarden für die „Kriegstüchtigkeit“

Der offizielle deutsche Militärhaushalt wird 2024 um rund 1,7 Milliarden Euro steigen und 51,8 Milliarden Euro erreichen. Rechnet man die 19,2 Milliarden Euro aus den Sonderschulden hinzu, die laut Auskunft des Verteidigungsministeriums im Jahr 2024 ausgegeben werden sollen, dann erreichen die deutschen Wehrausgaben rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für die Zeit, wenn die Sonderschulden aufgebraucht sind, verlangt Verteidigungsminister Boris Pistorius bereits heute eine beispiellose Erhöhung des Militäretats; dieser müsse, erklärte Pistorius am 29.11.23 im Bundestag, um bis zu 23 Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt werden.

„Europäische Verteidigungsbonds“

Gleichzeitig zum deutschen sind auch die Militäretats zahlreicher weiterer EU-Länder aufgestockt worden. So gaben die Mitgliedstaaten der Union im Jahr 2022 die Summe von 240 Milliarden Euro für ihre Streitkräfte aus, sechs Prozent mehr als im Jahr 2021. Sechs EU-Staaten erhöhten ihre Wehretats dabei um mehr als zehn Prozent, Schweden gar um mehr als 30 Prozent. In diesem Jahr liegen die Militärausgaben der EU-Staaten laut Angaben von Ratspräsident Charles Michel schon bei 270 Milliarden Euro. Wie Michel auf der Jahrestagung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) mitteilte, lag der Betrag, der 2022 allein für Rüstungsinvestitionen ausgegeben wurde, bei 60 Milliarden Euro. Das bedeute, „daß wir in

den nächsten zehn Jahren mindestens 600 Milliarden Euro investieren können“, um Kriegsgewehr zu entwickeln und zu produzieren, hielt Michel fest. Mit 600 Milliarden Euro könne man „großartige Dinge tun“. „Das kann und sollte ein Wendepunkt sein.“ Michel plädierte darüber hinaus dafür, es nicht bei dieser Summe zu belassen. Um „unsere technologische und industrielle Basis“ auf dem Sektor der Rüstungsindustrie zu stärken, sprach er sich für die Einführung von „europäischen Verteidigungsbonds“ aus.

EU-Aufrüstungsfonds geplant

Michels Vorschlag knüpft an einen Vorstoß von Estlands Ministerpräsidentin Kaja Kallas an. Diese hatte auf dem letzten EU-Gipfel dafür plädiert, eigens einen EU-Aufrüstungsfonds aufzulegen. Der Fonds ist Teil einer umfassenden Militarisationsoffensive. Kallas will durchsetzen, daß die Aufrüstung während der Amtszeit der nächsten EU-Kommission nach der Europawahl im Juni 2024 zu einer der „drei obersten Prioritäten der EU“ aufgewertet wird. Für die Finanzierung des Aufrüstungsfonds sei sicherlich „ein dreistelliger Milliardenbetrag nötig“. Die Bundesregierung läßt erkennen, sie sei „nicht grundsätzlich“ gegen das Vorhaben. Es müsse lediglich verhindert werden, daß einzelne EU-Staaten ihre Haushalte entlasteten, indem sie ihre Militärausgaben faktisch auf die EU-Ebene verschöben. Sollte es irgendwann gelingen, einheitliche EU-Streitkräfte zu etablieren, dann spreche ohnehin überhaupt nichts dagegen, sie aus gemeinsamen EU-Mitteln zu finanzieren, werden Kreise aus dem Berliner Kanzleramt zitiert.

Feiertage streichen

Ein neuer Vorschlag zur Aufstockung des deutschen Militärhaushalts kommt

unterdessen aus der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Deren Direktor Guntram Wolff schrieb Ende November 2023 in einem Beitrag für das Handelsblatt, die Bundesrepublik werde „zwingend wesentlich mehr für ihre eigene Verteidigungsfähigkeit und die Unterstützung der Ukraine ausgeben müssen“. Die „damit einhergehende Erhöhung der Staatsausgaben“ sei „strukturell, das heißt wahrscheinlich über Jahrzehnte, notwendig“. Wolff geht von einem Betrag in Höhe von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Ihm zufolge müssen darüber hinaus weitere 0,5 Prozent „für die grüne Transformation“ eingeplant werden. Um „diese langfristig notwendigen zusätzlichen Belastungen von fast einem Prozentpunkt“ des Bruttoinlandsprodukts stemmen zu können, könne man ganz einfach zwei Feiertage abschaffen. (...)

„Gemeinsamer Koffer mit rotem Knopf“

Während die Debatte um die Finanzierung rasant steigender Wehrhaushalte andauert, schlägt ein im Berliner Establishment einflußreicher Publizist eine nukleare Bewaffnung der EU vor. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler fordert in einem aktuellen Interview: „Europa muß atomare Fähigkeiten aufbauen“. Zwar habe Großbritannien „Atom-U-Boote, Frankreich die Bombe“; doch könne man nicht sicher sein, daß sie einsetzen würden, um „Litauen oder Polen zu schützen“. Man sei bloß unangreifbar, wenn man „bis an die Zähne bewaffnet“ sei, wird Münkler zitiert. Der Politikwissenschaftler fordert: „Wir brauchen einen gemeinsamen Koffer mit rotem Knopf, der zwischen großen EU-Ländern wandert.“

german-foreign-policy.com, 1.12.23

Quantensprung beim Mentalitätswechsel –

DGAP bereitet Deutschland auf Krieg mit Rußland vor

Der regierungsnaher Think-Tank „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP) geht fest davon aus, daß Rußland einen Angriff auf das NATO-Gebiet im Baltikum plant. Es warte nur auf ein „Fenster der Möglichkeiten“. (...)

Das treibe Deutschland dazu, entsprechende eigene Abwehrmaßnahmen beliebig umfassend zu formulieren. Diese erstrecken sich auf drei Bereiche: Wiederaufbau der Bundeswehr zur stärksten europäischen NATO-Armee, Erneuerung der rüstungsindustriellen Basis und der Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz. Außerdem würde der erwartete russische Angriff nicht nur militärischen Zielen, sondern der „gesamten Bandbreite der Schwächen westlicher Gesellschaften“ gelten. Damit der Westen eine Chance habe, müsse er Rußland zeitlich zuvorkommen und besser schon in sechs statt zehn Jahren komplett kriegsfähig werden. Das erfordere einen grundlegenden Mentalitätswechsel und einen „Quantensprung“ in Militär, Industrie und Gesellschaft:

„Der viel geforderte Mentalitätswechsel wird nur geschehen, wenn die Gesamtverteidigung ein Teil des Alltags von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wird.“ Einen Startpunkt für den Wandel des Alltags könnte laut der DGAP die Bundesregierung setzen, indem sie gemeinsam mit den Landesregierungen und den Parlamenten eine sicherheitspolitische Dekade ausruft – einen auf zehn Jahre angelegten Gesellschaftsvertrag, um Deutschland auf mögliche zukünftige Konflikte vorzubereiten. Konkret soll ein Resilienzpraktikum die Bundesbürger und andere Einwohner faktisch zu einem Reservistenheer machen: „Statt einer militärischen Dienstpflicht sollte es in den Bereichen, die für die Gesamtverteidigung relevant sind, ein verpflichtendes Praktikum für alle in Deutschland lebenden Menschen im Alter von 18 bis 65 Jahren geben.“ Den Experten schwebt eine mobilisierte, hoch motivierte Gesellschaft vor, nach medialem Vorbild angesichts des brutalen Angriffs eines Aggressors

auf das geeinte Volk in der Ukraine. Resilienz muß jede Pore der Gesellschaft durchdringen, die „Mikroebene“ der Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, öffentliche Einrichtungen, Vereine und Betriebe. Es sei wichtig die Bevölkerung intensiv an der Ausgestaltung der sicherheitspolitischen Dekade zu beteiligen, denn durch „Identifikation (Ownership), Wettbewerbe, Weiterbildungen, Trainingscamps und viele andere interaktive Formate werden die Befähigung und die Motivation der Menschen zur Resilienz gestärkt“. Eine besondere Rolle komme auch auf die Privatwirtschaft zu. Sie könnte nämlich bei der Finanzierung („Investitionen“) des Ganzen einspringen. Mit anderen Worten: Auch Unternehmen, ob klein oder groß, werden auf die eine oder andere Weise zur Kasse gebeten. (...)

Redaktionell gekürzt

<https://freedert.online/inland/>, 20.11.2023

„Kriegstüchtigkeit“ als Handlungsmaxime

Neue Verteidigungspolitische Richtlinien verlangen von der Bundeswehr „Kriegstüchtigkeit“ und orientieren auf Krieg mit Rußland. Berlin erhofft sich auch militärischen Machtzuwachs in NATO und EU.

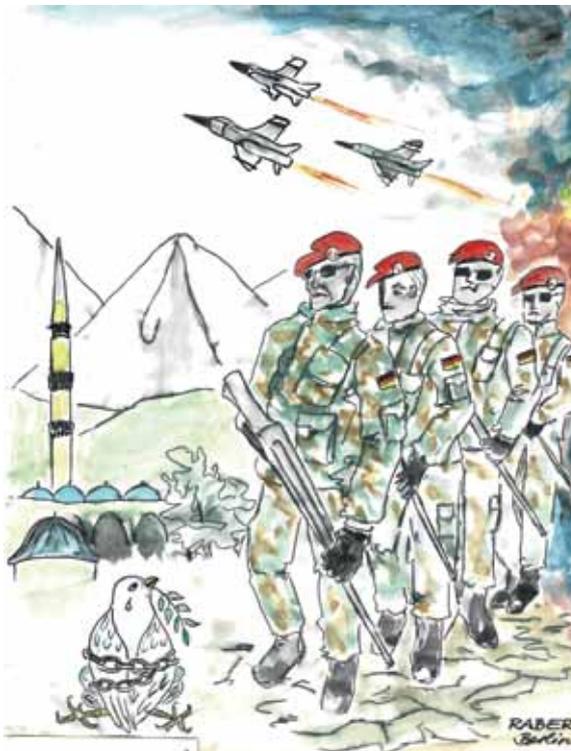
„Jederzeit kampfbereit“

Die Bundeswehr sei ein „Kerninstrument“ der deutschen Sicherheitspolitik, heißt es in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien. Statt auf Diplomatie setzt die Bundesregierung demnach auf „umfassende militärische Vorbereitung bereits im Frieden“. Sie erhebt den „Anspruch gesicherter militärischer Handlungsfähigkeit“ und erklärt „Kriegstüchtigkeit“ zur übergeordneten „Handlungsmaxime“. „Im Zentrum aller Initiativen und Maßnahmen“ müsse das Ziel stehen, „die Einsatzfähigkeit“ der deutschen Armee „insgesamt weiter zu erhöhen“. Man benötige eine „voll ausgestattete sowie dauerhaft und jederzeit einsatz- und kampfbereite Bundeswehr“. Maßstab sei „die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht“. Dazu will Berlin die Infrastruktur der Bundeswehr „beschleunigt“ modernisieren und „ausbauen“, „Produktions- und Lagerkapazitäten bei Beschaffung von Waffensystemen, Ausrüstung, Verpflegung, Munition und Betriebsstoffen“ steigern sowie eine „starke nationale und europäische Rüstungsindustrie“ aufbauen. Die „zentrale Herausforderung“ sieht das Verteidigungsministerium darin, ausreichend Soldaten zu finden. Um die gewünschte Steigerung der militärischen Schlagkraft erreichen zu können, kündigt das Ministerium eine dauerhafte Erhöhung des Wehretats auf „mindestens“ (!) zwei Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung an.

Sieg über Rußland

Im Zuge des Fähigkeitsaufbaus will Berlin die Bundeswehr noch weiter auf die sogenannte Landes- und Bündnisverteidigung ausrichten, die sie in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien zum „Kernauftrag“ der Bundeswehr erklärt. Die sich daraus ergebenden Anforderungen an das Militär seien „strukturbestimmend“. Die bisherige Ausrichtung der Bundeswehr auch auf „weltweite Einsätze zum internationalen Krisenmanagement“ müsse „umgekehrt“ werden, wenngleich Militärinterventionen in Deutschlands „unmittelbarem Sicherheitsumfeld in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, in der Arktis sowie im Indopazifik“ „weiterhin unverzichtbar“ seien. Der Ukraine-Krieg zeige, daß die Bundesrepublik ihr militärisches Potential „am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten“ müsse; gemeint ist Rußland. Mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien legt Berlin seinen sicherheitspolitischen „Fokus“ ausdrücklich „auf die Sicherheit vor der Russischen Föderation“. Das Papier diagnostiziert eine „unmittelbare Bedrohung für die Souveränität und territoriale Integrität

Deutschlands“. Der „euroatlantische Raum“ müsse deshalb der „klare Schwerpunkt“ der „Kräftebindung“ der Bundeswehr sein. Es werde eine „verstetigte Präsenz an der NATO-Außengrenze in neuer Qualität“ geben. Die Stationierung an der NATO-Ostflanke werde, so heißt es weiter, für die Bundeswehr künftig zur „Norm“. Die Fähigkeit zur Verlegung und Versorgung „durchhaltefähiger Kräfte“ müsse sichergestellt werden. „Leuchtturmprojekt“ sei die geplante permanente Stationierung einer deutschen Brigade in Litauen. Zur „Auseinandersetzung“ mit Rußland heißt es im Grundsatzdokument der deutschen Sicherheitspolitik: „Wir wollen ... nicht nur gewinnen, sondern wir müssen“. Dem Sieg über Rußland seien „alle weiteren Aufträge und Aufgaben ... nachgeordnet“.



Zugriff auf Naturressourcen und Absatzmärkte weltweit

Die erste Militärstrategie

Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien knüpft das Verteidigungsministerium an die im Sommer veröffentlichte Nationale Sicherheitsstrategie an und ersetzt nach eigenen Angaben das Weißbuch zur Sicherheitspolitik von 2016 und die Konzeption der Bundeswehr von 2018. Die grundsätzlichen strategischen Überlegungen will das Ministerium in einem nächsten Schritt konkret in Waffen, Struktur und Personal der Bundeswehr umsetzen. Dazu kündigt es eine Aktualisierung des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr von 2018 sowie erstmalig eine Militärstrategie an. (...)

Militärpolitische Kontinuitäten

Bereits in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 erhob die Bundesrepublik den Anspruch, ihren „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ bei Bedarf auch militärisch durchzusetzen. Damals

erklärte sie Interventionskriege außerhalb des Bündnisgebiets zur „Schwerpunktaufgabe“ der deutschen Armee und verschrieb sich einem entsprechenden Aufbau militärischer Fähigkeiten. Darauf aufbauend erklärte Berlin mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 2011 die Bundeswehr ganz selbstverständlich zur „Armee im Einsatz“. Gestützt auf die wachsende militärische Stärke, verkündeten führende deutsche Politiker unter dem Schlagwort „Neue Macht, Neue Verantwortung“ im Oktober 2013 einen neuen deutschen Machtanspruch. Als im Jahr darauf die Ostexpansion der EU in einen Bürgerkrieg in der Ukraine mündete, traf Berlin eine strategische Richtungsentscheidung. Seitdem steht der militärische Fähigkeitsaufbau Deutschlands unter dem Vorzeichen eines drohenden Krieges mit Rußland. Im Weißbuch von 2016 und in der Konzeption der Bundeswehr von 2018 war der Bedeutungszuwachs der „Landes- und Bündnisverteidigung“ gegenüber Interventionskriegen außerhalb des Bündnisgebietes bereits enthalten. Die jetzt präsentierten neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien sind lediglich der jüngste Schritt auf dem bereits 2014 eingeschlagenen Weg. An dem 2013 öffentlich formulierten übergeordneten Ziel, eine militärisch untermauerte Machtpolitik auch an anderen Kriegsschauplätzen treiben zu können, ändert die strategische Fokussierung auf den Einflusskampf mit Rußland allerdings nichts.

Nationale Ambitionen

Seine Aufrüstung betreibt Berlin seit der 2014 erfolgten Schwerpunktverschiebung hin zur „Landes- und Bündnisverteidigung“ zunehmend im Rahmen der NATO-Vorgaben. Mit der „Erfüllung der Deutschland zugewiesenen NATO-Fähigkeitsziele“, die die Verteidigungspolitischen Richtlinien beschwören, trägt die Bundeswehr allerdings erklärtermaßen auch zur „langfristigen, nationalen Fähigkeitsentwicklung“ und damit zum militärischen Erstarren Deutschlands bei. Dem entsprechend tritt die Bundesrepublik ihren Verbündeten in Europa und den USA in dem Papier mit einem neuen Selbstbewußtsein gegenüber: Sie meldet „Führungswillen“ an, sieht sich in einer „Führungsverantwortung“ und erhebt nicht nur innerhalb der EU, sondern auch für die NATO Anspruch auf eine „gestaltende Rolle“. Die Bundeswehr solle „rasch“ eine „der leistungsfähigsten Streitkräfte in Europa“ werden, um nicht nur „militärischer Anlehnungspartner in Europa“, sondern sogar „Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung“ Europas zu werden. Mit dem Dokument erklärt Berlin den erwähnten machtpolitischen Kurs zur Grundlage seiner Sicherheitspolitik, dies in vollem Bewußtsein, daß daraus für Deutschland „in besonderem Maße eine Bedrohung“ erwachse – „auch militärisch“.

*german-foreign-policy.com, 13.11.23
Redaktionell geringfügig gekürzt*

Der Kanzler und seine „Wahrheitsliebe“

Bundeskanzler Scholz hat auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2023 eine Rede gehalten, die von deutschen Medien insgesamt gut aufgenommen wurde. Daß die Rede eine einzige Sammlung dreister Lügen war, haben sie nicht erwähnt.

Wie schon bei seiner Regierungserklärung zum Urteil des Verfassungsgerichtes, das die Haushaltspolitik der Scholz-Regierung als verfassungswidrig eingestuft und damit die Haushaltskrise ausgelöst hat, begann Scholz auch die Rede beim SPD-Parteitag damit, daß er und seine Regierung an allen Problemen in Deutschland schuldlos sind. 20 Minuten lang hat er das erzählt, wobei er allerdings fast die gesamten 20 Minuten gelogen hat. Das schauen wir uns einmal an.

Rußland ist an allem schuld!

Als erstes hat Scholz natürlich Rußland die Schuld an den deutschen Problemen gegeben und ist wieder auf seine Formulierung der „Zeitenwende“ eingegangen, mit der er den 100-Milliarden-Sonderkredit für die Bundeswehr begründet hat. Scholz sagte:

„Eine Zeitenwende deshalb, weil Rußland mit diesem Angriff alle Verständigung der letzten Jahrzehnte über Frieden und Sicherheit in Europa aufgekündigt hat und die wichtigste, erkämpft von sozialdemokratischen Kanzlern bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die gesagt haben, es muß doch diese Klarheit geben: Grenzen werden in Europa nicht mehr mit Gewalt verschoben. Genau das hat Putin infrage gestellt.“

Zunächst einmal stimmt das nicht, weil die ersten Grenzen, die nach dem Krieg in Europa mit Gewalt verschoben wurden, die jugoslawischen Grenzen waren. Übrigens war daran für Deutschland ebenfalls eine SPD-Regierung beteiligt.

Aber auch die Aussage von Scholz über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die heute OSZE heißt, ist unwahr, denn es war der Westen, der gegen die Regeln und gültigen Verträge der OSZE verstoßen hat.

Dort wurde nämlich geregelt, daß kein Staat und kein Block in Europa dominant werden darf und daß kein Staat seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten ausbauen darf. Genau das war aber das Angebot der NATO, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was der Hauptgrund für die Eskalation in der Ukraine im Februar 2022 war.

Hätte die NATO, also auch ganz konkret Kanzler Scholz, damals auf die von Rußland im Dezember 2021 vorgeschlagenen gegenseitigen Sicherheitsgarantien reagiert, anstatt sie ohne Verhandlungen abzulehnen, hätte das die Eskalation vom Februar 2022 verhindert. (...)

Scholz trifft daher eine ganz persönliche Schuld, denn da die NATO nur mit Zustimmung aller Mitgliedsstaaten erweitert werden kann, hätte Scholz als deutscher Kanzler verkünden können, daß Deutschland eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ablehnt.

Sogar das hätte vielleicht schon gereicht, um die Eskalation zu verhindern. (...)

Welches Land dominiert?

Eine besonders lustige Aussage von Scholz war danach:

„Aber es war für uns immer klar, daß wir nicht in einer Welt leben wollen, in der ein großes Land dominiert und bestimmt, was in einem kleineren Land in seiner Nachbarschaft stattfindet, daß sie bis in die Politik des Landes hineinregieren. Wir wollen, daß kleine Länder sich vor ihren großen Nachbarn nicht fürchten müssen.“

Instinktiv müßte man denken, daß Scholz von den USA gesprochen hat, die im Zuge der Monroe-Doktrin in ihrer Nachbarschaft immer wieder Länder überfallen haben. Oder

Ernährungssicherheit ihrer eigenen Bevölkerung und um die Frage kämpfen, ob sie sich die Energie, die sie brauchen, überhaupt noch leisten können. Das ist auch eine Konsequenz des russischen Imperialismus, die wir hier beschreiben müssen. Wir haben ihnen geholfen und wir werden das weiter tun, daß sie diese schwere Zeit durchstehen können. Wir haben dafür gesorgt und gekämpft, daß es Möglichkeiten gibt, Getreideexporte aus Rußland und der Ukraine in diese Welt kommen zu lassen.“

Das exakte Gegenteil ist der Fall, denn es sind die Sanktionen, vor allem der EU, die die Exporte von Getreide aus Rußland behindern. Dabei geht es um das sogenannte Getreideabkommen, mit dem der Export von ukrainischem und russischem Getreide und russischen Düngemitteln ermöglicht werden sollte.



Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte 1975 in Helsinki

nehmen wir den Irak, Syrien, Libyen und so weiter, die von den USA überfallen wurden. Oder den von den USA finanzierten und orchestrierten Maidan, mit dem die USA nicht nur „bis in die Politik des Landes hineinregiert“, sondern sogar einen Putsch organisiert haben. Und man kann sich an all die anderen Farbrevolutionen der letzten Jahrzehnte erinnern.

Aber das hat Scholz natürlich nicht gemeint, er würde die USA nie kritisieren.

Und überhaupt ist es doch der US-geführte Westen, der allen Ländern vorschreiben will, welche „Werte“ sie zu lieben haben und welche Politik sie machen sollen. Es sind nicht Rußland oder China, die von den Ländern in aller Welt eine bestimmte Politik verlangen.

Zynische Lügen über Ernährungssicherheit

Besonders zynisch war folgende Aussage von Scholz:

„Ja, überall sind die Preise gestiegen für Energie, überall sind die Preise gestiegen für Nahrungsmittel. Und während wir hier zu kämpfen haben mit den Konsequenzen gestiegener Preise, müssen manche Länder um die

Nachdem das Abkommen im Sommer 2023 abgeschlossen war, erwies es sich schnell als Farce, denn es gingen nur etwa drei Prozent des ukrainischen Getreides an vom Hunger bedrohte Länder, während der größte Teil in die EU geliefert wurde, wie man auf der entsprechenden Seite der UNO erfahren kann. Das Abkommen sollte auch den problemlosen Export von russischem Getreide und Düngemitteln ermöglichen, der durch die westlichen Sanktionen gegen russische Banken, Versicherungen und Logistikunternehmen behindert wird. Die UNO fordert seitdem die Aufhebung der Sanktionen, die den Export von russischem Getreide und Düngemitteln behindern, was der Westen – und auch Scholz ganz persönlich – aber ablehnen.

Scholz hat also gelogen, wenn er behauptet, seine Regierung habe „dafür gesorgt und gekämpft, daß es Möglichkeiten, gibt Getreideexporte aus Rußland und der Ukraine in diese Welt kommen zu lassen“, denn zumindest bei den russischen Exporten, deren Mengen die ukrainischen weit übertreffen, und die daher für die weltweite Ernährungssicherheit sehr

wichtig sind, hat Scholz das Gegenteil getan: Er hat russische Getreideexporte verhindert. Und daß Rußland aufgrund dieser vom Westen geschaffenen Probleme viele zehntausend Tonnen seines Getreides kostenlos an die bedürftigsten Länder vor allem in Afrika liefert, während die EU aus ihren vollen Getreidesilos keine kostenlosen Lieferungen nach Afrika schickt und sogar russische Düngemittel in ihren Häfen blockiert, die Rußland ebenfalls umsonst an notleidende Länder Afrikas abgeben will, hat Scholz nicht erwähnt.

„Rußland hat die Energieversorgung Europas eingestellt.“

Auch beim Thema Energie hat Scholz gelogen, denn er hat gesagt:

„Rußland, ja Rußland, hat die Energieversorgung Europas eingestellt. Mancher von der AfD und mancher von den Leuten, die immer alles querdenken, hat es ja immer noch anders in der Erzählung, aber es war der russische Präsident, der die Gaslieferung durch die heile Pipeline gestoppt hat. Die Versorgung Deutschlands ist damit in Frage gestellt worden. 50 Milliarden Kubikmeter Gas, die da durchkommen können, sind nicht mehr verfügbar. Insgesamt sind in Europa 120 Milliarden Kubikmeter Gas nicht mehr da, die vorher aus Rußland geliefert worden sind. Das hat Konsequenzen für die Preise.“ Das sind verdammt viele Lügen in sehr wenigen Sätzen. Schauen wir uns das also einmal chronologisch an.

Erstens: Die Regierung Scholz hat der betriebsbereiten und mit Gas befüllten Pipelines

von Nord Stream 2 am 22. Februar 2022, also noch vor Beginn der russischen Militäroperation, die Genehmigung verweigert. Das geschah übrigens auf Initiative von Scholz persönlich. Putin hatte damit nichts zu tun.

Zweitens: Es waren die Sanktionen westlicher Länder, die im Sommer 2022 die vertragsgemäße Wartung der Turbinen von Nord Stream 1 verhindert haben, was zuerst zu einer Reduzierung und dann zu einer Einstellung des Gasflusses durch die Pipelines von Nord Stream 1 führte. Rußland hat danach angeboten, statt dessen Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen, denn deren Turbinen sind aus russischer Produktion. Mit der Pipeline hätte es die Probleme, die es mit der Wartung von Nord Stream 1 gegeben hat, nicht gegeben. Aber wer war dagegen? Richtig: Bundeskanzler Scholz, der Rußland vorwirft, es hätte die „Energieversorgung Europas eingestellt“.

Drittens: Danach wurden die Nord Streams gesprengt.

Es gibt zwei Theorien, wer die Täter sind.

Die erste basiert auf den Recherchen von Seymour Hersh, der die Täterschaft bei den USA in Zusammenarbeit mit Norwegen sieht. Der zweiten Theorie zufolge, die die westlichen Medien verbreiten, haben sechs ukrainische Aktivisten die Pipelines von einem kleinen Segelboot aus gesprengt. Egal, wie man es dreht und wendet, Rußland war es nicht, sondern als Täter kommen nur Länder in Betracht, die Scholz aus irgendwelchen Gründen nicht kritisiert. Der Ukraine hat er sogar schon weit über 20 Milliarden Euro geschenkt. Aber auf

seinem Parteitag behauptet Scholz, Rußland habe die „Energieversorgung Europas „eingestellt“.

Viertens: Rußland hat die Energieversorgung Europas übrigens ganz und gar nicht eingestellt, denn es fließt noch immer russisches Gas durch die ukrainische Pipeline nach Österreich und es fließt russisches Gas durch Turkish Stream nach Südosteuropa bis nach Ungarn. Außerdem wurde die EU zum größten Abnehmer von russischem Flüssiggas, von dem über Belgien übrigens sehr viel in Deutschland ankommt.

(...)

Daß Scholz mit Zustimmungswerten von unter 20 Prozent der unbeliebteste Kanzler der deutschen Geschichte ist, hat er ignoriert. Daß fast 80 Prozent der Deutschen ein Ende seiner Regierung fordern, die sie genauso schlecht finden, wie den Kanzler selbst, scheint ihn auch nicht zu stören. Nur 17 Prozent der Deutschen bewerten laut „Politbarometer“ die Arbeit der Regierung positiv, nur noch 14 Prozent wollen die SPD wählen.

So schlecht standen ein Kanzler und eine Kanzlerpartei noch nie da. Aber Scholz ist bekannt dafür, die Realitäten zu ignorieren.

(...)

Thomas Röper

Redaktionell gekürzt

Thomas Röper ist Herausgeber und Blogbetreiber der Webseite Anti-Spiegel.

Quelle: Anti-Spiegel, 10.12.23

Parteitag der SPD Klarer Kurs gegen Rußland

Nicht ganz ohne Neugier und mit Interesse habe ich den Großteil des SPD-Parteitages verfolgt. Wie wird die deutsche Sozialdemokratie auf die enorm dringenden Probleme der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren und was werden uns der sozialdemokratische Kanzler und seine Führungsriege als Lösungen anbieten? Angesichts der verheerenden Umfragewerte für die SPD und ihres Kanzlers hätten der Parteivorstand und seine Führungsgrößen doch wohl allen Grund, die Stimmungslage im Land aufzunehmen, ihre Regierungsarbeit kritisch zu werten und im Sinne des Kanzlerversprechens, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, praktikable Lösungsvorschläge für die entstandene soziale und finanzielle Misere zu unterbreiten sowie den Kriegskurs zu beenden! Geboten wurde jedoch ein rauschendes Fest der außen- und innenpolitischen Illusionen. Stehender Beifall und helle sozialdemokratische Begeisterung für das Versprechen von Scholz, der Ukraine weitere und umfangreichere deutsche Unterstützung zu gewähren, auch wenn westliche Verbündete den Rückwärtsgang einlegen. Keine Friedensverhandlungen

zur Beendigung des Krieges in der Ukraine, kein Waffenstillstand im Gaza. Weit und breit kein ernsthafter friedensstiftender Vorschlag, dafür Kriegsmilliarden. Kurzum, wir haben einen sozialdemokratischen Kriegskanzler auf dem Podium und seine fast uneingeschränkten Claqueure im Parteitagssaal erlebt. Die unheilvolle Geschichte der SPD findet ihre Fortsetzung. Sie begann mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten, denen nur Karl Liebknecht sich verweigerte. Mit Noske (Reichswehrminister) ging es weiter, der die blutige Niederschlagung des Spartakusaufstandes durch republikfeindliche Freikorps befahl. Struck (BRD-Verteidigungsminister) trat in seine Fußstapfen: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Heute setzt Minister Pistorius dem ganzen die Krone auf: „Wir müssen kriegstüchtig werden.“ „Es war ein Fehler, die Wehrpflicht abzuschaffen.“ Es kann der oberen Parteiführung nicht schnell genug gehen beim Entsorgen der von Willy Brandt verfolgten Ostpolitik. Sein Vermächtnis: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts“, fällt der politischen Entrümpelung im Hause der SPD zum

Opfer. Rußland wird weiter unter strikter Anlehnung an transatlantische Vorgaben sanktioniert und verleumdet. Die SPD demaskierte sich auf dem Parteitag applaudierend selbst. Innenpolitisch wurde unverbindlich sozialer Trost vermittelt, der für die Zukunft die Chimäre vom Sozialstaat aufrechterhalten soll. Angesichts des offensichtlich desolaten Haushalts, der fehlenden Milliarden und der Kriegsgeschenke stehen jedoch Ausgaben für Sozialleistungen ins Haus. Bald wird uns das große Sparen bei Bildung, Gesundheit, Wohnen und vielem anderen mehr als alternativlos zugemutet werden. Die Delegierten haben euphorisch die 2 % aus dem Bundeshaushalt (über 80 Milliarden) bejubelt und als verbindlich festgeklopft. Heftig Fähnchen schwenkend, waren unter dem Slogan „Mehr Verantwortung übernehmen“ nationalistische Töne nicht zu überhören. Sie werden immer lauter.

Unser Land braucht eine wirkliche politische Alternative und kein sozialdemokratisches Schmierentheater!

Raimon Brete
Chemnitz

NATO: Stoltenberg schwört auf weitere Konfrontation ein

Mit Fakes leitete NATO-Generalsekretär Stoltenberg das Außenministertreffen ein, das am 28.11.23 in Brüssel stattfand. Stoltenberg wiederholte im Kern das auch von deutschen Medien und Politikern verbreitete Narrativ einer demokratischen Ukraine, die gegen ein imperialistisches Rußland kämpfe. Das ist Propaganda.

Tatsache ist, daß sich das auf Expansion und Konfrontation angelegte Militärbündnis durch zahlreiche Entwicklungen herausgefordert sieht und aggressive Töne anschlägt. Während Stoltenberg einerseits eine Verlängerung der Feuerpause im Nahost-Konflikt forderte, weil dies die Situation der Zivilisten in Gaza erleichtern würde und den Iran vor einer Eskalation warnte, setzt er andererseits auf einen langen Krieg in der Ukraine. Dabei machte er auch seine Fähigkeit zur flexiblen Auslegung der Fakten deutlich.

Er behauptete, die Ukraine habe inzwischen 50 Prozent des von Rußland zu Beginn der Kampfhandlungen eingenommenen Gebiets zurückerobert. Der Trick dabei ist, daß Stoltenberg den freiwilligen Rückzug aus dem Großraum Kiew, der im Rahmen einer weitgehend vollständig ausgehandelten Vereinbarung zwischen der Ukraine und Rußland erfolgte, als militärischen Erfolg der Ukraine verkauft. Faktisch verliert die Ukraine inzwischen Gelände.

Später gibt Stoltenberg auf Anfrage zu, daß die Ukraine inzwischen keine Geländegewinne mehr macht, erklärt aber, die Ukraine würde Rußland schwere Verluste zufügen. Gegen diese These spricht allerdings, daß es in Rußland bisher nur eine Mobilisierungswelle gab. Im Oktober 2022 berief Rußland 300 000 Reservisten ein. Danach rekrutierte Rußland ausschließlich Freiwillige. Anders in der Ukraine.

Dort werden die Kriterien für eine Einberufung immer weiter abgesenkt. Laut dem russischen militärischen Nachrichtendienst SWR empfehlen Washington und London Kiew einerseits die Absenkung des Mindestalters, ab dem einberufen werden kann, auf 17 und andererseits die Anhebung des Höchstalters auf siebzig. Vor einiger Zeit waren bereits die Einberufungskriterien gelockert worden. Die Ukraine ruft jetzt zum Beispiel auch Männer mit chronischen psychischen und virologischen Erkrankungen wie HIV und Hepatitis C zum Dienst an der Waffe. Zudem häufen sich Berichte über gewaltsame Zwangsrekrutierungen ebenso wie die Berichte über die Flucht wehrfähiger Ukrainer ins Ausland. All das deutet darauf hin, daß die von Stoltenberg behaupteten Verluste der russischen Armee eine weitere Desinformation der NATO ist. Der NATO-Generalsekretär ist überzeugt, die Ukraine würde selbst entscheiden, wann sie zu Verhandlungen bereit sei und ob sie dabei territoriale Zugeständnisse an Rußland mache. Dabei hängt die Ukraine vollständig von ausländischer militärischer und finanzieller Unterstützung ab. Es ist vollkommen klar, daß die Entscheidungen des Kiewer Regimes über den Fluß von Waffen und Geld gesteuert werden können.

Stoltenberg lobte den Mut der Ukrainer. Entgegen den Fakten behauptet Stoltenberg in diesem Kontext, Ziel Rußlands sei es gewesen, die Ukraine in drei Tagen einzunehmen. Das sei dank des Widerstands der Ukraine nicht gelungen. Tatsache ist hingegen, daß eine vollständige Einnahme der Ukraine ebenso wenig Ziel der militärischen Spezialoperation war, wie es ein Durchmarsch auf Polen, das Baltikum oder Berlin ist, wie das vielfach im Rahmen von deutschen und westlichen Desinformationskampagnen kolportiert wird.

Ziel der Operation war die Unterstützung der Republiken des Donbass bei ihrem Kampf um Unabhängigkeit vom Kiewer Regime.

Nach dem Scheitern von Minsk 2 und dem zunehmenden Beschuß von Donezk und Lugansk durch die Ukraine hatten sich die Republiken von der Ukraine abgespalten. Nach der Anerkennung durch die Russische Föderation wurde eine offizielle Bitte um militärische Unterstützung an Moskau gerichtet, der entsprochen wurde. Die Unterstützung der Republiken Donbass erfolgt aus russischer Sicht im Rahmen des Völkerrechts.

Der Ukraine-Konflikt geht im Kern auf den Ausdehnungswillen der NATO zurück. Wird das Projekt einer Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO aufgegeben, ist die Grundlage für ein Ende des Konflikts gegeben. Daß die NATO weiterhin ihre Bereitschaft zur Aufnahme bekundet, belegt, daß die NATO kein Interesse an einem Ende des Konflikts hat. Auf Nachfrage erklärte Stoltenberg, daß die NATO im Gegenteil bereit sei, weitere Waffengattungen zu liefern und damit den Krieg zu eskalieren.

Stoltenberg macht damit deutlich, daß die NATO immer weiter vom Geist der NATO-Rußland-Grundakte abrücken wird. Dort heißt es: „Im Zuge der Stärkung der OSZE werden die NATO und Rußland zusammenarbeiten, um jede Möglichkeit einer Rückkehr zu einem Europa der Spaltung und Konfrontation oder der Isolierung irgendeines Staates auszuschließen.“

Statt dessen setzt, wie Stoltenberg zu Beginn des Treffens der NATO-Außenminister deutlich machte, die NATO weiterhin auf Konfrontation mit Rußland und seine Isolation.

Quelle: RTNews, 28.11.2023



ALBTRAUM

Ich stand in einem Ruinengelände.
Es war ein zerstörtes Bühnenhaus.
Ich sah die erkennbar typischen Wände.
Ein Mann zeigte mir seine sauberen Hände
Und sah trotzdem wie Jens Stoltenberg aus.

Lutz Jahoda

Liebknechts Nein zum Krieg

Tag der Entscheidung

Der 2. Dezember ist der Tag der historischen Entscheidung zwischen Militarismus und Antimilitarismus in Deutschland. 1914 stimmte der SPD-Abgeordnete Karl Liebknecht an diesem Tag als einziger Abgeordneter im Reichstag gegen die Kriegskredite zur Finanzierung des Feldzugs gegen Frankreich, Großbritannien und Rußland. Es gehe um einen Verteidigungskrieg, ja, um einen Befreiungskrieg Europas vom Joch des russischen Zarismus, tönte es damals allseits, gerade auch beim linken Flügel der Sozialdemokratie. Liebknecht nahm in seiner Stimmerklärung auf dieses Element der Kriegspropaganda Bezug: „Die deutsche Parole, ‚Gegen den Zarismus‘ diene (...) dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren.“

Die Kriegskredite von damals sind die Waffen- und Finanzhilfen an die Ukraine heute, sind die Entbehrungen des Wirtschaftskriegs gegen Rußland und die schier schrankenlose Aufrüstung im Rahmen eines Stellvertreterkrieges von NATO und USA. Liebknechts Widerstandsgeist ist Vorbild, heute „Nein“ zu

sagen zu Deutschlands Weg in eine Kriegsbeteiligung gegen Rußland.

Bedingungslose Kriegsunterstützung für die Ukraine mit nunmehr 50 Milliarden Euro Steu-



Friedensdemo 25.11.2023 (Foto: nie-wieder.krieg.org)

ergeldern, Sanktionen gegen Rußland, die den höchsten Reallohnverlust für Beschäftigte in der Geschichte der Bundesrepublik mit sich brachten, und eine Haushaltsplanung, die für 2024 mit 90 Milliarden Euro mehr als 20 Prozent für Militär und Waffen vorsieht. Es gibt nicht eine Fraktion im Deutschen Bundestag, die sich gegen diesen toxischen Politikmix der Ampel stellt. Entweder werden Aufrüstung, Wirtschaftskrieg und Überweisungen

an Kiew befürwortet oder Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet als Verteidigung legitimiert und Sanktionen gegen russische Oligarchen in Stellung gebracht, die am Ende aber doch die gesamte Wirtschaft und damit die Bevölkerung treffen.

Der Stellvertreterkrieg der NATO an der Seite der USA in der Ukraine ist ein Krieg für finstere geopolitische Zwecke, ein Krieg für eine Weltordnung, die auf Ausbeutung, Neokolonialismus und Unterdrückung des globalen Südens setzt. Verbunden ist dieser Krieg mit einem sozialen Angriff der Bundesregierung auf die eigene Bevölkerung, die die Zeche für einen neuen Militarismus zahlen soll. Über 5,5 Millionen Menschen können in Deutschland nicht mehr angemessen heizen, eine Verdoppelung seit Beginn

der Energiesanktionen gegen Rußland. Der Aktienwert von Rheinmetall dagegen ist seit Amtsübernahme der Ampel um über 250 Prozent gestiegen. Es ist Zeit für einen Tag der Entscheidung. Es ist Zeit, den Kriegstreibern im Land, die auf Durchhalteparolen, Mästung der Rüstungskonzerne und Steigerung des Elends der Beschäftigten setzen, in den Arm zu fallen. *Gastkommentar von Sevim Dagdelen in der jungen Welt am 2./3.12.23*

Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

Über 20 000 Menschen trafen sich zu Demonstration und Kundgebung am 25.11. in Berlin. Der Demonstrationzug durch das Regierungsviertel erstreckte sich über mehr als zwei Kilometer. (...)

Die Stimmung war friedlich, die mitgeführten Transparente und laustarken Forderungen machten den Willen der Teilnehmenden deutlich, Kriege sofort und durch diplomatische Bemühungen zu beenden, Waffenlieferungen einzustellen sowie den Sozialstaat auszubauen, statt ihn immer höheren Rüstungsausgaben zum Opfer fallen zu lassen. Atomwaffen abschaffen, das Klima schützen, Meinungsfreiheit erhalten bzw. die immer weiter zunehmenden Einschränkungen zurücknehmen, Rassismus und Faschismus bekämpfen und für eine wehrhafte Demokratie eintreten, waren ebenfalls prominente Themen.

Die Mobilisierung zu dieser bundesweiten Aktion stand unter nicht gerade günstigen Bedingungen – wird doch unter dem harmlos klingenden Label „Zeitenwende“ eine massive Militarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen betrieben, in der Sprache ebenso wie in der ungeheuren Aufrüstung und dem immer stärker auch öffentlich ausgedrückten deutschen Großmachtstreben. Als Friedensbewegter ist man spätestens seit Beginn des Ukrainekriegs durch die einseitige Berichterstattung einem großen Konformitätsdruck ausgeliefert und schnell zum Putinverstehermutiert, wenn man für Waffenstillstand,

Verhandlungen und gegen Waffenlieferungen ist sowie Sanktionen ablehnt.

Der neue Krieg in Nahost bringt nun weitere zusätzliche Spaltungslinien in der gesellschaftlichen Linken hervor. Denn seit dem 7. Oktober wird jede kritische Äußerung an der Kriegsführung Israels in Gaza noch vehementer als schon zuvor mit dem Etikett des Antisemitismus belegt, der schwer wiegt und eine sachliche Diskussion erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht. Anders als am 25.2. wurde diese Demonstration darüber hinaus medial fast totgeschwiegen. Erst in den letzten Tagen erschienen kleine vereinzelte Hinweise in einigen Zeitungen.

Trotz dieser Bedingungen beteiligten sich neben der „traditionellen“ Friedensbewegung viele Gruppen und Initiativen aus dem sozialen Bereich, aus Gewerkschaftsgruppen (nicht jedoch der Gewerkschaftsführung), aus Klima- und Demokratiebewegung sowie aus Migrant*innenorganisationen sichtbar und hörbar im bunten Zug.

Der Versuch, die Demonstration in die rechtsoffene Ecke zu stellen, fruchtete dieses mal nicht. Außer der Tür zum Toilettenwagen war nichts nach rechts offen!

Die Auftakt- und Abschlussskundgebung waren von eindrucksvollen Reden geprägt, deren gemeinsamer Nenner war, sich für Diplomatie und Verhandlungen, gegen Waffenlieferungen und für Abrüstung sowie eine Politik zum Wohl der Bevölkerung auszusprechen.

Sahra Wagenknecht, Gabriele Krone-Schmalz und Michael von der Schulenburg beim Auftakt, Michael Müller, Ates Gürpınar, Iris Hefets und Nadija Samour sowie Petra Erler beim Abschluß fanden mit ihren persönlichen, leidenschaftlichen und argumentativen Worten ein trotz Nieselregens aufmerksames Publikum. Christa Weber und Stefanie Rediske, Gizem und Pablo Miró setzten mit ihren musikalischen Beiträgen zusätzliche inhaltliche Akzente und trafen viele ins Herz.

Reiner Braun begrüßte die Anwesenden, Jutta Kausch-Henken und Wiebke Diehl rundeten das Ganze mit ihren inhaltlich ergänzenden Moderationen ab.

Mit der Demonstration am 25.11. können wir auf eine Veranstaltung zurückblicken, die uns zuversichtlich macht, aber nicht übermütig werden läßt. Die vorhandene Vielfältigkeit unter Einhaltung von gemeinsamen friedenspolitischen Kernforderungen, die Verbindung von Friedens-, Klima-, Sozial-, Antifaschismus- und Demokratiebewegung müssen nun gestärkt werden. An der Basis, in den Bezirken, in den Betrieben und Hochschulen, überall, wo Menschen zusammenkommen, müssen wir für ein Zusammengehen werben.

Willi van Ooyen

Redaktionell geringfügig gekürzt

Willi van Ooyen ist Kosprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag

Die imperialistische Allianz und „eine Linke für alle“

Der Wiener Kongress, der vom 18. September 1814 bis zum 9. Juni 1815 stattfand, gründete ein reaktionäres politisches und staatliches System in Europa. Die Monarchen Rußlands, Preußens und Österreichs schlossen ein Bündnis, um dieses reaktionäre System zu erhalten. Es ging unter dem Namen „Die Heilige Allianz“ in die Geschichte ein. Sie zerfiel nach der Revolution von 1848/49 und löste sich nach der Niederlage Rußlands im Krimkrieg 1853/56 auf. Marx und Engels sahen den gemeinsamen Kampf der revolutionären Völker als Ursache für das Ende der „Heiligen Allianz“ und als Voraussetzung für die Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie in Europa.

Vor Jahrzehnten bildeten die imperialistischen Hauptmächte, die USA und ihre Verbündeten, eine reaktionäre Allianz, deren Wesen undemokratisch und unfrei ist. Sie wird von der NATO „geschützt“. Der Ursprung dieser Allianz liegt in der Kolonialgeschichte des Imperialismus von seinen Anfängen bis zu seiner Entwicklung zum Neokolonialismus im letzten Jahrhundert. In den USA und in Europa sorgten die westlichen Eliten mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im letzten Jahrhundert dafür, daß die Bevölkerung ihrer Länder von der Ausplünderung der Mehrheitswelt profitierte. Eine Epoche lang schränkten die Sowjetunion und die sozialistische Staatengemeinschaft den imperialistischen Expansionsdrang ein. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa kreierte die imperialistische Allianz eine unipolare Weltordnung. Sie glaubte, freie Hand zu haben. Mittlerweile ist jedoch der Umfang der geopolitischen Machtausübung und Kontrolle über die Ressourcen der Mehrheitswelt begrenzt. Dieser Rückschlag für den Westen ist zum Teil auf die wachsende Zusammenarbeit sowie die Handels- und Finanzkraft der Nationen im eurasischen Raum zurückzuführen. Es setzte eine wachsende wirtschaftliche und diplomatische Aktivität der Volksrepublik China, der Russischen Föderation und ihrer Verbündeten ein. Die Beziehungen zu Nationen in Afrika, Lateinamerika und der Karibik, also zu Ländern, die ihre Souveränität verteidigen, entwickelten sich kontinuierlich. Die Reaktion der imperialistischen Allianz auf den relativen Niedergang ihrer globalen Macht nimmt drei Hauptformen an: Erstens nehmen die Ausbeutung der Arbeitskräfte und die Unterdrückung abweichender Meinungen in ihren eigenen Ländern zu. Zweitens geht sie mit größerer Aggressivität aller Art gegen die Russische Föderation, die Volksrepublik China und ihre regionalen Verbündeten wie Kuba, Venezuela und Nicaragua oder Syrien, Iran und die Demokratische Republik Korea

vor. Und drittens setzt sie Länder wirtschaftlich unter Druck, damit diese gehorsam bleiben.

In Nordamerika und Europa haben die seit den 80er Jahren umgesetzten neoliberalen Maßnahmen die wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung verschärft. In den USA gibt es eine permanente politische Offensive gegen das Sozialversicherungssystem und Investitionen in öffentliche Dienstleistungen. In Europa werden öffentliche Dienstleistungen gekürzt oder privatisiert. In den USA und in der EU kam es zu enormen Vermögenstransfers an die Unternehmenseliten. Der IWF

wertegelenkten Politik hinterließ und hinterläßt, sind kolossal. Bewaffnete Konflikte verwüsteten im 21. Jahrhundert Afghanistan, Jugoslawien, Libyen, Syrien, Jemen, die Ukraine, Berg-Karabach und den Gazastreifen. Die imperialistische Allianz machte den Planeten zu einer Klimahölle. Wie die Tageszeitung „junge Welt“ berichtete, zeigt eine Oxfam-Studie, daß Großkapitalisten die Hauptschuld an der Erderwärmung tragen. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verursacht genauso viel Treibhausgas wie die fünf Milliarden Menschen der ärmeren zwei Drittel. Die Studie zeigt unter anderem auf, daß die Reichen mit ihren Emissionen zwischen 1990 und 2019 für klimabedingte Ernteausfälle verantwortlich waren, die der Maisernte der EU, der Weizenernte der USA, der Reisernte Bangladeschs und der Sojaernte der Volksrepublik China zusammengenommen entsprachen. Daraus folgende Hungersnöte bekommen vor allem die Armen im globalen Süden zu spüren. Die Klimakrise ist eine Klassenfrage geworden.

Die Chance, daß eine Ära des Endes der US-amerikanischen Hegemonie und der Bildung einer neuen multipolaren Weltordnung beginnt, ist groß. Daraus ergibt sich jedoch die Frage, wie die imperialistische Allianz reagieren wird. Die zunehmenden Spannungen in den internationalen Beziehungen können zu einem dritten Weltkrieg führen. Die Gefahr, daß Atomwaffen eingesetzt werden, wächst. Seit dem Aufkommen von Massenvernichtungswaffen versucht die Weltgemeinschaft, einen Regulierungsrahmen zu schaffen, um ihren Einsatz aufgrund ihrer enormen Zerstörungskraft und äußerst negativen Folgen zu verhindern. Eines der grundlegenden Dokumente ist der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT), aus dem die Russische Föderation Anfang November 2023 ausstieg. Die Russische Föderation unterzeichnete den CTBT 1996 und ratifizierte ihn vier Jahre später. Trotz der Betei-

ligung von 187 Ländern an dem Abkommen trat der Vertrag nie in Kraft, da acht Staaten, darunter die USA, ihn nicht ratifizierten. UN-Generalsekretär António Guterres bestätigte, daß die Russische Föderation alle möglichen Anstrengungen unternommen hatte, um den CTBT umzusetzen. Da aber die USA seit mehr als 20 Jahren nicht reagierten, sah sie sich nun gezwungen, diesen Schritt zu gehen, um mit den US-Amerikanern gleichzuziehen. Trotzdem erklärte die Russische Föderation, daß sie weiterhin die CTBT-Vorschriften einhalten und keine Atomtests durchführen wird, es sei denn, die USA tun dies zuerst. US-Außenminister Blinken bezeichnete dieses Vorgehen als „Schritt in die falsche Richtung, da er das Inkrafttreten des CTBT verzögert und das Vertrauen in das internationale Rüstungskontrollregime untergräbt“. Die USA haben kein Recht, anderen Ländern eine nukleare



Die „Heilige Allianz“ des 20. Jahrhunderts: NATO-Werbung 1960

mußte anerkennen, daß die Arbeitsentlohnung im Westen real gesunken ist. Die Arbeitsbedingungen im Westen werden immer prekärer. Nur 10 Prozent der Arbeitnehmer in den USA sind in Gewerkschaften organisiert. In Europa liegt der Durchschnitt bei 23 Prozent. Zu den Haupteffekten, die mit der stärkeren inländischen Wirtschaftsrepression in westlichen Ländern und der größeren Aggression im Ausland einhergehen, gehört die Zensur sozialer Netzwerke und die Unterdrückung von Informationen in den Medien. Der Westen verstärkte die umfassende und intensive psychologische Kriegsführung gegen die Mehrheitswelt und forcierte die wirtschaftliche und militärische Aggression sowie den Terrorismus gegen Nationen, die ihre Souveränität verteidigen. Die Schäden, die Leiden und das Chaos, welche die imperialistische Allianz mit ihrer

Bedrohung vorzuwerfen. Sie sind der einzige Staat, der Atomwaffen zum Angriff auf einen anderen Staat einsetzte. In Hiroshima und Nagasaki töteten sie mehr als 450 000 Menschen. Noch Jahre später starben Tausende an Krebs und strahlenbedingten Erkrankungen. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zur imperialistischen Allianz. Sie hat ein Machtssystem aufgebaut, das einem Ministaat im Staat entspricht, in dem sich die bürgerlichen Parteien auf Lebenszeiten behaupten können. Fast alle bürgerlichen Parteien nehmen abwechselnd in Koalitionen am Regieren teil. Derzeit ist die „Ampel“ dran. Noch nie erreichte eine der bürgerlichen Parteien bei Wahlen die absolute Mehrheit. Und so nageln die Wahlverlierer Koalitionen zusammen, die von sich behaupten, das Volk hätte sie gewollt. Das ist eine glatte Lüge. Wer zur Wahl geht, wird aufgefordert, eine Partei, nicht eine Koalition zu wählen. Dieses „Demokratiemodell“ wird der Welt als Wert angeboten, der unter anderem am Hindukusch, am Afrikanischen Horn, in der Ukraine, im Gazastreifen und im Südchinesischen Meer verteidigt werden mußte und muß. Diese Infamie ist möglich, weil sich der Regierung der Bundesrepublik Deutschland keine starke sozialistische Oppositionskraft entgegenstellt. Die bundesdeutsche bürgerliche Klasse wusste, warum sie 1956 die KPD verbieten ließ.

Was die Ampelregierung zur Zeit tut ist realitätsfern, unbefriedigend und reaktionär. Friedenspolitik, Dialogbereitschaft, Diplomatie, tätige Demokratie, Meinungsfreiheit, Innovation, Digitalisierung, erneuerbare Energien, Migration, Fachkräfte füllen die Liste der Themen und Bereiche, die auf der Strecke bleiben und zu Risiken für die Bevölkerung werden. Die „Ampel“ überläßt die Bevölkerung der Corona-Pandemie und hält sie von einer guten Bildung fern. Kürzlich sagte jemand zu mir: „Sie machen das Volk krank und dumm, damit es nicht auf die Straße geht.“ Eine „Zeitenwende“ folgt der anderen. Die „Ampel“ zerstörte die günstige Energiebasis, rüstet auf und liefert Waffen für unsinnige Kriege. Im Dezember fand die Berliner Sicherheitskonferenz statt. „Sie ist eine Kriegskonferenz, auf der sich Rüstungslobby und herrschende Politik die Klinke in die Hand geben und geopolitische Planspiele im Sinne der NATO-Kriegspolitik diskutieren“, war am 28.11.2023 in der Tageszeitung „junge Welt“ zu lesen.

Zustand und Tätigkeit der Ampelregierung liefern genügend Stoff für eine konstruktive und wirkungsvolle sozialistische Opposition. Die übt aber die Partei Die Linke nicht aus. Auf ihrem Parteitag in Augsburg plädierten die Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan für die Erneuerung der Partei: „Eine Linke für alle“. Wie diese aussehen soll, deutet sich im Verlauf des Parteitages an: Die Partei verliert ihr sozialistisches Profil. Die Führungsriege drückte ein Europawahlprogramm durch, das eine Grundsatzkritik am Wesen der Europäischen Union und den Begriff „Sozialismus“ vermeidet. Eine Generaldebatte über den Zustand der Partei fand nicht statt. Kritische Anträge wie zum Krieg in der Ukraine und zum Vorgehen der

israelischen Regierung gegen die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen gingen unter. Großen Respekt verdient die Kommunistische Plattform in dieser Partei. Jahrzehntlang trat sie gegen den Profilschwund der zunächst sozialistischen Partei auf. Auch wenn ihre Mühen nicht vergebens waren, den politischen Abstieg der Partei konnte sie nicht verhindern. Diesen Abstieg machte die Gruppe um Sahra Wagenknecht nicht mehr mit. Sie trat aus der Partei Die Linke aus und kündigte an, eine neue Partei zu gründen.

1913, vor 110 Jahren, setzte sich Lenin in seiner Schrift „Wie Wera Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt“ mit deren Kritik an der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands auseinander. Er schrieb dort: „Sollte es den Liquidatoren gelingen, eine neue Partei zu gründen, und sollte sich herausstellen, daß diese neue Partei besser ist als die alte, so wäre ... die gesamte Literatur der Liquidatoren historisch gerechtfertigt. Wollte man den Begründern einer besseren, einer echt proletarischen Partei das Recht absprechen, die alte, aktionsunfähige, untaugliche Partei zu zerstören, so wäre das alberne Gefühlsduselei. Wenn aber die Liquidatoren keine neue Partei gründen, keine andere Organisation der Arbeiter bilden, dann bleibt ihre ganze Literatur ... ein Denkmal der Zerfahrenheit der von der Partei abgefallenen, charakterlosen Intellektuellen, die sich vom konterrevolutionären Strom der Mutlosigkeit, des Unglaubens, des Spießertums haben mitreißen lassen und den Liberalen hinterhertröten. Entweder – oder. Einen Mittelweg gibt es hier nicht: Hier kann man nichts aussöhnen, kann man nicht die alte Partei ein bißchen begraben oder eine neue ein bißchen gründen.“ Das Handeln der Gruppe um Sahra Wagenknecht wäre also konsequent. Die Herausforderungen der Zeit verlangen nach einer Partei, welche die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt. Ob die neue Partei diese Rolle übernimmt, wird sich herausstellen. Das Gründungsmanifest weckt jedenfalls Hoffnungen. Dort heißt es: „Unser Land ist in keiner guten Verfassung. Seit Jahren wird an den Wünschen der Mehrheit vorbei regiert. Statt Leistung zu belohnen, wurde von den Fleißigen zu den oberen Zehntausend umverteilt. Statt in einen kompetenten Staat und gute öffentliche Dienste zu investieren, haben Politiker die Wünsche einflußreicher Lobbys bedient und dadurch die öffentlichen Kassen geleert. Statt Freiheit und Meinungsvielfalt zu achten, macht sich ein autoritärer Politikstil breit, der den Bürgern vorschreiben will, wie sie zu leben, zu heizen, zu denken und zu sprechen haben. Die Regierung wirkt planlos, kurzsichtig und in vielen Fragen schlicht inkompetent ... Viele Menschen haben das Vertrauen in den Staat verloren und fühlen sich durch keine der vorhandenen Parteien mehr vertreten... Sie machen sich Sorgen um ihre Zukunft und die ihrer Kinder. Sie wünschen sich eine verantwortungsvolle Politik für den Erhalt unserer wirtschaftlichen Stärken, für sozialen Ausgleich und eine gerechte Verteilung des Wohlstands, für ein friedliches Zusammenleben der Völker und die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.“

Eine Gesellschaft, deren mächtigste Akteure nur noch von der Motivation getrieben sind, aus Geld mehr Geld zu machen, führt zu wachsender Ungleichheit, zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zu Krieg. Wir setzen dem unsere Ideen von Gemeinsinn, Verantwortung und Miteinander entgegen, denen wir durch Veränderung der Machtverhältnisse wieder eine Chance geben möchten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche und solide Arbeit leisten.“

Die imperialistische Allianz wird sich nicht von selbst auflösen. Druck ist nötig. Den übt derzeit eine wachsende Zahl von Völkern und Regierungen der Mehrheitswelt aus. Sie bestehen auf ihrem souveränen Recht, Beziehungen auf internationaler Ebene aufzunehmen, die neue Möglichkeiten für die nationale, regionale und internationale Entwicklung eröffnen und fördern. Der wohl wichtigste Ausdruck dieses Glaubens an die Zukunft ist die breite Unterstützung für die BRICSplus-Gruppe. Ein tiefgreifender Prozeß des Zerfalls der imperialistischen Allianz deutet sich an. Ein revolutionärer Prozeß des Widerstands gegen Neokolonialismus und Neoliberalismus sowie der Forderung nach einer multipolaren Welt befördert ihn.

Am Schluß des „Kommunistischen Manifests“ können wir lesen: „Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände...“ Steht dafür „eine Linke für alle“ oder eine Partei, deren Ziel eine Gesellschaft ist, „in der das Gemeinwohl höher steht als egoistische Interessen“?

Wolfgang Herrmann
Dreesch



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Links! Aber was ist das?

Im November letzten Jahres machte die Kunde von einer vollzogenen Abspaltung in der Partei Die Linke die Runde. So viel mediale Aufmerksamkeit hatte diese Partei seit Jahren nicht. Ganze Zeitungsseiten wurden mit Spekulationen gefüllt, Substantielles war eher selten. Auslöser war der Austritt von einem knappen Dutzend prominenter Mitglieder der Die Linke aus der Bundestagsfraktion und die Ankündigung Sarah Wagenknechts, eine eigene linke Partei gründen zu wollen. Zunächst soll es um den Versuch einer Begriffsbestimmung „Links“ gehen. Was auf den ersten Blick einfach erscheint, ist bei näherer Betrachtung doch sehr vielgestaltig. Ich nehme da gern Bezug auf einen Rotlicht-Beitrag in der *jungen Welt* vom Mai letzten Jahres, den Christian Stappenbeck verfaßt hat. Er beschreibt die Etymologie und Genesis des Begriffes „Links“. Erstaunlicherweise stand es im Althochdeutschen auch für „schlaff“ oder „lasch“, was ja nach heutiger Betrachtungsweise fast schon aktuell anmutet. Jedoch meinten unsere Vorfahren nur die adverbale Form. Politisch wurde das ganze erst in paar Jahrhunderte später. Im französischen Ständeparlament 1789 saßen vom Platz des Königs oder der Protokollanten aus gesehen rechts die Royalisten und konservativen Kräfte, während auf der linken Seite Antimonarchisten und Republikaner saßen, also zu jenem Zeitpunkt die fortschrittlichen Vertreter des Parlamentes. Diese Regel wurde dann später in vielen anderen Parlamenten übernommen, und so sitzen auch im Bundestag heute Die Linke vom Präsidium aus links und die AfD und ihre Adepten ganz weit rechts. Damit wandelte sich die Sitzordnung von vor 134 Jahren in eine Einordnung nach politischen Präferenzen. Im entsprechenden Wikipedia-Bitrag lacht uns auch gleich Karl Max als Eröffnungsbild an, der dort quasi zum Urvater der Linken erklärt wird. Wenn man sich allerdings Presseveröffentlichungen der letzten Jahrzehnte ansieht, wird man feststellen können, daß der Begriff durchaus keine konkreten Rückschlüsse auf die wirklichen Ansichten des oder der Betrachteten erlaubt, denn oft wird diese Formulierung auch in Abgrenzung von ähnlichen, aber noch reaktionärer Positionen benutzt. So kann dann auch schon mal von einem Linkskonservativen oder Linksliberalen die Rede sein. Selbst wenn die Medien die Zuschreibung „links“ bemühen, ist das Spektrum sehr breit. Da war z. B. in einem Beitrag des Deutschlandfunks vom 3. September 2018 von drei linken Parteien die Rede, wie der Titel „Links der Mitte“ suggeriert. (*Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/links-der-mitte-drei-parteien-und-die-neue-soziale-frage-100.html>*) Ohne Skrupel wurden Grüne, SPD und Die Linke in einen Topf geworfen, obwohl sie – das sei zur Ehrenrettung der damaligen Linkspartei gesagt – sowohl programmatisch als auch bis zu einem gewissen Grad

das politische Handeln trennte. Etwas mehr als fünf Jahre später sind die Gräben im politischen Tun nicht mehr ganz so tief. Noch schwieriger wird das Ganze, wenn es um Menschen geht, die sich selbst als „Linke“ beschreiben. Da geht die Bandbreite von belizistischen Grünen über wirtschaftskonservative Feministinnen bis zu Anarchisten und linksradikalen Aktionisten. Insofern sagt „Links“ erst einmal gar nichts aus, wenn man nicht ein Bezugssystem dafür hat. Also links von welchen Positionen befindet sich die betreffende Person oder welche theoretischen und praktischen Politikansätze werden verfolgt. Hinzu kommen dann noch solche völlig merkwürdigen Attributierungen wie „Progressive Linke“, „neue Linke“, „Internationalistische Linke“, dann vielleicht noch gepaart mit Neomarxismus, neuem Marxverständnis, aktuellem Marxismus usw. usf. Natürlich besteht die große Leistung von Marx und Engels im Entschlüsseln des Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise und damit des Kerns der Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft. Jedoch wäre man heute manchmal einfach nur froh, wenn einige sich links Gebende die bärtigen alten Männer wenigstens dahingehend verstanden hätten, daß es bei all den von ihnen hinterlassenen Schriften nicht um Heiligtümer, sondern darum geht, die Methode der Analyse anzuwenden, um daraus heutiges analytisches Denken und politisches Agieren zu generieren.

Ich beschränke mich auf nur drei absolut notwendige Prämissen – die materialistische und historische Herangehensweise sowie die dialektische Denkweise, die beim Erkennen des Gegenwärtigen unerlässlich sind.

Nehmen wir zur Illustration das Beispiel der größten linken Partei, der PDL. So meinte die damalige PDS, sich in den 90er Jahren entstalinisieren zu müssen und tat das vor allem dadurch, daß sie ihre theoretischen Grundlagen entsorgte. Diese Handlungsweise entsprach schon zu jener Zeit dem Bedürfnis, sich weitgehend an die neuen bürgerlichen Verhältnisse anzupassen. Es gehe darum, „die Mitte zu gewinnen“, wie es ein Genosse, der in seinem vorigen Leben anderen marxistisches Denken beibringen sollte, in einer Parteiversammlung vor fast 20 Jahren formulierte. Die Parlamente aller Ebenen waren das angestrebte Ziel. Was jedoch für die Kommunen völlig richtig war und ist, gilt aber so gar nicht für das oberste Feigenmäntelchen bürgerlicher Demokratie, den Bundestag und eine etwaige Regierungsbeteiligung. Was konnte man dort gewinnen, außer einen wohl-dotierten Posten? Gut, eine laut- und meinungsstarke Opposition im bürgerlichen Politikspielbeken Bundestag ist schon in Ordnung, auch wenn es an der Politik kaum etwas ändert. Aber man gewinnt natürlich auch Ressourcen, die der bürgerliche Staat für das politische Handeln freiwillig zur Verfügung stellt und die man super zur politischen

Aufklärung hätte nutzen können. Allein die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügte 2022 über einen Etat von 77,8 Millionen Euro (siehe Jahresbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 89). Damit wurden viele interessante und spannende Dinge finanziert. Aber das wichtigste Ziel in meinen Augen, das eine sozialistische Partei anstreben sollte, ist doch wohl die Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse, um all die destruktiven Dinge, die dieser Gesellschaftsordnung immanent sind (siehe Serie zu globalen Problemen), Stück für Stück zu beseitigen, damit die Menschheit auf unserem Planeten überleben kann. Obwohl das Ziel „Sozialismus“ noch im Programm Der Linken verankert ist, scheint es mir doch zu verblassen wie Tinte auf Löschpapier. Da will ich nicht einmal über die Tautologie „demokratischer Sozialismus“ reden, denn Sozialismus ist qua Selbstverständnis demokratisch. Alles, was nicht demokratisch und nicht Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit ist, ist auch nicht sozialistisch. Wahrscheinlich hat man sich auch hier die bürgerliche Sprachregelung aufschwätzen lassen, die immer vom Untergang des Kommunismus 1990 gefaselt hat. Kommunistische Länder gab es nicht und die darunter verstandenen Staaten waren allenfalls auf dem Weg zu sozialistischen Verhältnissen. Die Jahre nach 1990 haben lediglich gezeigt, daß der Weg zum Sozialismus schwierig, vielgestaltig und von Irrungen nicht frei ist und auch, daß es kein Patentrezept dafür gibt und daß die Kräfte, die das verhindern wollten und wollen, immer noch stark und mächtig sind. Das heißt auch, man muß sich nicht von 40 Jahren DDR distanzieren, sondern aus ihnen lernen. Oder andersherum, wer diesen Versuch verteufelt, um seine Wiederholung zu verhindern, ist kein Sozialist. Insofern kann Herr Ramelow zwar ein linker Landeschef, aber kein Sozialist sein. Leider betrifft das eine ganze Reihe des Führungspersonals der Linkspartei. Um eine sozialistische und keine sozialreformerische Partei zu sein, bedarf es nicht nur einer sich zum sozialistischen Ziel bekennende Basis, sondern auch einer solchen Führung! Wir sehen also, links sein bedeutet vieles, aber nichts eindeutiges. Besser ist es, sich sozialistisch oder kommunistisch zu positionieren, auch wenn ich weiß, daß noch viel Diskussionsstoff über Wege zum Sozialismus/Kommunismus zu bewältigen ist. Doch das ist völlig in Ordnung, solange man in Theorie und Praxis nicht vergißt, dieses Ziel mit aller Kraft anzustreben und sich nicht der Illusion hingibt, daß man durch hunderttausende kleine Schritte den Kapitalismus in den Sozialismus – wie von Zauberhand – hinüberdiffundieren könne. Wer das glaubt, hat nicht mal die Lehren der französischen-bürgerlichen Revolution von 1789 verstanden.

Uli Jeschke

Zur Krise der Partei Die Linke

RF dokumentiert Auszüge aus einem Beitrag von Jöran Klatt, Historiker aus Berlin, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Abgeordneten der Partei Die Linke im Deutschen Bundestag tätig ist, und Constantin Braun, Politikwissenschaftler aus Berlin, der viele Jahre für Die Linke im Deutschen Bundestag sowie im Europaparlament arbeitete.

Inzwischen ist die Auflösung der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke vollzogen. Hintergrund sind die Parteiaustritte der bisherigen Fraktionsmitglieder rund um Sahra Wagenknecht.

Die Krise der Linkspartei ist aber auch das Ergebnis des Ankommens der Partei im politischen Mainstream. Ihre Etablierung war davon begleitet, daß sie über die Jahre immer attraktiver für Karrierewege wurde. Dies wurde ihr zum Problem, weil dabei zunehmend das politische Profil auf der Strecke blieb.

Die Parteienlandschaft befindet sich im Umbruch. Das politische Zentrum um SPD, Grüne, FDP und Union wird von einem Umfrage-Hoch der AfD herausgefordert. In die Serie an Niederlagen für Die Linke reihte sich das Ausscheiden der hessischen Linksfraktion aus dem Wiesbadener Landtag Ende letzten Jahres ein. Die Linkspartei zerbricht derzeit und Sahra Wagenknecht wird versuchen, die Repräsentationslücke selbst zu füllen. Das Potential ist groß, denn viele Menschen fühlen sich von keiner Partei mehr vertreten.

Die FAZ schrieb, daß die klassischen Parteien „offenbar zu behäbig geworden“ sind, um „Entwicklungen aufzugreifen, die im Volk die Willensbildung bestimmen“. Die „Behäbigkeit“ hat indes vor der Linkspartei nicht Halt gemacht. Die ersten Jahre hatte Die Linke unterschiedlichste Gruppen als Protestpartei vertreten und sich als Stimme für soziale Gerechtigkeit und Frieden etabliert.

Nun befindet sich die Partei in der Defensive. Mehr noch: Sie läuft Gefahr, endgültig in die Bedeutungslosigkeit abzusinken. Der Niedergang der Partei ist vor allem das Ergebnis einer bewußten Entscheidung, die durch interne Machtkämpfe um die Ausrichtung der Partei herbeigeführt wurde. Durchgesetzt haben sich dabei jene Kräfte, die aus der Partei eine „moderne Gerechtigkeitspartei“ machen wollen, die das Sprachrohr für alle „Bewegungen“ und „Aktivisten“ sein will. Kurzum: für sich als fortschrittlich verstehende Milieus, meist aus Großstädten. Die Marke Die Linke wurde in diesem Sinne neu erfunden. Dies allerdings auf Kosten der Interessen von Milieus, die überwiegend nicht in den Zentren der Großstädte leben. Der Richtungstreit der Linken hat aber auch mit den Biografien und den individuellen Karriereplanungen des politischen Personals der Partei zu tun.

Auch wenn Die Linke als Protestpartei gestartet ist, wurde sie – überspitzt gesagt – über die Jahre von einer Partei, die sich etablierte, zu einer Partei der Etablierten. Ähnliches war in den Jahren und Jahrzehnten zuvor bereits SPD oder den Grünen „widerfahren“.

Diese Entwicklung wurde von großen Teilen in der Linken begrüßt und aktiv unterstützt. Insbesondere gilt das für das Lager der „Reformer“, das vor allem in den ostdeutschen Bundesländern stark vertreten ist. Bereits als Teile der Linken noch PDS hießen, strebten Reformer an, Kurs und Auftreten der Partei stärker auf Akzeptanz im politischen Zentrum hin zu korrigieren.

Neben den Reformern haben in den vergangenen Jahren die Lager der „Bewegungslinken“ und Linksliberalen an Bedeutung gewonnen. Sie repräsentieren jene Gruppen, die die Partei nahe an aktivistischen Bündnissen ausrichten wollen, dabei vor allem an den Klimaprotesten um Fridays for Future sowie dem inzwischen aufgelösten Unteilbar-Bündnis. (...) Die Rechte punktet vor allem in gesellschaftlichen Fragen, auf die das restliche Parteiensystem kein ausreichendes Angebot an seriösen Lösungskonzepten liefert. Überall dort, wo dies geschieht, gewinnen sie aber auch proportional an Kraft, je mehr sich Linke und Mitte gegen sie unter die Arme greifen, inhaltlich angleichen und genau die Nähe demonstrieren, an der die Rechten sich abarbeiten. (...)

Der politische Betrieb wird geprägt von einer sehr starken Sogwirkung dieses Zentrums in Form von Netzwerken und einem Umfeld an Akteuren (Presse, Nichtregierungsorganisationen etc.), die einem schneller und professioneller rückkoppeln, was richtig und was falsch ist, als der ferne Demos – das Wahlvolk. Das Feedback aus diesen Kreisen bedeutet weit mehr, auch weil man es tagtäglich und unmittelbar erhält. Die Rückmeldung der Wählerinnen und Wähler erfolgt dagegen zeitversetzt, zum Teil erst nach Jahren.

Das Reformlager in der Linkspartei kommuniziert seine Sehnsucht nach Nähe zum politischen Zentrum sehr offen: Das erklärte Ziel vieler Vertreter dieses Flügels ist es seit Jahren gewesen, Die Linke „regierungsfähig“ zu machen. Dafür sollte Die Linke gemäßigter auftreten und sich mehr an die Spielregeln des politischen Zentrums halten. (...) Aber auch Bewegungslinke und Linksliberale zeichnet die Nähe zu dem sozialen Gefüge aus, das eine eigene Realität im politischen Betrieb darstellt. Es sollte nicht unterschätzt werden, welche Kraft solche Netzwerke (auch die sogenannten sozialen Netzwerke) dabei als Räume der Resonanz der eigenen (politischen) Sozialisation haben.

Für nicht wenige Aktivisten gelten vor allem die Reaktionen des Umfelds und der „Follower“ im Social-Media-Bereich als wesentliche Gradmesser der politischen Bedeutung. In der Linken würde wohl kaum jemand widersprechen, daß es die Masse der Beschäftigten braucht, um linke Ziele durchzusetzen. Eine große Schwierigkeit ist es dabei aber geworden, eine Politik für diese Masse mit Forderungen und Sprache zu verbinden, die sie auch erreicht.

Die Resonanz der politisch „Aktiven“ im eigenen Umfeld hat leider immer stärkeres Gewicht gegenüber der Mehrheit der „ganz normalen“ Beschäftigten. Konfrontiert man Vertreter aus

den aktivistischen Kreisen mit diesem Problem, wird einem in der Regel erwidert, daß die Masse der Beschäftigten nicht traditionell, ländlich und fortschrittskritisch sei.

Natürlich sind „die Beschäftigten“ keine homogene Gruppe und es ist völlig richtig, auf die Vielfalt der Beschäftigten hinzuweisen. Aber es ist Selbsttäuschung, wenn man den Befund ignoriert, daß das überzogen progressive Auftreten der Linken sie für große Teile der Beschäftigten unwählbar gemacht hat.

Statt diese Entfremdung aufzuarbeiten, werden Beispiele gesucht, die das eigene Weltbild bestätigen. Dies geschieht beispielsweise dann, wenn Klimaaktivisten Forderungen vortragen, die massive finanzielle Nachteile für die „einfache Bevölkerung“ haben, und gleichzeitig betonen, daß sie „Arbeiterkinder“ sind oder solche auch in ihren Kreisen mitdemonstrieren. Eine Politik gegen objektive Interessen einer Gruppe wird auf diese Weise mit deren scheinbarer Repräsentation ihrer „Identität“ kaschiert. (...)

Die starke Hegemonie des politischen Zentrums und vor allem der Lebensweise des großstädtischen, akademischen Milieus hat in der Partei Die Linke zu Hemmungen geführt, sich mit ihm anzulegen. Denn es ist das soziale Milieu, aus dem ein Gros der Politfunktionäre auch der Linken inzwischen selbst stammt. Vor allem in der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg hat sich die Konfliktlust durchgesetzt und den Widerspruch zwischen abwandernden Wählerinnen und Wählern der Partei Die Linke und dem biografischen Umfeld der Funktionäre verstärkt. (...) Kompromißbereitschaft und die Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten, gehören zwar zu einer gewissen Grundprofessionalität, die es in der Politik braucht. Aber in den vergangenen Jahren wurde aus dieser Professionalität immer häufiger eine „Äquidistanz“ besonders in schwierigen Fragen. Es dominierte eine Angst, sich Karrierewege zu verbauen.

Der Partei Die Linke gelang es daher auch wegen biografischer Ängste zuletzt immer weniger, die elektorale Leerstelle in traditionellen und einfachen Milieus zu bedienen. Weil dieses Milieu einem karrieretechnisch – anders als das eigene soziale Milieu – nicht viel zu bieten hat: Es bietet schlichtweg keine Jobs in den Medien, in der Wissenschaft, bei NGOs, Likes auf Twitter oder das gemeinsame Gefühl von „Wir sind die Guten“. (...)

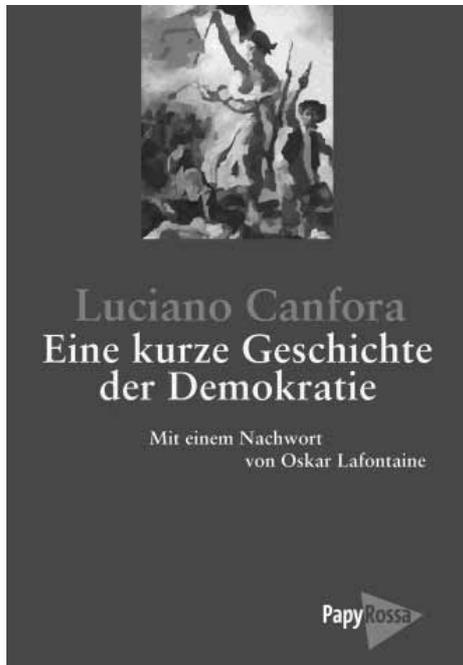
Das Angebot der Linken war einst die besondere Bereitschaft zum Anecken und Widerspruch zum Mainstream. Auf vorsichtigeres Auftreten, besonders bei den großen Themen, die die Gesellschaft beschäftigen, folgten auch stärkere Abstrafungen bei Wahlen. Dies wiederum führte nur um so mehr dazu, daß die Partei immer weniger institutionelle Ressourcen hatte. Somit wurde sie auch gerade, weil sie besonders „professionell“, anerkannt und gemäßigt sein wollte, immer unattraktiver für viele Profis. Ein Teufelskreis. (...)

Redaktionell gekürzt

Quelle: Telepolis, 8.11.23

Das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ vor großen Aufgaben

Große Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus. Anfang des neuen Jahres wird sich das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) unter diesem oder einem anderen Namen als Partei konstituieren. Sehen wir von den vom Online-Dienst X (ehem. Twitter) verbreiteten Fäkal-Kommentaren ab, so gibt es, die Erfolgsaussichten betreffend, Prognosen, die sich erst einmal den Januar-Winterstürmen aussetzen müssen. Es bleibt also abzuwarten, wer es in den nächsten Tagen wagt, die Deckung zu verlassen. Vorerst sind es Spekulationen, ob Wähler, die sich, wie die „Berliner Zeitung“ schreibt, „von der Demokratie enttäuscht zeigen“ deshalb von der neuen Partei aufgenommen werden wollen. Für die „RotFuchs“-Redaktion, die dem Projekt gespannt entgegenseht, ist



Das Buch wurde 2023 neu aufgelegt

es noch zu früh, Partei zu ergreifen, abgesehen von der Hoffnung, daß es eine Partei sein wird, die sich dem Sturm der Bellizisten entgegenstellt. Es war Sevim Dagdelen, eine der engsten Mitstreiterinnen Sahra Wagenknechts, die mit Blick auf die Debatten über die aktuellen Kriege von einem „erschreckenden Klima der Zensur“ sprach. Weil der „Meinungskorridor“ immer enger werde, müsse sich die neue Partei dagegen wenden. Es gebe keine einzige Fraktion im Bundestag mehr, die sich diesem „toxischen Mix“ – Aufrüstung, Wirtschaftskrieg, Militärhilfen für Kiew und sozialer Krieg gegen die eigene Bevölkerung – entgegenstellt. Das ist erst einmal eine Marke, die es zu „knacken“ gilt.

Es wäre allerdings eine Illusion zu glauben, daß uns ein Manifest in der Qualität desjenigen der Urväter erwartet. Ich erinnere an den Beitrag Gesine Lötzschs „Wege zum Kommunismus“ von 2011 – und an den Shitstorm, der danach über sie hereinbrach und an dem sich auch Mitglieder ihrer Partei beteiligten. Die aktuellen Probleme und Aufgaben liegen – man mag es Pragmatismus nennen – auf einer

vorerst ganz anderen Ebene. Es geht um die Rolle der Propaganda, deren Aufgabe es ist, mit „Methoden der Bewußtseinsmanipulation“ den Machterhalt der herrschenden Eliten zu sichern, wie es Rainer Mausfeld in seinem neuen Buch „Hybris und Nemesis“ darlegt. Sein Anliegen sollte eigentlich leicht nachvollziehbar sein: nämlich die Dinge zunächst einmal neu zu besprechen, „neu zu denken“ und den Machtapparat zu analysieren. Genau das ist eine, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe einer neuen links ausgerichteten Partei. Eine Herkulesaufgabe, zumal sie, im Spagat zwischen Theorie und Praxis, um Zustimmung werben will und auf Schritt und Tritt geradezu gezwungen wird, den Unterschied zwischen veröffentlichter Meinung und Diffamierung zu erklären. Sie wird nicht umhinkommen, ihre Sprache zu durchforsten und sie einer Frischzellenkur zu unterziehen, wenn von ihr – ganz aktuell – gefordert wird, den Krieg in der Ukraine und in Gaza kontextlos zu verurteilen.

„Ja, Putin ist ein Diktator“, befand US-Präsident Josef Biden zu Fragen von Journalisten. „Er ist Diktator in dem Sinn, daß er ein Land regiert, das ein kommunistisches Land ist, welches auf einer völlig anderen Regierungsform als der unseren basiert.“ Soviel zur politökonomischen Analysekompetenz des Herrn im Weißen Haus. In China sieht man es anders. Dort wurde stets und wird immer selbstbewußter betont, daß die parlamentarische Demokratie lediglich eine Spielart unter mannigfaltigen demokratischen Varianten ist, während man im Westen vermittelt bekommt, sie sei die einzig zulässige und das Maß aller Dinge. Damit stoßen wir auf des Pudels Kern. Der politische Westen hat den Begriff „Demokratie“ im Verlauf vieler Jahrzehnte seiner ursprünglichen Bedeutung beraubt und ihn als mächtiges ideologisches Werkzeug für seine Herrschaftssicherung instrumentalisiert. Luciano Canfora, italienischer Historiker und Philologe, hat in seiner „Kurzen Geschichte der Demokratie“ die Funktion der Demokratie als Fassade oligarchischer Herrschaft entlarvt. Bereits Anfang der zwanziger Jahre des letzten Jahrhunderts, so Canfora, wurde dem Begriff Demokratie die Rolle eines Gegenbegriffs zum Sozialismus (oder Kommunismus) zugewiesen, insbesondere nach Etablierung sozialistischer Staaten in Osteuropa. Canfora: „Es war ein enormer propagandistischer Vorteil für das westliche Lager, den Begriff ‚Demokratie‘ ganz allein für sich in Anspruch nehmen zu können, während eben dieser Westen gleichzeitig mit Riesenschritten auf den unkontrollierten freien Markt zusteuerte und sich staatlicher Apparate bediente, die im Kampf gegen den ‚Kommunismus‘ zu allem bereit waren. Ein Geschenk des Himmels also, daß man all das ‚Demokratie‘ nennen konnte.“ Um zum vorläufigen Punkt zu kommen: Eine neue linke Partei muß der den Herrschaftszwecken dienenden Demokratie-Rhetorik mehr und auch Grundsätzliches entgegenzusetzen. Ich schlage als Auftakt einen Satz des amerikanischen Sprachwissenschaftlers und

politischen Publizisten Noam Chomsky vor: „Wirkliche Demokratie kann nur durchgesetzt werden, wenn das gesamte, radikal antideмократische System des Konzernkapitalismus vollständig abgeschafft ist.“ Das muß so nicht programmatisch, quasi als Ganz-oder-gar-nicht-Diktum, zur Schau getragen werden. Aber das BSW – so das Kürzel bis zur offiziellen Parteigründung – sollte sich zu dieser Aussage bekennen und stets daran denken, das von Canfora erwähnte Geschenk eines schönen Tages und dann in neuer Verpackung an seinen Absender zurückzuschicken.

Hans Schoenefeldt

BUCHTIPP

RF empfiehlt das kurz vor der Auslieferung stehende Buch von Prof. Dr. Gerhard Oberkofler, Universitätsprofessor i.R. für Geschichte an der Universität Innsbruck und Autor des „RotFuchs“:

Mit dem österreichischen jüdischen Marxisten Bruno Frei unterwegs im 20. Jahrhundert

Bruno Frei (1897–1988) hat sich in jungen Jahren vom jüdisch-orthodoxen Boden seiner von Bratislava nach Wien übersiedelten Familie, die in ihm einen künftigen Rabbi gesehen hat, emanzipiert. Vom Wien mit seiner Sozialdemokratie ist Bruno Frei nach Berlin gegangen, wurde dort als aktiver Marxist-Leninist Mitglied der Komintern und hat als solches im Auftrag der Internationalen Arbeiterhilfe die Zeitung „Berlin am Morgen“ (1929–1933) geleitet. Nach der Machtergreifung der Nazis flüchtete er nach Prag, wo er nun die antifaschistische Wochenschrift „Der Gegenangriff“ redigierte. Im Asyl in Mexiko, wohin ihm 1941 – nach zwanzigmonatiger Haft im Konzentrationslager Vernet – die Ausreise gelang, organisierte er das „Freie Deutschland“ und das „Freie Österreich“. 1947 kehrte Bruno Frei nach Wien zurück, wo er als Mitarbeiter der kommunistischen Presse u.a. als Korrespondent aus China tätig wurde.

Seine wissenschaftlich recherchierten Erzählungen beginnen bei der Habsucht als „Wurzel allen Übels“ und zeigen die Möglichkeit auf, diese zu überwinden.

Acht separat zu lesende Abschnitte in diesem Buch spiegeln Denken und Wirken von Bruno Frei wider. Für unsere Gegenwart des „Dritten Weltkrieges in Raten“ (Papst Franziskus) von besonderem Interesse sind die Texte von Bruno Frei über den „Kommunistenrabbi“ Moses Hess und über Karl Marx „Zur Judenfrage“, in denen seine antizionistische Parteinahme deutlich wird. Bruno Frei setzte sich für das Wohl aller Menschen ein und am Ende seines Lebens konnte er sich mit dem zu seinen Vorfahren gehörenden Heinrich Heine (1797–1856) sagen: „Doch fall ich unbesiegt, und meine Waffen / sind nicht gebrochen.“

trafo, Bd. 46, ISBN 978-3-864 64-259-3

AfD-Verbot

Die Forderung nach einem Verbot der Allianz für Deutschland (AfD), hat seit einigen Monaten von eher unerwarteter Seite Unterstützung erfahren. Den Auftakt machte Anfang Juni 2023 das von der Bundesregierung mit 5,17 Mio. Euro finanzierte „Deutsche Institut für Menschenrechte“ mit einer Studie, die den zaghaften Titel „Warum die AfD verboten werden könnte“ trug. Inspiriert hiervon wandte sich der frühere Ostbeauftragte Marco Wanderwitz (CDU) im Juli 2023 mit einem (wohl nicht ganz zufällig der BILD-Zeitung zugespielten Brief) an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und warb um Zustimmung für einen Verbotsantrag: „Nicht wenige Wähler der AfD wählen sie gerade deshalb, weil sie eine rechtsradikale Partei ist, deren rechtsradikale Programmatik sie teilen. Diese Leute wollen ein anderes Land“. Wanderwitz benötigt 36 parlamentarische Mitstreiter, um einen solchen Antrag im Bundestag einbringen zu können. Beginnend mit einem Pilotaufsatz von Dietmar Hipp („Verfassungsfeinde verbieten!“) im „SPIEGEL“ vom 12. August 2023, entdeckte auch das (einstmalige) „Sturmgeschütz der Demokratie“ das Thema für sich und widmete ihm am 10. November 2023 eine ganze Ausgabe. Die nach eigener Einschätzung nur der „freiheitlich demokratischen Grundordnung und wissenschaftlichen Fakten“ verpflichtete Internetplattform „Volksverpetzer“ startete eine Online-Petition „Prüft ein AfD-Verbot!“, die in wenigen Monaten mehr als 400 000 Unterzeichner einsammeln konnte. Geregelt ist das Parteiverbotsverfahren in § 43 Bundesverfassungsgerichtsgesetz, die rechtlichen Voraussetzungen sind Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz (GG) zu entnehmen. Der Antrag kann nur von einem Verfassungsorgan gestellt werden (Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung) und wird dadurch beim Bundesverfassungsgericht anhängig. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es vier Verbotsverfahren: Die 1951 zeitgleich auf den Weg gebrachten Verbotsanträge gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) wurden positiv beschieden, die SRP 1952 und die KPD 1956 verboten. Zwei Anläufe zu einem Verbot der NPD (2001 und 2012) scheiterten kläglich: Der eine, weil die Führungsebenen der NPD von V-Leuten des Verfassungsschutzes durchgesetzt waren, wodurch das gesamte vom Verfassungsschutz vorgelegte Tatsachenmaterial unbrauchbar war. Der zweite Antrag lief 2017 ins Leere, weil der Verfassungsschutz den Zustand der NPD als derart desolat und im Niedergang begriffen dargestellt hatte, daß nach Meinung des Gerichts der Partei jede politische Wirkmacht abhanden gekommen sei. Letzteres läßt sich von der AfD nicht behaupten, die im Dezember 2023 in der Wählergunst

bundesweit bei konstant „21 plus x“ Prozent lag. Einig sind sich die Protagonisten der neuen – selbsternannt – antifaschistischen, Verbotskampagne darin, daß eine Analyse der AfD-Programmatik gar nicht erst versucht werden soll. Offensichtlich wird ein Verbot lediglich als Vehikel begriffen, mit dem verloren gegangene Wähler wieder in den Schoß der klassisch bürgerlichen Parteien zurückgeholt werden sollen. Gespielter Antifaschismus als Wahlkampfstrategie. CDU-Wanderwitz verrät in der „Frankfurter Rundschau“ vom 30. November 2023 das eigentliche Ziel: Nach erfolgreichem Verbot will man so weitermachen wie in der unbeschwerten Zeit „vor der AfD“ – „das Gros der Wählerinnen und Wähler hat sich (dann) wieder bei den demokratischen Parteien einsortiert, nach-



Der „Vorwärts“ meint: Je mehr Fleisch, desto mehr AfD (Stilleben von Claude Monet 1864)

dem sie die rote Karte einmal deutlich vors Gesicht gehalten bekommen haben“. Die antidemokratische Gefährdungslage kommt nach Wanderwitz vom undisziplinierten und unzufriedenen Wahlvolk. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ lieferte in seiner Ausgabe vom 6. Oktober 2023 eine an dümmlich-arroganter Einfalt nicht zu überbietende Erklärung: Eine Studie des „Wissenschaftszentrums Berlin (WZB)“ habe „überraschende Erkenntnisse zu Tage gefördert“. Welche? Die Forscher fanden heraus, daß die Unterstützung der AfD um so größer sei, „je weniger Bücher sich im Haushalt befinden“. Kurios auch der Befund, „daß der Fleischkonsum bei AfD-Wähler*innen am höchsten sei“. Ein Kommentar hierzu erübrigt sich, intellektuelle Ausrutscher sind das dennoch nicht. Mit ständig neu gezündeten medialen Nebelkerzen soll eine Diskussion über die tatsächlichen Ursachen faschistischer Strukturen vereitelt werden. Lenin hat diese „Mechanik der politischen Demokratie“ bereits 1916 in der Schrift „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“ aufgedeckt: „Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht; ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weitverzweigtes,

systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge, Gauderei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten.“ Heutzutage als „Populismus“ bezeichnet, benutzen alle bürgerlichen Medien und Parteien diese Methode, die AfD mit eingeschlossen. Eine Klaviatur, auf der sich auch anspruchsvoll spielen läßt, zumeist mit pseudo-inhaltsschwer daherkommenden Begriffen, wie „wehrhafter Demokratie“ oder „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Formulierungen, die das Grundgesetz nicht kennt, mit denen sich aber als eine Art „Über-Verfassung“ alles und jedes begründen läßt. Ein Blick auf die Petition des „Volksverpetzers“ veranschaulicht das: „Eines der Werkzeuge einer wehrhaften Demokratie ist das Parteienverbot. Wenn eine Partei bestrebt ist, die Demokratie abzuschaffen, ist es demokratisch, diese Partei zu verbieten, so wie das in der Vergangenheit mit einer Nachfolgeorganisation der NSDAP oder der kommunistischen KPD geschehen ist.“ Ja, so einfach ist das und funktioniert seit den 50er Jahren bis heute. Damit läßt sich zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems vortrefflich arbeiten, schlägt man doch mehrere Fliegen mit einer Klappe: Die ausbeuterische Wirtschaftsordnung ist „demokratisch“, sie darf nicht angezweifelt oder gar angetastet werden. Geht sie gegen Anfeindungen rigoros vor, übt sie im

Grunde nur „Notwehr“. Staat und Recht sind neutral, die faschistoide Herrschaftsform ist „ein Anderes“, genauso wie der Sozialismus. Die herrschende Klasse hat selbstredend das Interesse, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Unzufriedenheit und den hieraus resultierenden Unmut, wenn er sich schon durch den naturgemäßen Betrieb des Kapitalismus nicht verhindern läßt, zumindest so umzuleiten, daß der Kernbestand des Systems durch ihn nicht gefährdet wird. Die Verächtlichmachung der Menschen, die erwägen, AfD zu wählen, hat allein das Ziel, die Unzufriedenen wieder in die Arme der übrigen bürgerlichen Parteien zu treiben. Das hat bisher nicht viel gebracht. Jetzt soll es die Verbotsdrohung richten. Scheitert auch dieser Schritt, sollte allerdings keine Illusion darüber bestehen, daß auch eine an der Regierung beteiligte oder allein regierende AfD selbstverständlich nichts unternehmen wird, was die Herrschaft des Kapitals auch nur ankratzen könnte. Die Gefahr einer Faschisierung der Gesellschaft entspringt nicht der kruden Ideenwelt irgendwelcher Galionsfiguren der AfD, sondern den Wirkgesetzen des Monopolkapitalismus, deren Zweck es ist, seine Herrschaft am Leben zu erhalten.

Dr. Ralf Hohmann

Zum gegenwärtigen Zustand der russischen Ökonomie

Inmitten einer historischen Neuorientierung

Xi Jinping und Wladimir Putin haben große Pläne für die Zukunft – ohne Bevormundung durch USA, EU und NATO.

Das Bemühen, Rußland schlechtzuschreiben, ist weit verbreitet. Der republikanische Kriegsfalke John McCain brachte es auf die Formel: „Rußland ist eine Tankstelle, die sich als Land maskiert hat.“ Die antirusische Obsession in Washington, Brüssel und Berlin ist so stark, daß man das Land, das in den westlichen Medien nur aus seinem Präsidenten besteht, erklärtermaßen „ruinieren“ will. Rußland hat allerdings die mittlerweile zwölf Sanktionsrunden, den Raub von 300 Milliarden US-Dollar Auslandsguthaben sowie den Rauswurf aus dem SWIFT-System ebenso überstanden wie den provozierten Stellvertreterkrieg in der Ukraine. Jedenfalls sucht man den in den USA mittlerweile zum Straßenbild gehörenden offenen Horror der Elendsviertel, der Zeltstädte, des allgemeinen Verfalls in den russischen Citys bislang vergeblich. Rußland hat die Herausforderungen des als „Great Power Competition“ verharmlosten koordinierten Generalangriffs nicht nur überstanden – es hat auch resolute Schritte zur Erweiterung und Diversifizierung seiner Ökonomie ergreifen können. Bisher alles, ohne zu den Zwangsmaßnahmen einer Kriegswirtschaft greifen zu müssen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Russischen Föderation wird 2023 bei umgerechnet 1,86 Billionen Dollar liegen. Das Land liegt damit im globalen Ranking auf Platz 11. Berücksichtigt man die reale Kaufkraft des Rubel (PPP), so liegt Rußland auf Platz 6, knapp hinter Deutschland.

Bis September 2023 generierte Moskau Staatseinnahmen von fast 20 Billionen Rubel. Dem standen im selben Zeitraum Ausgaben von knapp 21,5 Billionen Rubel entgegen. Das Budgetdefizit dürfte weitgehend durch innerrussische Kreditaufnahme bestritten werden. Die Verschuldungsquote Rußlands lag 2022 bei 17,2 Prozent und damit weit unterhalb der neoliberal ruinierten westlichen Staaten. 1998, am Ende der Jelzin-Ära, lag sie noch bei rund 140 Prozent. Rußland war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu bedienen. Die Inflation stieg auf 84 Prozent. Der Rubel verlor innerhalb eines Monats zwei Drittel seines Werts. Das Land war 1998 de facto pleite.

Der Generalangriff

Die innere Struktur und die schwerpunktmäßige Ausprägung sozialökonomischer Verhältnisse ist, grob gesprochen, eine Funktion der Geographie, der Ressourcen, der Bedrohungslage sowie des inneren und äußeren klassenbasierten Kräfteverhältnisses. Der von Boris Jelzin inszenierte Putsch zur Auflösung der Sowjetunion ermöglichte ein Jahrzehnt der ungehinderten Ausplünderung der UdSSR-Nachfolgestaaten durch die zu Raubtieroligarchen mutierten Teile der ehemals

kommunistischen Funktionselite sowie durch das westliche Finanzkapital und seine ökonomischen „Experten“. Die naiven Hoffnungen auf eine „Friedensdividende“ hatten sich naturgemäß ebenso wenig erfüllt wie der Glaube an die Vertragstreue der NATO. Statt dessen kam die „Schocktherapie“ und das Vorrücken der NATO bis zur russischen Grenze. 2008 erklärte Washington ganz offen, die Ukraine in die NATO aufnehmen zu wollen, und kündigte sukzessive die wesentlichen strategischen Rüstungsbegrenzungsverträge. Das Erstschlagszenario der 80er Jahre kehrte in neuer, verschärfter Form zurück. Die russische Führung mußte auf die harte Tour lernen, daß der hybride Krieg Washingtons keine alleinige Frage der gesellschaftlichen Verfaßtheit ist, sondern auch einem geostrategischen Kalkül entspringt. Ein souveränes Rußland, sozialistisch oder nicht, stellt vor allem im Bündnis mit China eine existentielle Herausforderung für den globalen Dominanzanspruch der „einzigen Weltmacht“ dar. Diese gehört aus der Sicht der in Washington dominierenden Neokonservativen (Necons) wenn nicht vernichtet, so doch zumindest auf ein unbedeutendes Niveau dezimiert.

Rußland mußte auf diese strategische Bedrohung reagieren, militärisch wie ökonomisch. Das erforderte eine entsprechende Ressourcenallokation sowie eine Neuausrichtung und Modernisierung der Streitkräfte. Dazu waren die kurzfristig verfügbaren Finanzquellen auszubauen und ihre Profitabilität zu steigern. 2014 organisierte Washington den „Maidanputsch“ und verhängte Sanktionen gegen Rußland. Das Ziel hieß: Maidan auf dem Roten Platz, Regime Change und Aufspaltung Rußlands. Auf Grund dieser Verschärfung mußte Rußland seine Wirtschaft schneller sanktionsfest machen und einen konsequenten Entdollarisierungsprozeß einleiten. Trotz des Verlusts großer Devisenreserven kann diese Aufgabe zu einem großen Teil als bewältigt betrachtet werden. Wladimir Putin konnte am 1. März 2018 auf wesentliche Neuentwicklungen strategischer und taktischer Waffensysteme hinweisen. Im Ukraine-Krieg waren die Fähigkeiten der russischen Rüstungsindustrie zu erkennen. Es zeigte sich, daß Rußland militärisch mit dem Westen gleichauf ist, in einigen Bereichen sogar vorn liegt. Die Zuspitzung und die darauffolgende Niederlage des Westens in der Ukraine hat entscheidend zur geostrategischen Umorientierung der Länder des Globalen Südens, insbesondere der arabischen Welt, in Richtung BRICS beigetragen.

Sanktionssichere Ökonomie

Das entscheidende Standbein der russischen Ökonomie ist die Fossilenergie. Das Land verfügt über die weltweit größten Erdgasreserven, die zweitgrößten Kohlereserven und die sechstgrößten Erdölreserven. Vom 24. Februar 2022 bis Anfang November 2023 hat Rußland umgerechnet 580 Milliarden Dollar durch Fossilenergie-Exporte generiert. Etwa ein Drittel kamen trotz Selbstboykott aus der

EU. Die zurückgehenden europäischen Importe konnte Rußland durch eine Steigerung der Exporte vor allem nach China und Indien mehr als kompensieren.

Die Belt-and-Road-basierte Industrialisierung und infrastrukturelle Durchdringung Asiens und großer Teile des Globalen Südens erzeugt gewaltige Energiebedarfe, die in absehbarer Zeit kaum anders als durch einen hohen Anteil an Fossilenergie gedeckt werden können. Rußland setzt auf diese Entwicklung und baut seine bestehende Energieinfrastruktur deutlich aus.

Daneben hat Rußland eine führende Position bei der Förderung und Verarbeitung einer breiten Palette von Mineralien und Metallen: Vanadium, Molybdän, Kobalt, Nickel, Kupfer, Zink, Zinn, Uran, Magnesium, Aluminium, Eisenerz, Gips, um nur die wichtigsten zu nennen. Aber auch bei Edelmetallen wie Gold, Silber und Platin hält das Land Spitzenpositionen, ebenso wie bei der Förderung von Diamanten. Die vielfältigen Produkte des russischen Metallurgiekomplexes (Stahl- und Nichteisenprodukte) werden allerdings zu 90 Prozent für den heimischen Bedarf produziert.

Seit 2016 ist Rußland zum größten Weizenexporteur aufgestiegen und hat auf einer kleineren Anbaufläche in etwa das landwirtschaftliche Produktionsvolumen der früheren Sowjetunion erreicht. Es gehört bei den 25 wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten, zwar auf unterschiedlichen Positionen, aber zumindest zu den weltweit zwölf größten Produzenten.

Auch bei der zivilen Automobil- und Flugzeugproduktion haben die Sanktionen eine Restrukturierung notwendig gemacht. Teils in Eigenregie, teils in Kooperation mit vor allem chinesischen Unternehmen werden die von westlichen Produzenten verkauften Betriebe weitergeführt. Der russische Pkw-Markt ist in einer tiefgreifenden Umbruchphase: Chinesische Marken halten aktuell bei den Pkws schon einen Marktanteil von 49 Prozent. Auch die Flugzeugproduktion ist im Umbruch. So wird der Suchoi-Superjet 100, ein Nah- bis Mittelstreckenflieger, in verschiedenen Varianten produziert, ebenso wie die MC-21 von Irkut. Einen Durchbruch stellt die Iljuschin-Il-96-Familie dar, ein vierstrahliger Großraum-Langstreckenflieger aus komplett russischer Produktion mit einer Kapazität von 390 Passagieren und einer Reichweite bis zu 10 000 Kilometern. Auch hier gibt es Planungen zur Zusammenarbeit mit chinesischen Unternehmen.

Ein Flaggschiff der engen russisch-chinesischen Kooperation könnte die wohl 250 Milliarden Dollar teure und 7000 Kilometer lange neue Moskau-Peking-Eisenbahn werden, die gegenwärtig in der Planung ist. Mit der Hochgeschwindigkeitsverbindung soll die Fahrzeit auf etwa zwei Tage reduziert werden können. Teile des Projekts wie die 762 km lange Moskau-Kasan-Strecke sollen bis 2024 fertiggestellt werden.

Die Fähigkeiten des russischen militärisch-industriellen Komplexes (MIK) haben im Ukraine-Krieg das Potential der NATO deutlich in den Schatten gestellt. In allen wesentlichen Waffentypen und -gattungen waren die russischen Kräfte zahlenmäßig und häufig qualitativ überlegen. Der russische MIK beschäftigt rund drei Millionen Menschen. Dazu kommen etwa 1,5 Millionen Angehörige der Streitkräfte. Die russischen Militärausgaben insgesamt beanspruchen mehr als 20 Prozent des Staatsbudgets. Dies dürfte die größte Herausforderung für die russische Ökonomie und Gesellschaft darstellen.

Die Kommandohöhen in Staat und Ökonomie

Die Sanktionen des Westens haben neben den Schwerpunkten Rüstung und Fossilenergie auch eine Diversifizierungsoffensive der russischen Ökonomie gestartet. De-Coupling und De-Dollarisierung sind zur Realität geworden. Die Rückkehr zum Rubel, gigantische Investitionen im dreistelligen Milliardenbereich sind ebenso erforderlich wie eine starke, zur ökonomischen und gesellschaftlichen Steuerung fähige Staatsmacht. Auch die – konservative – politische Führung Rußlands mußte lernen, daß die Herrschaft der Oligarchen, der neoliberale Ausverkauf und die globalisierte Herrschaft des angloamerikanischen Finanzkapitals insbesondere für Rußland keine Option ist. Rußlands Souveränität und sein Status als souveräne Großmacht kann in

der „Great Power Competition“ nur bewahrt werden, wenn egoistische Profit- und Sonderinteressen keine bestimmende Rolle spielen. Das Erbe der Jelzin-Raubtierjahre lastet schwer auf der russischen Ökonomie und auf dem Bemühen um Souveränität. Der Vermögens-Gini-Koeffizient von 0,88 macht die krasen Reichtumsunterschiede deutlich. (Gini 1 = einem gehört alles, 0 = allen gehört gleich viel). Die Putin-Führung hatte 2003 im Machtkampf mit den politisch ambitionierten Oligarchen gesiegt. Michail Chodorkowski, sozusagen die Führungsfigur der hemmungslosen Selbstbereicherung, war hinter Gittern verschwunden. Allerdings waren die zusammengeräubten Vermögen zum großen Teil erhalten geblieben. In Rußland hatte sich eine alles andere als widerspruchsfreie, gemischte Ökonomie mit dominanten bis einflußreichen Staatsanteilen in den strategisch wichtigen Sektoren wie Banken, Energie, Schiffbau, Eisenbahnen, Luftfahrt und Rüstung herausgebildet. In der gegenwärtigen geopolitischen Situation eines historischen Umbruchs und beim aktuellen Stand der komplexen internationalen Klassenkämpfe geht es darum, den entscheidenden Einfluß der Regierung auf die Entwicklung des Landes zu sichern und gleichzeitig die Fähigkeit zu einer schnellen, massiven, strategisch notwendigen Ressourcenallokation zu ermöglichen. Die gigantischen Investitionen für eine umfassende Modernisierung, Umstrukturierung und Diversifizierung der russischen

Ökonomie dürften, wie in der NÖP der 20er Jahre oder den „vier Modernisierungen“ Deng Xiaopings, wohl nur durch die Einbeziehung großer Privatinvestitionen zu bewältigen sein. Zentral ist es, wie Lenin sagte, die Kommandohöhen in Staat und Ökonomie zu behaupten und nicht das Business jeder Pommestube zu organisieren. Das gilt auch für die konservative Partei Putins. Während es bei der KPCh erklärtermaßen um den Aufbau eines nationalen Sozialismusmodells geht, steht für die Partei Putins der Erhalt und die Verteidigung der russischen Souveränität im Vordergrund. Interessanterweise führen beide Zielstellungen zu ähnlichen Ergebnissen. Das gilt, wie sich im Prozeß der Herausbildung einer vom angloamerikanischen Block unabhängigen multipolaren Staatengemeinschaft gezeigt hat, nicht nur für Rußland und China. Die große Erkenntnis heißt: Die Entwicklung von ökonomischer Prosperität wie nationaler Unabhängigkeit setzt die Überwindung der neoliberalen Selbstruinierungs- und Verarmungspolitik, der finanzkapitalistischen Globalisierung sowie den Aufbau einer schlagkräftigen Militärmacht voraus. Und genau das versucht das angloamerikanische Finanzkapital mit seinem ganzen Herrschaftsinstrumentarium, seiner Kriegsmaschine, dem US-Dollar, seiner Bewußtseinsindustrie und seinen Regime-Change-Agenturen mit allen Mitteln zu verhindern. In diesem historischen Kampf befinden wir uns gegenwärtig.

Klaus Wagener

Aus: *Unsere Zeit (UZ)*, 17.11.23

Sanktionen haben Innovationen entfacht Rußlands neues Selbstbewußtsein

Die Ausstellung „Rußland“ auf dem traditionsreichen Gelände der „Ausstellung der Errungenschaften der Volkswirtschaft“ in Moskau ist nicht nur eine Schau der Superlative. Sie ist gleichzeitig der von Rußland selbstbewußt vorgetragene Beweis, daß die Sanktionen nicht nur wirkungslos sind, sondern zur Entwicklung der russischen Wirtschaft beitragen.

Der Weg zu den Messehallen führt durch einen 166 Meter langen Tunnel, der das Eingangsportale bildet. Seine Wände bestehen aus LED-Panels, auf denen die Ausstellung in kurzen Clips thematisch eingeleitet wird. Dieses Portal ist ein beeindruckend gelungener futuristischer Entwurf. Es ist, als betrete man die Zukunft in der Gegenwart. Schon allein dieser gigantische Hightech-Tunnel überführt all jene der Lüge, die behaupten, Rußland sei auf Chips aus alten Waschmaschinen und Kühlschränken angewiesen.

Auf dem über 200 Hektar großen Gelände, auf dem nach 1959 in über 100 Pavillons die Republiken der Sowjetunion die Errungenschaften des Sozialismus zeigten, präsentieren sich noch bis April die 89 Förderationsobjekte der Russischen Föderation. Sie zeigen zum einen ihre touristischen Attraktionen und die jeweils einzigartige, für die Region typische Natur sowie Traditionen und Gebräuche der dort lebenden Völker. Sie laden zum Besuch

ein – Rußland entwickelt seinen Inlandstourismus.

Von besonderem Interesse ist die Präsenz der neuen Förderationsobjekte. Die Donezker Volksrepublik beispielsweise fokussiert auf ihrem Stand auf den Fortschritt beim Wiederaufbau der befreiten Gebiete. Des Weiteren heben die 89 Regionen ihren Beitrag zur Entwicklung der russischen Wirtschaft hervor. Von der Förderung von Rohstoffen bis hin zur Weltraumfahrt ist alles vertreten, was Rußland stark macht. Die Ausstellung zeigt damit auch, daß es faktisch unmöglich ist, die russische Wirtschaft wirkungsvoll zu sanktionieren.

Die Entwicklungen unter anderem in der Nukleartechnologie, im Bereich der Digitalisierung und bei künstlicher Intelligenz werden in eigenen Hallen gezeigt. Ebenso ist der Entwicklung in der Raumfahrt zur Umsetzung der ehrgeizigen Ziele im Kosmos ein eigener Pavillon gewidmet. Rußland plant, eine benannte Mondstation zu errichten.

Die Ausstellung macht deutlich: Rußland tritt wieder mit großem Selbstbewußtsein auf. (...) „Hergestellt in Rußland“ wird als Markenzeichen für Qualität und Unabhängigkeit vom Westen etabliert. (...)

Viele Entwicklungen gab es schon, bevor die EU und der „kollektive Westen“ ihre inzwischen über 15 000 Einzelsanktionen verhängt haben. Aber als am 25. Februar 2022 – einen

Tag nach Beginn der militärischen Speziation zur Unterstützung der Donezker und Lugansker Volksrepubliken gegen das Kiewer Regime – die deutsche Außenministerin in Brüssel vor die Kamera trat und mit Genugtuung in der Stimme zu den eben verhängten Sanktionen verkündete, diese würden „Rußland ruinieren“, wurde vielen Russen klar, daß es der Westen mit ihrem Land niemals wirklich gut gemeint hat. Die Sanktionen lagen ausgearbeitet in der Schublade. (...) Rußland sollte ausgeschaltet, am Boden zerstört werden. Das war ganz offenkundig der Plan – er ist gescheitert.

Erreicht wurde das Gegenteil. Die russische Politik entfachte ein Feuerwerk an Förder- und Unterstützungsmaßnahmen. Wirtschaftlich vom Westen unabhängig zu werden ist das Ziel, und die Geschwindigkeit, mit der sich Rußland auf dieses Ziel zubewegt, ist atemberaubend. Es entstand regelrechtes Gründerzeitfieber im Land. Das Innovationspotential Rußlands wurde durch die westliche Niedertracht entfacht. Die konkrete wirtschaftliche Entwicklung zeigt: Die EU und Deutschland sind zwar auf Rußland angewiesen, Rußland aber nicht auf die EU.

Gert Ewen Ungar
Redaktionell gekürzt

Aus: *UZ*, 1.12.23

Der „Hegemon“ und seine aktuellen Konflikte

Zur Lage des „Hegemons“ USA

Der selbsternannte Hegemon, der größte Kriegstreiber und Kriegsgewinnler der Welt, sind die politisch tief gespaltenen USA, die sich im Vorwahlkampf befinden. Sie streben unter der Biden-Regierung die weitere Unterhaltung des Gaza-Israel-Krieges, des Ukraine-Konflikts sowie die militärische Aufrüstung Taiwans an. Anfang Dezember 2023 erlitt Biden eine Niederlage durch die Republikaner, welche die Freigabe von über 100 Milliarden Dollar für die Fortsetzung dieses Kurses im Kongreß boykottierten. Die Demokraten werden jedoch daran festhalten, eine gute Ausgangssituation für den Wahlkampf zu schaffen, was nur durch militärische Siege und nicht durch Niederlagen zu erreichen ist. Daraus ergeben sich die Prioritäten der derzeitigen US-Regierung, die Israel den Zugriff auf alle militärischen Ressourcen der US-Armee eingeräumt hat, denn dort ist am ehesten ein Sieg zu erwarten, den sich Biden bzw. die Demokraten, unter Mißachtung des Völkerrechts durch Israel, zuschreiben wollen. Die Ukraine ist für Biden nach der vergeblichen Sommeroffensive nur noch als Sündenbock, Reinwaschung des Westens und zur weiteren Schwächung Rußlands von Nutzen.

Unter diesem Aspekt ist auch das Treffen Xi – Biden Mitte November bei San Francisco einzuordnen. Xi hat den Standpunkt seines Landes zur Lage in der Welt und zur negativen Rolle der USA so überzeugend dargelegt, daß es Biden schwerfiel, daraus Nutzen für seine Wiederwahl zu ziehen. Es verwundert nicht, daß Xis Anliegen, eine Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen zu erreichen, Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, den kulturellen wie humanitären Austausch zu fördern und eine verantwortliche Politik unter Großmächten zu fixieren, von der amerikanischen Seite abgelehnt wurden. Beide bleiben politische, ökonomische und militärische Konkurrenten und Gegner. Wirtschaftskrieg und Konkurrenz (auch die militärische) in Asien gehen weiter. Eine Aussetzung der Unterstützung Chinas für Rußland im Ukraine-Konflikt konnte Biden ebenso wenig erreichen wie eine Abkehr Chinas von der friedlichen oder militärischen Wiedereingliederung Taiwans. Es kam lediglich zu der Übereinkunft, die Kontrollorgane zur Regelung von unklaren militärischen Situationen wiederzubeleben. Biden blieb sich treu und machte den Verständigungsversuch mit seiner „Diktator“-Aussage, Xi betreffend, zunichte.

Die USA mußten aber auch diplomatische Niederlagen in der UNO hinnehmen, wobei sich 120 Staaten für einen Waffenstillstand im Gaza-Israel-Krieg entschieden, ihre europäischen Partner sich der Stimme enthielten und nur 14, meist kleine, von den USA abhängige Staaten mit den USA stimmten. Das kommt einer Isolation der USA gleich und nicht einer solchen Rußlands, wie ständig lauthals vom gesamten Westen propagiert wird. Auch das Nichterreichen der Beendigung des aktiven Widerstandes der Staaten

des Nahen Ostens gegen Israels Kriegsführung laufen ihrer selbstbestimmten Welt-Hegemon-Rolle zuwider.

Der Besuch Putins in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Saudi-Arabien Anfang Dezember hat gezeigt, daß nicht die USA, sondern die Russische Föderation (RF) im Nahen Osten Vertrauen besitzt, weil sie weitgehend übereinstimmende Positionen zum Gaza-Israel-Krieg mit den Saudis u. a. arabischen Staaten vertritt. Auch bei Energiefragen gibt es Übereinstimmung. Die RF war, ist und wird im Nahen Osten ein bestimmender Player bleiben.

Der Besuch des iranischen Präsidenten Raisi in Moskau, der den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen, aber auch die BRICS-Mitgliedschaft zum Inhalt hatte, trugen zum Vertrauensaufbau bei.

Die größte Nichterfüllung ihrer Ziele erfahren die USA und der gesamte Westen bei ihrem hybriden Krieg gegen Rußland in der Ukraine, den sie über mehrere Jahre vorbereitet hatten. Die RF hat dem vom Westen provozierten Krieg nicht nur widerstanden, sondern ist dabei, diesen Stellvertreterkrieg, den 50 Länder mit Geld und Waffen unterstützen, zu gewinnen. Die westlichen Sanktionen haben die Wirtschaft Rußlands (Zuwachs 2023: 3,5 %) unabhängiger und leistungsfähiger gemacht sowie den Wirtschaften der EU-Staaten bedeutende Verluste beigebracht. Es gelang ihnen nicht, Rußland als Konkurrenten auszuschalten und zu isolieren. Rußland und seine Streitkräfte gehen gestärkt aus den westlichen Angriffen hervor.

Wer sind die wirklichen Gewinner im Gaza-Israel-Krieg?

Warum hat die Hamas diesen Krieg überhaupt begonnen?

Der bekannte US-Militärexperte Scott Ritter verwies diesbezüglich auf den strategischen Plan der Hamas, der drei Hauptziele verfolgte:

- Die Frage eines palästinensischen Staates sollte wieder in den Mittelpunkt der internationalen Politik gerückt werden.
- Die zu Tausenden in israelischen Gefängnissen weggesperrten Palästinenser sollen befreit werden.
- Die Entweihung der AL-Aqsa-Moschee durch Israel, die ein heiliger Ort des Islam ist, soll unterbunden werden.

Die Ziele Israels bestehen in der vollständigen Vernichtung der Hamas, der Vertreibung der Bevölkerung aus Gaza sowie in der Einverleibung des palästinensischen Territoriums, einschließlich der dortigen Bodenschätze (Erdgas). Ob die UNO, Rußland und China, die arabischen Staaten des Nahen Ostens sowie die Staaten des globalen Südens den Willen und die Kraft aufbringen, Israel zu stoppen und den Palästinensern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wird von der Art der israelischen Kampfführung bestimmt. Einige arabische Staaten und Kräfte (Jemen, Hisbollah, Iran, Syrien und die Türkei), die

ebenfalls für diplomatische Lösungen stimmen, mischen sich aber bereits militärisch in den Konflikt ein, womit – sollte Israel weiterhin uneinsichtig sein – für das Land die weitere Existenz auf dem Spiel steht.

Die berechnete Minimalforderung dieser Kräfte ist ein Waffenstillstand. Die Maximalforderung besteht in der Beendigung des Konflikts und in der Wiederherstellung der Rechte aller Palästinenser.

Der im Westen gut vernetzte Schweizer ehemalige Geheimdienststoffizier Jacques Baud beantwortete u.a. die Frage, ob der israelische Militärgeschichtswissenschaftler, der für die Überwachung des Gaza-Streifens zuständig ist, wirklich nichts über den Überfall der Hamas gewußt hat. Eine solche umfassende Operation der Gaza-Palästinenser, in deren Vorbereitung 500 km Tunnel in 30 m Tiefe gebaut, Raketen und andere Waffen produziert und Kampfttraining durchgeführt wurden, machen Blindheit und Taubheit der israelischen Geheimdienste ungläubwürdig. Baud meint, daß die Regierung Netanjahus höchstwahrscheinlich Warnungen absichtlich ignoriert hat, um die monatelangen Proteste der israelischen Bevölkerung gegen deren Justizreform niederzuschlagen. (Die vielen einfach in Kauf genommenen israelischen Opfer erzeugten den notwendigen Haß, um von der Mehrheit der Bevölkerung Israels das Mandat zu erhalten, das Gaza-Problem mit allen Mitteln und Kampfmethoden für immer zu lösen, d.A.).

Der Gaza-Israel-Krieg hat auf palästinensischer Seite in drei Monaten (Oktober bis Dezember) die doppelte Anzahl an Zivilisten getötet (ca. 20 000, davon über 8600 Kinder und über 4000 Frauen, dazu kommen noch die ungezählten Toten unter den Trümmerbergen), wie Russen und Ukrainer zusammen in 22 Monaten im Ukraine-Konflikt, was die unakzeptable Brutalität Israels bezeugt.

In der laufenden Operation im dicht besiedelten und mit Flüchtlingen überfüllten Süden Gazas bombardieren die israelischen Wohngebiete ohne Rücksicht auf Zivilisten, nicht etwa mit Präzisions-, sondern mit Vernichtungswaffen, wodurch die Opferzahlen weiter hochschnellen. Das findet alles statt, um die dort handelnden 20 000 Hamas-Kämpfer endgültig zu vernichten. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Gaza-Palästinenser, deren Tötung und Vertreibung haben nichts mit der Vernichtung der Hamas zu tun, denn diese wird durch die brutale Kampfführung Israels weiterhin ständigen Zulauf erfahren. Die humanitäre Lage in Gaza hat ein solch katastrophales Ausmaß angenommen, daß der Generalsekretär der UNO die Anwendung des § 99 der UN-Charta eingefordert hat. Das hält Israel jedoch nicht davon ab, weiter zu bombardieren und zu töten. Einmal mehr wird der Welt vor Augen geführt, wer meint, das humanitäre Völkerrecht der UN-Charta nicht einhalten zu müssen.

Jacques Baud antwortet auf die Frage, ob es sich tatsächlich um einen Selbstverteidigungskrieg Israels handelt, daß die Präsenz Israels als Besatzungsmacht in den

Palästinensergebieten laut der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates (1967) illegal ist. Somit ist der Widerstandskampf der Palästinenser, sogar ein bewaffneter Kampf, rechtmäßig. Als Besatzungsmacht wäre es Israels Verantwortung, die palästinensische Bevölkerung zu schützen und nicht auszurotten oder zu vertreiben.

Hätte Israel aber einen palästinensischen Staat anerkannt, könnte es diesen im Aggressionsfall laut dem Recht auf Selbstverteidigung militärisch bekämpfen.

Eine Zweistaatenlösung hat Israel jedoch nie gewollt. Es hält sich nicht an UN-Resolutionen (z. B. 181 vom November 1947, welche die Gründung eines jüdischen und palästinensischen Staates vorsah). 75 Jahre lang haben Israels Verbündete dabei geholfen, eine Zweistaatenlösung nicht zuzulassen.

Wie könnte eine Lösung dieses Konflikts aussehen?

Nach Auffassung von Jaques Baud kann dieser Konflikt militärisch nicht gelöst werden, da die arabischen Staaten und die Länder des globalen Südens heute das Diktat des Westens nicht mehr akzeptieren. Es werde auf Dauer auch für Israel keine Straflosigkeit für seine Mißachtung des internationalen Rechts geben, was katastrophale Folgen für das Land haben könnte. Israel und die westliche Welt sollten zu einer politischen Lösung bereit sein, die auf der Einhaltung der UN-Resolution von 1967 beruht und die von dem am 11.11.23 in Riad versammelten arabischen Ländern vorgeschlagen wurde. Nicht die USA, die im UN-Sicherheitsrat eine humanitäre Waffenruhe durch ihr Veto blockierten, sollten diesen Prozeß händeln, sondern die internationale Gemeinschaft und die UNO. Das würde für Israel eine schmerzhafteste Prozedur sein, da die Verstöße gegen das Völkerrecht (Landnahme, Siedlerwillkür und Apartheidmaßnahmen) rückgängig gemacht werden müßten.

Zum Ukraine-Konflikt

Ist die Ukraine dabei, den Krieg gegen Rußland zu verlieren?

22 Monate findet in der Ukraine eine russische Spezialoperation statt, bei der es um die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine geht und die von den Ukrainern und dem kollektiven Westen als Ukraine-Rußland-Krieg bezeichnet wird. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen Stellvertreterkrieg der USA gegen Rußland. Hunderttausende Soldaten beider Seiten verloren in diesem vom Westen initiierten Krieg (der acht Jahre von USA, NATO und der Ukraine vorbereitet wurde) ihr Leben und die mehrfache Anzahl von ihnen wurde verwundet. Das Verhältnis der personellen Verluste Ukraine: RF soll je nach Operationsart (Angriff oder Verteidigung) zwischen 10:1 bis 5:1 betragen. Viele ukrainische Städte und Ortschaften sowie große Teile der kritischen Infrastruktur und die meisten Großbetriebe wurden zerstört. Die Bevölkerung der Ukraine hat sich durch die Flüchtlingsströme von 34 auf 18 Millionen verringert. Das Land hat zwei vollständige Armeen des Standes vor Kriegsbeginn und Teile einer neuen dritten Armee, einschließlich der dazugehörigen

Materielle Verluste der ukrainischen/NATO-SK seit dem Beginn der russischen SO (Verteidigungsministerium der RF):

	11.11.22	12.12.23
Flugzeuge / Hubschrauber	507	807
Drohnen	2.486	9.588
Flugabwehrraketensysteme	388	442
Panzer, gepanzerte Fahrz.	6.511	13.924
Reaktive Geschößwerfer	885	1.188
Artillerie und Granatwerfer	3.569	7.284
Spezialfahrzeuge	7.166	16.096

Waffen und Geräte (darunter viele westliche Systeme) in verzettelten und taktisch unklug geführten Angriffsoperationen verloren. Die Anzahl der auf beiden Seiten getöteten Zivilisten beläuft sich auf ca. 10 000.

Derzeit werden in der Ukraine 17- bis 70-Jährige sowie Kranke und Frauen mit militärisch relevanten Berufen eingezogen. Unter ukrainischen Gefangenen befinden sich aber auch Lt. McGregor 14- und 80-Jährige.

Rußland vollzog eine Teilmobilisierung von 300 000 Mann und nahm eine Aufstockung seiner Armee um 400 000 freiwilliger Vertragssoldaten vor, womit das personelle Kräfteverhältnis an der Front mehr als ausgeglichen ist. Dabei verfügt die RF über die größeren Reserven.

Der kollektive Westen hat für die Militär- und Finanzhilfe der Ukraine über 200 Milliarden US-Dollar ausgegeben und will Resultate sehen, die aber bisher nicht fixiert werden konnten. Das führte zu ernststen Meinungsverschiedenheiten zwischen den NATO-Beratern und der ukrainischen Armeeführung, aber auch zu gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen dem Präsidenten und dem Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte (ukr. SK), wodurch sich ein Vertrauensverlust in die Führung des Staates und der Armee ausbreitete, der sich negativ auf die Kampfmoral auswirkt. Ohne die westliche Hilfe hätte die Ukraine bereits zweimal den Krieg gegen Rußland verloren.

Rußland hat es geschafft, nicht nur dem Ansturm der Sommeroffensive von Ukraine und NATO standzuhalten, sondern ist an der gesamten 1200 km langen Front aus der strategischen Verteidigung in eine abgesicherte Initiative übergegangen (Chef der ukrainischen Landstreitkräfte General Syrski). Dabei wurden die ukrainischen Streitkräfte in die Verteidigung gezwungen. Die in den letzten Wochen erzielten Landgewinne Rußlands, besonders im Norden (Kupjansk), betragen mehr als das fünffache der ukrainischen Landgewinne bei Cherson. In dem schmalen Landstreifen am linken Ufer des Dnepr verloren in zwei Monaten 5000 Angehörige des ukrainischen Marinekorps ihr Leben und nach begründeter Annahme wird die Ukraine auch dieses Territorium verlieren. Ähnliche Verluste erleidet die Ukraine auch an den Kampfschwerpunkten in Awdejewka und Bachmut, während die RF-SK hier weitere taktische Geländegewinne durch den Einsatz von verbundenen Waffen und durch luftgestützte selbstlenkende Gleitbomben (FAB 250, 500, 1500) erzielen. Aus der Sicht

der Ukraine soll sich ein Patt abzeichnen, was aber die russische Seite, wegen des für sie günstigeren Kräfteverhältnisses, nicht akzeptiert.

Die Spezialoperation Rußlands tritt nach der nicht erfolgreichen Sommeroffensive der Ukraine in eine dritte Phase ein, die durch

- die stetig steigenden personellen und materiellen Fähigkeiten Rußlands (Distanz-, Hyperschallwaffen und solchen, die nach neuen Technologien im eigenen MIK produziert und oft direkt an der Front modernisiert werden),
- die drastische Verringerung der ukrainischen Möglichkeiten und Ressourcen (wegen verringerter Waffenlieferungen aus dem Westen), sowie durch
- die strategische Erschöpfung der NATO,

gekennzeichnet ist.

Zudem stellte der Gaza-Israel-Krieg die Weichen für die Ukraine neu, denn die Priorität der Finanz- und Militärhilfe der USA, dem hauptsächlichsten Hilfeleister, liegt nun bei Israel.

Wie weiter?

Die Ukraine/NATO-Seite (Selenskyj) will trotz alledem an ihrem Ziel, keine Territorien an Rußland abzutreten und verlorene zurückzuerobern, festhalten. Sie ist, trotz US-amerikanischen Drucks, nicht zu Verhandlungen bereit. Die Ukraine hofft, daß der Westen in einer „Notsituation“ NATO-Truppen in ihrem Land gegen Rußland einsetzt. Die Entscheidung darüber liegt aber nicht bei der Ukraine, sondern bei USA und NATO.

Die russische Föderation verfolgt weiter ihre Ziele: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Neutralität der Ukraine (Putin am 14.12.23). Zur Realisierung dieser Ziele und um einem NATO-Angriff widerstehen zu können, erhöht die RF ihre Kapazitäten im MIK, kauft preisgünstig moderne Waffen in der DVRK und im Iran ein. Putin hat auch einen Ukas erlassen, der die Aufstellung einer neuen Armee mit Hightech-Waffen und 170 000 Mann vorsieht. Mit einer solchen Streitmacht erhält die RF die Möglichkeit, künftig Angriffs- und Verteidigungsoperationen erfolgreich durchzuführen. Alle diese Konflikte und Kriege tragen in sich das Potential zur Eskalation, d. h. zu konventionellen und atomaren regionalen und anderen Großkriegen. Der Kampf für die Beendigung des Tötens und Zerstörens, zur Einstellung aller Kriegshandlungen zugunsten diplomatischer Lösungen muß zur Hauptaufgabe aller Friedenskräfte rund um den Globus werden!

Oberst a.D. Gerhard Giese

75 Jahre Unrecht gegen das palästinensische Volk kann nicht Recht werden

Ende September 1939 bombardierten deutsche Truppen Warschau, das am 28. September 1939 kapitulieren mußte. Von Anfang an wurden Polen und die in ein Getto eingesperrten Juden vom deutschen Militär terrorisiert. Sie galten, weil nicht den auserwählten Ariern zugehörig, als Untermenschen. Zu ersten Widerstandsaktionen in Warschau kam es im Januar 1943, es bildeten sich kleinere bewaffnete Kampfgruppen, die sich in einem Militärverband organisierten. Der jüdische Militärverband histe am Tag des Eindringens des deutschen Militärs in das Getto am 19. April 1943 auf den eigenen Stellungen eine Fahne mit dem Davidstern und eine polnische Flagge. Der Widerstandskampf von Polen und Juden in den Häusern, Bunkern und Tunnels war aussichtslos, am 16. Mai 1943 war für das deutsche Militär die Aktion gegen die Widerstandskämpfer abgeschlossen. Fotografien des polnischen und jüdischen Freiheitskampfes in Warschau belegen, wie Ordnungsdienste Schubkarren voller Kinderleichen transportieren, Leichen der Zivilisten auf den Straßen liegen oder Familiengruppen, Frauen und Kinder, mit erhobenen Armen durch Straßen gehen. Die deutsche Vernichtungspolitik in Polen erfolgte nach den Richtlinien für „Sonderaufgaben“ des deutschen Militärs.

In nichts unterscheiden sich die aus Gaza und dem Gazastreifen übermittelten Bilder von getteteten oder in den Ruinen weinenden, ausgemergelten Kindern von den erhalten gebliebenen Bildern der Bestialitten der deutschen Wehrmacht in Stadt und Gebiet Charkow (1942/1943). (...)

Die ungezählten Massaker der Militärmacht der deutschen Okkupanten gegen Kinder und Halbwüchsige im Osten werden heute in Deutschland als „aufgearbeitete Vergangenheit“ abgetan. In Wirklichkeit forciert Deutschland im Interesse der das Land beherrschenden Reichen und der Rüstungsindustrie weltweite Interventionen. Vom 24. März bis 24. April 1999 bombardierte Deutschland im Rahmen der NATO wie schon am 6. April 1941 ohne vorhergehende Kriegserklärung Belgrad. Während der Besetzung Serbiens gehörten Massenerschieungen und Deportationen zum Alltag der deutschen Okkupanten. Vergessen in Deutschland, aber unvergessen in Serbien ist die Erschießung von 400 Gymnasiasten am 21. Oktober 1941 in Krajevac. Jetzt unterstützt Deutschland die israelischen Truppen bei ihrem Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk.

1975 (!) wurde erstmals ein Gespräch zwischen dem Buddhisten Thich Nhat Hanh (1926–2022) und dem Befreiungstheologen Daniel Berrigan SJ (1921–2016) veröffentlicht. Beide waren Aktivisten gegen den US-Vlkerkrieg in Vietnam und nehmen in ihrem Gespräch auf Israel und Palästina Bezug. Erinert sei an M Lai (1968), wo die US-Amerikaner eines ihrer ungezählten Kriegsverbrechen

gegen friedliebende Zivilisten begangen haben. Palstinenserfhrer haben Berrigan SJ ihre Sicht auf ihre Gewaltaktionen gegen Israel so erklärt: „Als wir diese Dinge noch nicht getan hatten, hat kein Mensch von uns gehört. Wir existierten nicht. Dann griffen wir einen Schulbus an oder entführten ein Flugzeug oder nahmen Geiseln. Jetzt nimmt uns die Welt zur Kenntnis. Jetzt weit die Welt, daß wir existieren. Ansonsten hätten wir in den Flüchtlingslagern ewig so weitergemacht, versteht ihr.“ Berrigan SJ sagte zu sich selbst: „Das ist eine entsetzliche Wahrheit. Ich hatte, bevor diese Dinge passierten, noch nie von den Palästinensern gehört.“ Für Berrigan SJ ist die Tatsache unerträglich, „daß Israel faktisch erklärte, die Kinder der Palästinenser seien nichts wert“. Sowohl Nhat Hanh wie Berrigan SJ bedauern zutiefst, welche Rolle die Propaganda in dieser Gewaltspirale spielt und die vom System integrierten Intellektuelle zu Dienern der Gewalt werden.

Am 7. Oktober letzten Jahres erfolgte der zu erwartende Ausbruch der Hamas aus dem von der israelischen Militärmacht als Riesengebiet mit Stacheldraht umzäunten Gazastreifen, der zivile Opfer in Kauf genommen hat. Die Hamas hat 2006 in freien Wahlen die parlamentarische Mehrheit im Gaza-Streifen errungen. Israels Eliten und seine Militärs nehmen den 7. Oktober zum Anlaß, um von einer zweiten Shoa zu sprechen und damit den von ihnen vorbereiteten Genozid an palästinensischen Volk zu rechtfertigen. Seit Jahren versteht es der israelische Staatsapparat, die herrschende Politik, die Führungsmedien und eine Überzahl von Intellektuellen in Österreich für die Rechtfertigung der Bombardements auf palästinensische Frauen und Kinder einzubinden, die schon bis dahin durch die Blockade Israels an Unterernährung zu leiden hatten. Die USA unterstützt diesen Vlkerkrieg, hat doch einer ihrer von Österreich hofierten Repräsentanten, Henry Kissinger, (1923–2023) einen unverhohlenen Aufruf zum Vlkerkrieg in Vietnam so gegeben. Bomben seien zu werfen: „Alles, was fliegt, auf alles, was sich bewegt.“

(...)

Das Bundesministerium für Landesverteidigung Österreichs gibt die Militärische Zeitschrift (MZ) heraus und hat dort das Heft 05/2022 den „Einsätzen der israelischen Armee in Gaza“ gewidmet. (...) „Grund für die Zweite Intifada (2000 bis 2005) waren“, so stellt der Artikel fest, „die immer schlechter werdenden Lebensbedingungen in Gaza sowie der Zuzug von rund 100 000 israelischen Siedlern in das Westjordanland und den Gazastreifen, was eine Verdoppelung der dort ansässigen Siedlungen bedeutete“. Jeden Tag fanden und finden in Gaza neue Verbrechen statt. Besonders kennzeichnend ist, daß Israel humanitäre Hilfsaktionen für die palästinensische Bevölkerung kriminalisiert. Am 31. Mai 2010 wurde eine Hilfsflottille auf

dem Weg nach Gaza von den israelischen Militärs unter Verletzung der Menschenrechte abgefangen. Der US-amerikanische Intellektuelle Noam Chomsky (*1928), der die palästinensische und israelische Presse liest, stößt immer wieder auf Berichte, wie israelische Siedler und die israelische Armee tagtäglich wirtschaftliche Grundlagen von Dörfern vernichten, Wohnhäuser vernichten und so fort. Die Zweite Intifada war trotz gezielter, von den sterreichischen Offizieren als „chirurgische Eingriffe“ verharmloste Ttungsaktionen israelischer Militärs von Befreiungskmpfern möglich, die über ein komplexes Netzwerk identifiziert wurden. In der MZ wird festgestellt, daß Israel versuche, durch den direkten Ansatz der gezielter Tötung von Einzelpersonen „einen möglichst großen Wissensverlust auf Seiten der Hamas zu kreieren.“ Zu Beginn der Zweiten Intifada ermordete die israelische Armee am 31. Dezember 2000 den palästinensischen Friedensaktivisten Dr. Thabet Thabet (1950–2000). Ihm widmet in der christlichen Zeitschrift Concilium der in einem Kibbutz aufgewachsene Sergio Nicols Yahni einen Artikel, der religiöse Wege mit seinen notwendigen Etappen zum Frieden zwischen Palästina und Israel aufzeigt. Er stellt fest, daß die politische Ausdrucksform des Staates Israel die „zionistische Kolonisierungsbewegung“ ist und der nationale Befreiungskampf der Palästinenser nicht über die Resolutionen der UNO hinausgeht. Diese Resolutionen beinhalten das Recht der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge und den Rückzug der israelischen Truppen aus der Westbank und dem Gazastreifen.

(...)

Der israelische Verteidigungsminister Yoav Gallant gab am 9. Oktober 2023 bekannt, daß er eine „komplette Belagerung“ des Gazastreifens angeordnet hat. „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere“, sagte der von den Israelis auserwählte Heerführer. Nicht wortwörtlich, aber sinngemäß berichten die Mainstream-Medien in Österreich sowie in anderen westlichen Ländern, daß es für die Zukunft Israels notwendig und an der Zeit ist, Palästina endgültig auszulöschen. Vlkerkrieg an den Palästinensern wird als Rettung der Freiheit Israels ausgegeben. Karl Kraus (1874–1936) hat die Parteinahme der „Freien Presse“ als „schwarze Magie“ bezeichnet, aus Drucker-schwärzen werde Blut. Wenn es einmal einen Vlkerrechtsproze wegen der israelischen Verbrechen am palästinensischen Volk geben sollte, dann werden diese journalistischen Helfershelfer als Mitschuldige auf der Anklagebank sitzen müssen.

(...)

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekrt

Auszug aus „ber die ‚Sonderbehandlung‘ des palästinensischen Volkes und ihre Widerspiegelung in der ‚Freien Presse‘ Österreichs“ in ZdA, 18.11.23

Israel und die Vereinten Nationen

Israel hat Probleme mit den Vereinten Nationen. Geht es um den Konflikt des Landes mit Palästina, geraten israelische Diplomaten schnell außer sich und fordern die Weltorganisation und deren Mitgliedsstaaten heraus. Das anhaltende Bombardement der Bevölkerung in Gaza, von dicht besiedelten Wohnvierteln, Flüchtlingslagern, Schulen, Krankenhäusern, ziviler Infrastruktur, von Journalisten und ihren Familien zeigt, daß Israel zentrale Vereinbarungen des internationalen Rechts ignoriert.

Die Menschen im Bombenhagel nicht zu schonen, ihnen Wasser, Strom, Treibstoff, medizinische Versorgung, Lebensmittel, Kommunikationsverbindungen zu kappen, gilt auch im Krieg als Verbrechen. Während immer mehr Staaten ihre Botschafter aus Israel zurückrufen oder – wie Bolivien – die diplomatischen Beziehungen abbrechen, verharnt die Bundesregierung in Berlin in Nibelungentreue an der Seite Israels. Außenministerin Baerbock erklärte, Israel habe – wie jeder Staat auf der Welt – die Pflicht, seine Bevölkerung zu schützen und sich gegen Angriffe zu verteidigen. Die Menschen im Flüchtlingslager Jabaliya – von Israel innerhalb von 24 Stunden zweimal bombardiert – bezeichnete Baerbock als „menschliche Schutzschilde“ der „Terrororganisation Hamas“. Das offenbart nicht nur Menschenverachtung gegenüber den Opfern der Bombenangriffe, es zeigt auch, daß die deutsche Außenministerin die Geschichte des Staates Israel und von Palästina nicht kennt.

Vor dem Ende der britischen Mandatszeit (1920–1948) wurde Palästina mit dem UN-Teilungsplan geteilt (UN-Resolution 181 II). Damit folgte die neu gegründete UNO einem Versprechen der britischen Kolonialmacht aus dem Jahr 1917. Damals hatte der britische Außenminister Lord Balfour der zionistischen Nationalbewegung die Unterstützung der britischen Krone bei der Bildung einer „jüdischen Heimstatt“ in Palästina zugesagt. Die in Palästina lebende Bevölkerung lehnte das ab, und schon bevor und während der UN-Teilungsplan diskutiert wurde, gab es Proteste und Kämpfe. Der im November 1947 beschlossene Teilungsplan (UN-Resolution 181 II) teilte Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Obwohl von den damals rund 1 900 000 Einwohnern mehr als zwei Drittel muslimische, christliche und drusische Palästinenser und ein Drittel zumeist eingewanderte Juden waren, hatte die ursprünglich dort lebende palästinensische Bevölkerung keine Stimme. Ein Referendum war abgelehnt worden. Der jüdische Staat sollte 56,47 Prozent Palästinas umfassen, der arabische Staat 42,88 Prozent. Die Stadt Jerusalem sollte mit 0,65 Prozent als „corpus separatum“ unter UN-Verwaltung gestellt werden. Alle drei Teile sollten in einer Wirtschaftsunion zusammengefaßt werden. Die Hafenstadt Jaffa gehörte zum arabischen Staat. Die UNO hatte damals 56 Mitgliedsstaaten, von denen 33 dafür, 13 dagegen stimmten und zehn

Staaten sich enthielten. Alle arabischen Staaten stimmten dagegen.

Obwohl die Zionisten den Teilungsbeschuß als Gründungsdokument ihres Staates ansahen, starteten sie unmittelbar nach Verabschiedung des Teilungsplans militärische Operationen zur Vertreibung der Palästinenser, um das ihnen mit dem Teilungsplan zugestandene Gebiet zu erweitern. Sie überfielen Dörfer, töteten und vertrieben die Bevölkerung. 530 palästinensische Dörfer wurden zerstört. Beim Jahreswechsel 1948/49 verfügten die Palästinenser nur noch über 22 Prozent des Landes, das der UN-Teilungsplan für sie vorgesehen hatte. Ost-Jerusalem war von jordanischen arabischen Legionen gegen die zionistischen Milizen verteidigt worden. West-Jerusalem dagegen war schon früh von der zionistischen Untergrundarmee Hagana eingenommen und die palästinensische Bevölkerung vertrieben worden. Damit ignorierten die Zionisten auch den Teil des UN-Teilungsplans, wonach Jerusalem als „corpus separatum“ unter internationale Verwaltung gestellt werden sollte. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel ausgerufen. Am Tag darauf, am 15. Mai 1948, beantragte Israel die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Der Antrag wurde vom UN-Sicherheitsrat nicht behandelt. Ebenfalls am 15. Mai 1948 erklärten die arabischen Staaten Israel den Krieg. Die UN-Vollversammlung ernannte am 20. Mai 1948 den schwedischen Diplomaten Graf Folke Bernadotte zum UN-Vermittler für Palästina. Bernadotte konnte einen Waffenstillstand verhandeln und legte den Grundstein für das UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, die UNRWA. Er äußerte sich kritisch zu den „ethnischen Säuberungen“ gegen die Palästinenser und darüber, „daß Israel ganz Jerusalem für sich beanspruchte“, was dem UN-Teilungsplan widersprach. Am 17. September 1948 wurde der UN-Sondervermittler Bernadotte von der Stern Gruppe, einer zionistischen Miliz, ermordet. Der Stern Gruppe gehörte auch Yitzhak Shamir an, der spätere israelische Ministerpräsident. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte die Ermordung Bernadottes. Am 11. Dezember 1948 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Resolution 194, in der der Status von Jerusalem und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge (wenn machbar) sowie die Wiedergutmachung für ihre Verluste festgelegt wurden. Am 17. Dezember 1948 wurde ein zweiter Antrag Israels auf Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen vom UN-Sicherheitsrat abgelehnt. Nach Parlamentswahlen 1949 stellte Israel zum dritten Mal einen Antrag auf die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen. Am 4. März 1949 stimmte der UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 69 für die Mitgliedschaft. Vorbehalte kamen von Großbritannien, das sich bei der Abstimmung mit der Begründung enthalten hatte, daß Israel sich nicht

an die UN-Prinzipien halte und den UN-Teilungsplan nicht akzeptiere. Die UN-Vollversammlung stimmte der Mitgliedschaft Israels am 11. Mai 1949 zu, formulierte aber Bedingungen. Danach wird Israel als Mitglied bei den Vereinten Nationen aufgenommen unter der Bedingung, daß Israel die Resolutionen 181 II und 194, den UN-Teilungsplan und das Recht auf Rückkehr der Palästinenser (wenn machbar) sowie deren Wiedergutmachung akzeptiert und umsetzt. Mehr als 200 Resolutionen allein der UN-Generalversammlung hat Israel seither ignoriert. 1967, nach dem Sechs-Tage-Krieg, wurde eine weitere wichtige Resolution der Vereinten Nationen verabschiedet, dieses Mal vom UN-Sicherheitsrat. Es handelte sich um die Resolution 242 vom 22. November 1967, die feststellt, daß die „Eroberung von Land durch Krieg unzulässig“ sei und sich die israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten (1967) zurückziehen müssen. Dabei ging es um Ost-Jerusalem, das Westjordanland, den Gaza-Streifen und die syrischen Golanhöhen, die Israel im Sechs-Tage-Krieg (Juni 1967) besetzt hatte. Doch Israel hatte bereits damit begonnen, die besetzten Gebiete zu kolonisieren, insbesondere durch den illegalen Siedlungsbau. Israel verstieß damit gegen internationales Recht und die 4. Genfer Konvention. Bei der UN-Generalversammlung am 22. September 2023 trat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit einer Karte ans Rednerpult, auf der er demonstrieren wollte, daß Israel und Saudi-Arabien – damals in einem politischen Annäherungsprozeß begriffen, der von den USA begleitet wurde – unmittelbar vor einer Vereinbarung stünden. Auf der Karte der Region, die Netanjahu in die Höhe hielt, umfaßte Israel das gesamte Gebiet von Palästina, ohne daß das palästinensische Westjordanland, Gaza oder Ost-Jerusalem, die vorgesehene Hauptstadt eines Staates Palästina, zu sehen waren. Die palästinensischen Gebiete, die einen palästinensischen Staat bilden sollten, waren ausradiert.

Auf den beispiellosen Angriff der Qassam-Brigaden aus dem Gaza-Streifen auf Gebiete im südlichen Israel am 7. Oktober 2023 reagierte Israel mit beispielloser Gewalt gegen die Palästinenser zunächst im Gaza-Streifen, inzwischen auch im besetzten Westjordanland. Am 27. Oktober 2023 nahm die UN-Generalversammlung mit 121:14:44 Stimmen eine Resolution arabischer Staaten an, in der ein „sofortiger, dauerhafter und nachhaltiger humanitärer Waffenstillstand“ zwischen den israelischen Streitkräften und den Kämpfern der Hamas in Gaza gefordert wird. Israel lehnte ab und verstärkte sein Bombardement aus der Luft, mit Artillerie und von der Marine auf den palästinensischen Küstenstreifen noch am gleichen Tag.

Karin Leukefeld

*Redaktionell gekürzt
Quelle: Zeit-Fragen, Zürich, 14.11.23*

BRICS und die Achse des Widerstands

Die Konvergenz der gemeinsamen Ziele

Der Konflikt in Gaza hat die Zusammenarbeit im Globalen Süden beschleunigt, der sich diesem, vom Westen unterstützten, Konflikt widersetzt. Gemeinsam können die von Rußland geführten BRICS-Staaten und die vom Iran geführte Achse des Widerstands ein von den USA freies Westasien gestalten. Die strategische Partnerschaft zwischen Rußland und Iran entwickelt sich in rasender Geschwindigkeit, ebenso wie die Beziehungen zwischen Rußland und Saudi-Arabien – insbesondere innerhalb der OPEC+ – sowie zwischen Rußland und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), speziell im Bereich der Investitionen. All dies führte bereits zu merklichen Veränderungen in ganz Westasien, insbesondere bei der Vernetzung im Bereich der Verteidigung.

Die langfristigen Auswirkungen für Israel, weit über die Gaza-Tragödie hinaus, sind gravierend.

Putins Besuche Anfang Dezember in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Saudi-Arabien sowie das anschließende Treffen mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi in Moskau unterstreichen, daß sich ein neues Westasien bildet, in dem der US-Hegemon zum zweitrangigen Akteur wird. Putins Aktivitäten zerstörten den neokonservativen politischen Mythos einer russischen „Isolation“ und demonstrierten die weitreichende militärische Überlegenheit. Schließlich hat sich gezeigt

– angesichts der bevorstehenden russischen BRICS-Präsidentschaft –, daß Rußland alle seine entscheidenden geopolitischen und geoökonomischen Trümpfe in der Hand hält.

Die ursprünglichen fünf BRICS-Staaten – angeführt von der strategischen Partnerschaft zwischen Rußland und China – werden sich am 1. Januar 2024 für die drei großen westasiatischen Mächte Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate öffnen. Ihr Beitritt zum multipolaren Machtzentrum bietet diesen Ländern eine außergewöhnliche Plattform für breitere Märkte und dürfte mit einer Flut von Investitionen und Technologietransfers einhergehen.

Die langfristige Strategie, die Rußland und China bisher verfolgt haben, führt somit zu einer vollständigen tektonischen Veränderung der Geoökonomie und der Geopolitik Westasiens.

Die BRICS-10 – wenn man berücksichtigt, daß das 11. Mitglied, Argentinien, im Moment bestenfalls ein Wackelkandidat ist – hat sogar das Potential, unter einer russischen Präsidentschaft ein wirksames Gegenstück zur zahnlosen UN zu werden.

Der wohl wichtigste Aspekt der Gespräche in Moskau war, daß möglicherweise jener Punkt erreicht wird, an dem ein bestimmtes „Startsignal“ eine konzertierte Reaktion der Achse des Widerstands auslösen wird. Im Moment gibt es sporadische Angriffe: Die Hisbollah zerstörte Israels Kommunikationstürme an

der Grenze zum Südlibanon, irakische Widerstandskräfte griffen US-Stützpunkte im Irak und in Syrien an und Jemen blockiert effektiv das Rote Meer für israelische Schiffe.

All das ergibt zwar noch keine konzertierte, koordinierte Offensive, würde aber die Verzweiflung innerhalb der Biden-Regierung in Washington erklären, begleitet von Gerüchten, daß Israel sein Vorgehen in Gaza zwischen Weihnachten und Anfang Januar abschließen muß. Und das wird zum Ende aller ausgefeilten Pläne des US-Hegemons für Westasien führen. Die geopolitischen Ziele des Zionismus sind ganz klar: die Wiederherstellung seiner selbst geschaffenen Aura der Dominanz in Westasien und die Aufrechterhaltung einer stetigen



Wladimir Putin 2017 in Saudi-Arabien mit Thronfolger Mohammed Bin Salman

Kontrolle über die US-Außenpolitik und das Militärbündnis NATO. Skrupellosigkeit ist eine Schlüsselkomponente zur Erreichung dieser Ziele. Es ist so einfach, Tausende Frauen und Kinder zu bombardieren, zu beschießen und ihre Häuser niederzubrennen und Gaza in einen riesigen Friedhof zu verwandeln, während der Club der Weißen Männer die israelischen Besatzungstruppen dazu anhält, sie alle zu töten – aber bitte eher im Stillen.

Wie von Brüsseler Diplomaten bestätigt wurde, hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, den Staatsoberhäuptern von Ägypten und Jordanien praktisch Bestechungsgelder angeboten – 10 Milliarden US-Dollar für Kairo und fünf Milliarden US-Dollar für Amman. Das ist die atemberaubende Lösung der EU, um den Völkermord im Gazastreifen zu stoppen. Der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi und der jordanische König Abdullah bin al-Hussein, müßten lediglich den erzwungenen Exodus der Palästinenser in ihre jeweiligen Gebiete und die endgültige ethnische Säuberung des Gazastreifens „erleichtern“. Denn das Endscenario des Zionismus bleibt eine unverfälschte Endlösung, egal, was auch immer auf dem Schlachtfeld geschieht. Und natürlich die Zerstörung der islamischen Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem, um auf ihren Trümmern einen dritten jüdischen Tempel zu errichten. Was wir vor uns sehen, ist im Wesentlichen ein Plan des israelischen Premierministers

Benjamin Netanjahu zur Vertreibung oder Vernichtung der Palästinenser – im Gegensatz zu dem, was der Westasien-Experte Alastair Crooke bemerkenswerterweise als „das Sykes-Picot-Abkommen ist tot“ beschrieben hat. Damit meinte er, daß die Aufnahme arabischer Staaten und des Iran in die BRICS letztlich die Regeln in Westasien neu definieren wird, zum Nachteil des zionistischen Projekts.

BRICS wird dazu beitragen, das Völkerrecht global wieder in den Vordergrund zu rücken, so wie es bei der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 war, bevor es dann von den USA und dem Wertewesten kastriert wurde. Allem Anschein nach war keine Macht in

der Lage, eine von einer rassistischen, ethnozentristischen Ideologie durchgeführte Endlösung zu stoppen. Der Westen nicht, weil es ihm egal ist, die BRICS-Staaten und der Globale Süden nicht, weil sie noch nicht das nötige Gewicht erlangt haben. Doch das bedeutet auch, daß keine Macht stark genug sein wird, um die Achse des Widerstands zu stoppen, wenn das „Startsignal“ gegeben wird, um den Vorhang über das zionistische Projekt zu senken. Ab diesem Zeitpunkt wird die Achse des Widerstands seinen höchsten moralischen Imperativ haben, der von der Bevölkerung auf der ganzen Welt anerkannt und sogar gefordert wird. An diesem Punkt

sind wir jetzt:

Wir bewerten die leuchtende Symmetrie zwischen Impotenz und Imperativ. Die völlig verfahrenere Lage wird überwunden – vielleicht sogar früher, als wir alle erwarten.

Das erinnert uns an eine andere, völlig verfahrenere Lage. Die verfahrenere Lage zwischen einer perversen, schlampigen Version einer hebräischen Zivilisation und dem aufkommenden islamischen Nationalismus – nennen wir ihn zivilisatorischer Islam – spiegelt wider, wo wir uns im Dezember 2021 befanden, als die von Rußland vorgeschlagenen Verträge über die „unteilbarkeit der Sicherheit“ von Washington abgelehnt wurden. Im Nachhinein betrachtet, war das die letzte Chance für einen friedlichen Ausweg aus dem Konflikt zwischen dem Herzland Eurasien und dem kollektiven Westen. Aber der US-Hegemon lehnte es ab. Rußland machte sein Spiel und beschleunigte damit exponentiell den Niedergang des Hegemons. Letztlich bleibt das Lied dasselbe, von den Steppen des Donbass bis zu den Ölfeldern Westasiens. Wie kann der multipolare Globale Süden – zunehmend vertreten durch die erweiterten BRICS-Staaten – einen wütenden, ängstlichen, außer Kontrolle geratenen imperialistischen Westen bewältigen, der in den Abgrund des moralischen, politischen und finanziellen Zusammenbruchs blickt?

Pepe Escobar

Redaktionell gekürzt

<https://uncutnews.ch>, 13.12.23

Erzwungene Ausweisung

Während die Welt sich um den Frieden in Europa sorgt und entsetzt das blutige Abschachten der Palästinenser im Gazastreifen verfolgt, spielt sich unbemerkt in Pakistan/Afghanistan eine andere große Tragödie ab, deren Opfer, wie könnte es auch anders sein, wieder einmal die ärmsten der Armen sind. Es geht um die Ausweisung von bis zu 1,7 Millionen Afghanen aus Pakistan. Die UNHCR warnt bereits vor einer neuen drohenden Menschenrechtskatastrophe.

Flüchtlinge ohne Papiere

Im September 2023 beschloß die pakistanische Regierung, daß Personen ohne gültige Papiere bis zum 1. November das Land verlassen müssen. Die Paß- und Visaregelungen wurden verschärft, was bereits zu Protestaktionen der Betroffenen geführt hat. Wenn die Regierung nun sagt, daß sie alle Menschen ausweisen wollen, die „illegal“ sind, dann ist das nur ein Trick. Von den schätzungsweise drei Millionen Afghanen, die in Pakistan leben, sind etwa 1,7 Millionen ohne Papiere. Sie sind besonders betroffen und auf sie hat es die pakistanische Regierung auch abgesehen. Pakistan hat 230 Millionen Einwohner. Die einfache Lösung besteht darin, ihnen die erforderlichen Papiere zu geben.

Viele Afghanen flohen bereits in den 80er Jahren nach Pakistan. Viele kamen zu Fuß, ohne Visum. Damals waren sie noch willkommen, Pakistans Wirtschaft brauchte Arbeitskräfte.

Die Grenzen wurden von den früheren Kolonialherren gezogen, sie waren immer durchlässig und schwer zu kontrollieren. Auf beiden Seiten der Grenze leben dieselben Ethnien. Die Stammesangehörigen, insbesondere die Paschtunen, haben Familienangehörige und Besitztümer in beiden Ländern. Manche überqueren täglich die Grenze, um ihren Geschäften nachzugehen. Jetzt plötzlich brauchen sie dafür ein Visum. Pakistan hat jahrzehntelang Millionen von Flüchtlingen aufgenommen, die vor Krieg und Verwüstung geflohen sind. Nun werden sie plötzlich aufgefordert, das Land zu verlassen. Viele haben Kinder in der zweiten oder dritten Generation, die in Pakistan geboren wurden und dort aufgewachsen sind. Das Land ist ihnen zur Heimat geworden, die einzige Heimat, die sie kennen. Sie haben jedoch nie die pakistanische Staatsbürgerschaft erhalten, manche haben sie auch nie beantragt. Es sind einfache Menschen, sie kennen sich mit den Gesetzen nicht aus, Papiere bedeuten ihnen nichts, sie können oft nicht einmal lesen, was darin steht. Zudem sind die pakistanischen Verwaltungen korrupt und händigen Papiere nur gegen Bestechung aus. Das Problem ist

hausgemacht, die Gehälter der Beamten sind so niedrig, daß sie es mit Bestechungsgeldern aufbessern müssen. Viele Betroffene wagten auch aus Angst vor Ausweisung nicht, sich an die Behörden zu wenden. Sie wollten lieber unsichtbar bleiben, was bisher so in Ordnung war. Niemand fragte sie nach ihrem Paß oder ihrer Aufenthaltserlaubnis. Manche betrieben kleine Geschäfte, Läden. Ihre Kinder gingen in Pakistan zur Schule. Sie waren Teil der Gesellschaft.

Mehr als eine halbe Million Afghanen sind nach der Rückkehr der Taliban 2021 vor der Verfolgung durch das fundamentalistische Regime nach Pakistan geflüchtet. Darunter auch Frauen und Menschenrechtsaktivisten. Frauen und junge Mädchen leiden am meisten unter dem Taliban-Regime. Sie haben de facto keine Zukunft.

Die politische Entscheidung Pakistans hat nun zu einer humanitären Krise geführt. Die erzwungene Rückführung von etwa 1,7 Mio.



Afghanische Flüchtlingsfrau mit Kind im pakistanischen Lager Chaman

Menschen nach Afghanistan bringt ihr Leben in Gefahr. Sie waren in Pakistan Flüchtlinge und sie werden auch in Afghanistan Flüchtlinge sein. Es ist fraglich, ob Afghanistan überhaupt in der Lage ist, eine so große Zahl von Menschen aufzunehmen. Zwei Drittel der Afghanen benötigen selber Hilfe. Lebensmittel und Medikamente sind knapp, besonders Frauen sind staatlicher Willkür ausgesetzt. Zu allem Überfluß verlangt das Regime in Afghanistan von den „Rückkehrern“ jetzt auch noch eine saftige „Einreisegebühr“.

Bereits rund 200 000 Afghanen wurden bis jetzt zur Ausreise gezwungen, weitere warten in Auffanglagern nahe der afghanischen Grenze auf ihre Ausweisung. Es ist Winter. Zeltlager an der Grenze schützen nicht vor der Kälte. Die Versorgung ist schlecht. Täglich kommt es zu erschütternden Szenen, wenn Menschen von den Sicherheitsbehörden bei Razzien aufgegriffen werden, nachdem die Frist für die freiwillige Ausreise am 1. November abgelaufen war.

Afghanische Flüchtlinge als Sündenböcke

Die afghanischen Migranten werden zum Sündenbock gemacht, um die Unfähigkeit der Politikerkaste zu vertuschen. Pakistan leidet unter einer lähmenden Wirtschaftskrise und unter sich verschlechternden Sicherheitsbedingungen. Das Land steht seit langem kurz vor dem Staatsbankrott. Die Inflation zehrt die Löhne auf, die Preise für lebensnotwendige Güter sind unerschwinglich geworden, der IWF zwingt die Regierung zu Austeritätsmaßnahmen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Viele Pakistaner betrachten die Afghanen im Land als Konkurrenten, die ihnen die Arbeitsplätze streitig machen. Aber die Ausweisung der Afghanen wird die katastrophale Wirtschaftslage Pakistans nicht verbessern. Die Ursachen liegen woanders.

Die Terrorangriffe der TTP (Tehreek-e-Taliban Pakistan) haben stark zugenommen, seit im Dezember letzten Jahres ein von der

Regierung Imran Khan ausgehandelter Waffenstillstand zwischen Islamabad und der TTP abgelaufen ist. Die TTP ist eine Dachorganisation von islamistischen Gruppen entlang der Grenze mit Afghanistan. Sie teilen die Ideologie der afghanischen Taliban, haben aber getrennte Kommandostrukturen. Ziel der TTP ist der Sturz der pakistanischen Regierung und die Einführung eines Gottesstaates und der Scharia. Manche Gruppen haben ihre Stützpunkte jenseits der Grenze und starten ihre Aktionen von afghanischem Boden aus. Bevorzugt greifen sie die pakistanischen Sicherheitskräfte an.

Pakistan hat die Taliban-Regierung bisher erfolglos aufgefordert, die Terroristen zu stoppen und sie auszuliefern. Jetzt werden die Migranten in Pakistan als Geiseln genommen, um Kabul unter Druck zu setzen und zu bewegen, gegen die Zufluchtsorte der Militanten auf ihrem Boden vorzugehen. Die Ausweisung armer afghanischer Frauen und Kinder wird auch dieses Problem nicht lösen.

Interessanterweise wurde eine solch kritische Entscheidung, welche die innere und äußere Sicherheit des Landes betrifft, von einer geschäftsführenden Regierung getroffen, die verfassungsmäßig nicht befugt ist, langfristige politische Entscheidungen zu treffen. Parlamentswahlen sind für den 8. Februar angesagt. Es hätte der künftigen gewählten Regierung überlassen werden müssen, in einer so sensiblen Frage, die langfristige Auswirkungen auf die nationale Sicherheit und die Außenpolitik hat, eine politische Entscheidung zu treffen.

Eine Wahl, die Lateinamerika veränderte (Teil 1)

Vor 25 Jahren siegte Hugo Chávez bei den Wahlen in Venezuela

Das Ergebnis der Wahlen vom 6. Dezember 1998 schlug ein wie eine Bombe. Diese Wahlen waren in vieler Hinsicht etwas Besonderes. Die beiden etablierten Parteien AD (sozialdemokratisch) und COPEI (christdemokratisch), die sich seit 1956 in der Regierung ablösten und das politische Leben im Lande bestimmten, waren diskreditiert und demoralisiert, weswegen sie keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatten und es vorzogen, Henrique Salas Römer, einen bürgerlichen Verlegenheitskandidaten der Partei „Projekt Venezuela“, zu unterstützen. Weitere Gegenkandidaten waren Irene Sáez, eine ehemalige Schönheitskönigin, und Luis Alfaro Uceró, Generalsekretär der AD, der aber von seiner Partei im Stich gelassen wurde. Hugo Chávez kandidierte für seine Partei „Bewegung V. Republik“ (MVR – Movimiento Quinta República).

Seine Kandidatur war nur möglich geworden, weil das Gerichtsverfahren, das gegen ihn wegen seines am 4. Februar 1992 gescheiterten Staatsstreiches gegen die Regierung Carlos Andrés Pérez eröffnet worden war, von Präsident Rafael Caldera 1994 niedergeschlagen worden war, und Chávez nach zwei Jahren Gefängnisaufenthalt auf freien Fuß gesetzt wurde, ohne daß es zu einer Verurteilung gekommen war. Ein Vorbestrafter hätte laut Verfassung nicht als Präsidentschaftskandidat antreten dürfen, auch nicht im Falle einer Amnestie oder Begnadigung. Dieser Umstand verdient deshalb besonders erwähnt zu werden, weil in vielen Quellen vom amnestierten Putschoffizier die Rede ist, als der Chávez angetreten sei. Chávez selber weigerte sich stets, den Aufstand vom 4. Februar 1992 einen Putsch zu nennen. Für ihn war es eine Erhebung fortschrittlicher Militärs, um die Institutionen zu verändern und die Macht dem Volk zu übergeben. Als deutlich wurde, daß der Putsch zum Scheitern verurteilt sein würde, ergab sich Hugo Chávez mit seinen Truppen in Caracas und erhielt auf sein Verlangen hin die Möglichkeit, sich über das Fernsehen 30 Sekunden lang an seine Mitstreiter zu wenden. In dieser kurzen Ansprache übernahm er die Verantwortung für den gescheiterten Aufstand und erklärte, daß die Aufständischen ihre Ziele vorerst (por ahora) nicht erreicht hätten, es würden sich aber neue Möglichkeiten ergeben. Diese militärische Erhebung stieß auf immense Sympathie in den sozialen Bewegungen und der verarmten Bevölkerung. Chávez wurde zur Leitfigur und durch die Worte „por ahora“ – vorerst zum Hoffnungsträger der armen Bevölkerungsmehrheit. Bezeichnend für die Stimmung im Lande war, daß Carlos Andrés Pérez 1993 wegen Korruption seines Amtes enthoben wurde.

Welche Sympathien Hugo Chávez aufgrund dieses Aufstands gegen die Regierung des korrupten Carlos Andrés Pérez genoß, zeigt sich am besten anhand eines dem Vaterunser nachempfundenen Gebets, das ihm ein

unbekannter Venezolaner im Gefängnis zukommen ließ:

*Chávez unser, der du bist im Gefängnis,
geheiligt sei dein Staatsstreich,
räche uns, unser Volk,
dein Wille geschehe,
der von Venezuela,
der deiner Armee,
gib uns heute das schon verlorene Vertrauen
wieder,
und vergib nicht den Verrätern,
so wie auch wir nicht denen vergeben werden,
die dich gefangen nahmen,
rette uns vor soviel Korruption
und befreie uns von Carlos Andrés Pérez.
Amen.*

Dieses Stimmungsbild erklärt, warum sich Hugo Chávez bei einer Wahlbeteiligung von 63,5 % mit 56,20 % der abgegebenen Stimmen klar mit absoluter Mehrheit gegen Salas Römer (39,97 %) und die ehemalige Schönheitskönigin (2,82 %) durchsetzte. Die anderen Kandidaten blieben jeweils unter 0,5 %.

Neue Verfassung und Sozialprogramme: die Chávez-Erfahrung

Im Wahlkampf hatte er versprochen, einen Kampf gegen die im Lande verbreitete Korruption, Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu führen, und dem Land eine neue Verfassung zu geben. Diesem Versprechen blieb er treu, als er bei seinem Amtsantritt als Präsident am 2. Februar 1999 den Eid ablegte: „Ich schwöre bei Gott, vor dem Vaterland und auf diese dem Tod geweihte Verfassung, daß ich die nötigen demokratischen Umgestaltungen vorantreiben werde, damit die Republik eine den neuen Zeiten entsprechende Verfassung bekommt. Das schwöre ich“. Noch im selben Jahr begann eine breit geführte Diskussion mit allen sozialen Gruppen im ganzen Land zur Erarbeitung der neuen Verfassung, die ihren Höhepunkt und Abschluß in einer Volksabstimmung am 15. Dezember 1999 fand, als sie mit 72 % angenommen wurde. Mit dieser neuen, der Bolivarischen Verfassung, die sich durch viele basisdemokratische Elemente auszeichnete, war der Weg geebnet für die von Chávez und seiner MVR (Bewegung V. Republik) vorgesehene Neugründung des venezolanischen Staates, für die Bolivarische Revolution. Die Bestimmungen erlaubten eine neue Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Im Ergebnis konnten der Hunger und die Armut in Venezuela in bedeutendem Maße vermindert werden. (1995 lebten 75,5 % der Bevölkerung in Armut, davon 42,4 % in extremer Armut. Die Arbeitslosenquote betrug bis zu 35 %. Über die Hälfte der Beschäftigten waren im sog. informellen Sektor tätig: ohne Arbeitsverträge und Versicherung, 37,7 % der unter 15-Jährigen hatten nie eine Schule besucht.)

Für die konkrete Umsetzung der Pläne wurden „Misiones“ (Sozialprogramme) ins Leben gerufen. Sie verfolgten das Ziel, in den verschiedenen Bereichen die enormen sozialen Schulden zu begleichen, die die Nation in den langen Jahrzehnten der Verschwendung durch die elitäre Führungsschicht und der sozialen Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung angehäuft hatte. Hier ist nicht der Platz, um alle mehr als 40 Misiones aufzuführen; genannt werden sollen nur einige auf besonders wichtigen Gebieten. Im Bildungsbereich gab es allein vier: Alphabetisierung, kostenfreie Bildung auf höheren Stufen bis zur Hochschulreife, Neubau und Erweiterung von Universitäten. Im Gesundheitswesen ragten die Misiones Barrio adentro, Milagro (Wunder) und Sonrisa (Lächeln) heraus. Ersteres sorgte für eine medizinische Versorgung in den Armeenvierteln vor allem mit kubanischen Ärzten (die aus bürgerlichen Kreisen stammenden Ärzte gaben sich mit solchen nicht zahlungsfähigen Leuten nicht ab), die zweite für die Behandlung von Grauem Star, die dritte für Zahnbehandlung – alle natürlich kostenfrei. Darüber hinaus gab es Misiones zur Absicherung der Ernährung, Schaffung von Wohnungen und zur Förderung der Landwirtschaft. Grundsätzlich wurden alle diese Missionen nach Chávez' Tod 2013 unter der Regierung Maduro fortgeführt, allerdings wegen fehlender Mittel aufgrund der Auswirkungen der US-Sanktionen teilweise sehr stark gekürzt. Von grundlegender Bedeutung für die Einbeziehung besonders der unteren Volksschichten in das politische Leben war die Mision „Identität“, dank derer die ärmere Bevölkerung kostenlos Personalausweise erhielt. Sieben von 10 Venezolanern hatten keinen Personalausweis. Und ohne Personalausweis konnten viele Rechte nicht wahrgenommen werden, z.B. die Teilnahme an den Wahlen, denn ohne PA konnte man sich nicht in die Wählerlisten eintragen lassen. Das hielt aber die herrschende Klasse nicht davon ab, jahrzehntelang von demokratischen Wahlen zu sprechen, obwohl über die Hälfte der Bevölkerung davon ausgeschlossen war. Durch die kostenlose PA-Ausgabe wurde natürlich auch ein Wählerpotential für Chávez geschaffen, was sich dann positiv bei den Wahlen auswirkte. Nun konnten die Volksmassen den/die Kandidaten wählen, der/die ihre Interessen vertrat/en. Die Bolivarische Verfassung gestattet es auch, einen Abgeordneten oder Funktionsträger abzurufen, wenn er das nach Ansicht der Wähler nicht mehr tut. So kann der Wählerwille direkt wirksam werden.

Das Phänomen Chávez ist nicht zu verstehen ohne dessen soziale Herkunft und die seiner Unterstützer. Der Politisierungsprozess der unteren Klassen in Venezuela war einzigartig. Sich im Territorium zu organisieren, die Potentiale vor Ort kreativ zu erschließen, um die Schwierigkeiten der dort

lebenden Bevölkerung zu identifizieren und zu überwinden – all das macht die partizipative Demokratie des Chavismus aus. Die „Chávez-Erfahrung“ hat die venezolanische Gesellschaft geprägt und prägt sie bis heute: die Organisierung an der Basis, die soziale Inklusion von historisch ausgeschlossenen Teilen der Gesellschaft, eine andere Auffassung von Politik.

Auch in der Wirtschaft gab es Umgestaltungen: Verstaatlichung bzw. Aufkauf von Betrieben, die von den Besitzern aufgegeben wurden oder wo das Arbeitsgesetzbuch nicht eingehalten wurde. Meist wurden die Betriebe in Genossenschaften der dort Arbeitenden umgewandelt, aber auch staatliche Leiter eingesetzt. Das brachte häufig Probleme mit sich, weil das gesamtgesellschaftliche Bewußtsein nicht entsprechend entwickelt war. Ziel war auch die Diversifizierung der Industrie, um sich von einseitiger Abhängigkeit vom Erdöl zu befreien. Brach liegendes Land wurde – oftmals unter erbittertem Widerstand der Großgrundbesitzer bis hin zu Morden – an Genossenschaften zur Bewirtschaftung übergeben, um die landwirtschaftliche Produktion anzukurbeln. Das reichlich sprudelnde Erdöl hatte bereits in den 50er Jahren zum Niedergang der Landwirtschaft

geführt, weil es mit den Einnahmen aus dem Erdöllexport billiger war, Lebensmittel einzuführen als selber anzubauen. Dieser Mißstand sollte überwunden werden. Diese Art von Neugründung des Staates gefiel der wirtschaftlichen und politischen Elite nicht, die gewohnt war, das Land zu ihren Gunsten zu regieren, aber nicht für den Großteil der Bevölkerung. Auch die USA waren gegen ein solches gesellschaftliches Experiment.

Nachdem klar geworden war, daß Chávez – im Gegensatz zu anderen Präsidenten vor ihm – sich nicht kaufen und vor den Karren der besitzenden Klasse spannen ließ, sondern seine Sozialprogramme konsequent umsetzte, wurde von den besitzenden Kreisen nichts unversucht gelassen, sich seiner zu entledigen. Deshalb gab es von Anfang an Widerstand gegen die boliviarische Revolution. Im Gegensatz zu Chile, wo zuerst versucht worden war, Allende durch wirtschaftliche Zermürbung zur Aufgabe seines Projektes zu zwingen und erst zu einem Militärputsch als letztem Mittel gegriffen wurde, als das nicht klappte und die breiten Volksschichten trotz der von den USA und ihren Verbündeten herbeigeführten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zur Unidad Popular hielten, sollte Chávez gleich durch

den Militärputsch am 11. April 2002 beseitigt werden, um sich vielleicht einen solchen langen Weg wie in Chile zu ersparen. Doch die Millionen Bürger, die Chávez als politische Akteure zum Leben erweckt hatte und die hinter seiner Politik der sozialen und politischen Inklusion standen, gingen auf die Straße und ließen den Putsch scheitern. Am 13. April war der konterrevolutionäre Spuk vorbei und Chávez saß wieder fest im Sattel. Danach versuchte man es mit der dreimonatigen Stilllegung der Erdölindustrie um die Jahreswende 2002/2003, Chávez zu stürzen. Aber entgegen den Erwartungen der besitzenden Klasse standen die Massen treu zu Chávez, ließen sich nicht beirren durch Benzin- und Lebensmittelknappheit. Es waren die einfachen Arbeiter und Ingenieure in der Erdölindustrie, die diese wieder in Gang brachten. Nummehr wurde auf die in der neuen Verfassung verankerte Möglichkeit einer Abwahl zurückgegriffen. Pikanterweise war diese Verfassung beim Putsch im April 2002 von den Putschisten als erstes sofort außer Kraft gesetzt worden. Aber auch dieser Versuch, den verhassten Chávez los zu werden, scheiterte kläglich. Alle Wahlen danach endeten mit einem Sieg des Chávez-Lagers.

Gerhard Mertschenk
Berlin

Neokolonialer Dünkel

Kainsmal „wertebasierter“ Herrschaftsphantasien

Der „kollektive Westen“ in moralischer Selbstüberhebung muß erleben, wie seine Wertebehauptungen im größeren Erdenrund als machtversessener Etikettenschwindel zurückgewiesen werden. Der Druck der US-geführten Westallianz, die Welt unipolar nach ihren Regeln auszurichten, erzeugt Gegendruck. Eine nach friedlichem, ökologisch fairem und sozial gerechtem Ausgleich strebende Völkergemeinschaft entschließt sich zu selbstbewußteren Schritten. Dabei übersieht man im Nichtwesten keineswegs, daß die von den Oberlehrerstaaten mantraartig hergebetete Moral in deren Grenzen wie in ihren Beziehungen untereinander schwindsüchtig ist. Vor allem zeigen die leidvollen Erfahrungen kolonial oder neokolonial invadierter Länder, daß alle Parolen der Westphalanx von Partnerschaft, Freiheit und Demokratie keinen Pfifferling wert sind, sobald geopolitische und wirtschaftliche Interessen bedroht scheinen. Im globalen Süden und anderswo gärt es, weil man die politischen und wirtschaftlichen Indoktrinationen, die gnadenlosen Boykotte und Embargos leid ist, die sich Washington, London oder Brüssel zur Disziplinierung unbotmäßiger Nationen ausdenken. Aktuell ziehen sich Länder in Lateinamerika, lange an Uncle Sams Gängelband, sowie Ex-Kolonien Frankreichs den Dorn imperialer Fremdbestimmung. Aus dem Fleisch, nicht aus der Erinnerung.

Derlei Eruptionen verursachen westlichen Aufschrei. Jüngst in Afrika: Ein Putsch in Niger war Coups in Mali, Burkina Faso und Guinea gefolgt. Emmanuel Macron zeterte am lautesten: Die „Epidemie von Putschen in der gesamten Sahelzone“ schwäche den Westen und verlange eine härtere Position, „weil wir sonst nirgendwo mehr sind“. Warum aber begrüßen die Sahel-Völker „ihre“ Putsche, wo doch Coups d'État gegen freigewählte Regierungen wie seinerzeit in Iran, Guatemala, Brasilien oder Chile das Stigma des Verrats tragen? Weil im Gegensatz zu den CIA-gelenkten reaktionären Umstürzen die Sahel-Erhebungen ein Ende der westlichen Ausplünderung zum Ziel haben. Der EU-Abgeordnete Martin Sonneborn hat in der „Berliner Zeitung“ (4. August 2023) vorgetragen, um welche Mißverhältnisse es geht: Frankreich hat keine Goldmine, verfügt aber über die viertgrößten Goldreserven der Welt. Seine ehemalige Kolonie Mali besitzt 0,0 Tonnen Gold, obwohl in mehreren Dutzend Minen pro Jahr 70 Tonnen abgebaut werden. Von den Einnahmen der 60 Tonnen, die in Burkina Faso zum großen Teil in Kinderarbeit geschürft werden, gehen 90 Prozent an multinationale Goldgräberkonzerne. Aus Niger kommt ein Drittel der französischen Uranimporte. Über Geheimverträge erhalten so Frankreichs Kernkraftwerke billigen Betriebsstoff. Die Kaskade solcher Beispiele wäre endlos. „Wie kann Afrika, das über so

viel Reichtum verfügt, zum ärmsten Kontinent der Welt geworden sein?“, fragt Ibrahim Traoré, der 35-jährige Staatschef Burkina Fasons.

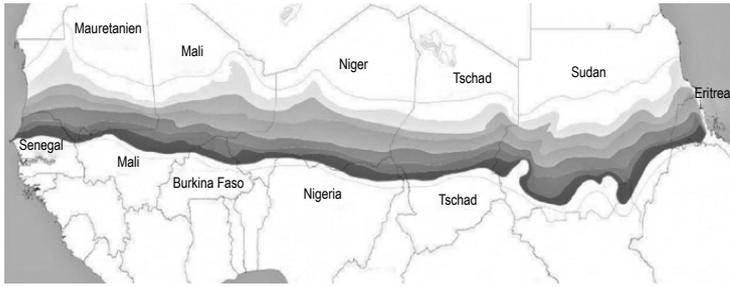
Die Ursachen werden bewußter und die Alternativen sind attraktiv. Im BRICS-Staatenbund haben fünf Schwellenländer die Weichen in eine gerechtere Zukunft gestellt. Auf dem Johannesburger Gipfel zunächst um sechs Staaten erweitert, ist die Allianz für weitere 40 Nationen relevant. Bereits heute repräsentiert BRICSplus knapp die Hälfte der Weltbevölkerung und erwirtschaftet 37 Prozent des globalen BIP. Das G7-Konstrukt, das sich von Zeit zu Zeit als Weltregierung aufbläst, verliert an Bedeutung. Das Seidenstraßenprojekt schafft vorteilhaftere internationale Handelsbeziehungen. Eine De-Dollarisierung in der Weltwirtschaft könnte der US-Währung ihr erpresserisches Potential nehmen.

Der Weg in die Multipolarität ist kein Linksruck. Aber er führt aus der Vormundschaft des „Wertewestens“, der den neokolonialen Dünkel als Kern seiner Herrschaftsphantasien nicht ablegt. Wer diesen Weg geht, verteidigt die Werte der Vereinten Nationen, damit die souveräne Gleichheit der Nationen triumphiert.

Hartmut König

Aus: *Unsere Zeit (UZ)*, 3.11.2023

Der vernachlässigte Sahel



Karte GL auf Basis von https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sahel_rain.svg

Im Mai 2022 ist unser Buch über den Sahel herausgekommen, eine wenig bekannte Weltgegend, die Assoziationen von Hunger, Durst und Katastrophen wachruft. Definiert wird der Sahel über die Niederschläge: 50 bzw. 700 mm jährlich sind die Richtwerte für seine Nord- bzw. Süd-Grenze.

Wir wollten der Südküste der Sahara – auf Arabisch bedeutet Sahel Küste, gemeint ist die des Sand- und Steinmeeres Sahara – gerecht werden, indem wir uns nach kurzen Analysen der betroffenen Länder im thematischen Teil mit Fragen wie Ökologie, Frauen, Islam, Migration, Terrorismus, Neokolonialismus, Ökonomie beschäftigten.

Daß sich der Sahel in der heutigen Welt im Abseits befindet, liegt nicht an Ungunstlage oder Klima. Einst bot er Lebensbedingungen, die europäischen ebenbürtig, ja überlegen waren. Ibn Battuta berichtet von seiner Reise 1352 bis 1354 ins heutige Mali, da herrschte im Land Sicherheit, er bedurfte für eine 24-tägige Reise nicht des Schutzes einer Karawane, reiste nur mit drei Begleitern. Im historischen Mali lebte auch der vielleicht reichste Mann der Welt. Als Mansa Mussa 1324/25 auf seinem Weg nach Mekka dem ägyptischen Sultan seine Aufwartung machte, gab er so viel aus, daß er den Goldpreis und die ägyptische Währung zum Absturz brachte. Daß der Sahel an den Rand gerückt wurde, ist dem Kolonialismus zu danken. Die Eingliederung in die jeweiligen Kolonialreiche erfolgte an unterstgeordneter Stelle. Am anderen Ende unseres Weltsystems, im Zentrum, finden wir Multis und die ökonomisch-militärischen Mächte, Speerspitze der weltweiten kapitalistischen Entwicklung. Das war Ende des 19. Jahrhunderts, als der Sahel ins französische und britische Weltreich und, im untypischen Fall Eritreas, ins italienische Kolonialreich eingegliedert wurde, nicht anders als heute. Funktion der Peripherie ist das Bedienen des jeweiligen Zentrums, was in Zeiten von Zwangsarbeit und Eingeborenen-Ordnung offensichtlicher war. An Unterordnung und Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Zentren hat sich aber in den Ex-, Post- oder Neo-Kolonien nichts geändert.

69 französische Militärinterventionen seit 1960

Mit Selbstbestimmung hatte Unabhängigkeit in Afrika wenig zu tun. Versuchen, alternative Herrschafts- und Wirtschaftsmodelle zu verwirklichen, wurde meist ein schnelles Ende bereitet. Im Sahel-Raum sind der unsanft von

der Macht entfernte Modibo Keita in Mali 1968 und der in Burkina 1987 ermordete Thomas Sankara die besten Beispiele. Sehr viel rezenter hat 2011 der Sturz Gaddafis, der von Sarkozy & Co aus dem Amt gebombt wurde, desaströse Auswirkungen auf den Sahel gehabt. Die Zerstörung des libyschen Staates und die damit einhergehende Freisetzung bedeutender Waffenarsenale hat sich am unmittelbarsten auf Mali ausgewirkt. Ein guter Teil von dessen Staatsgebiet befindet sich seitdem nicht mehr unter zentralstaatlicher, sondern unter djihadistischer Kontrolle. Dieses Phänomen hat sich auch auf Burkina und auf den westlichen Niger ausgedehnt. Letzterer leidet auch im Osten am Terror, wo Boko Haram seinen Aktionsradius aus Nordost-Nigeria nach Kamerun, Tschad und eben Niger ausgeweitet hat. Die djihadistische Gefahr hat Frankreich die Möglichkeit gegeben, seine militärische Präsenz im Sahel auszuweiten. Vorauszuschicken ist, dass Paris in seinen Ex-Kolonien vor militärischen Interventionen nie zurückgeschreckt hat. In Subsahara-Afrika waren seit 1960 insgesamt 69 französische Militärinterventionen zu verzeichnen, 20 davon im Sahel. Von Bamako Anfang 2013 zu Hilfe gerufen, intervenierte Paris mit der Operation Serval, konnte dem djihadistischen Vorstoß einen Riegel vorschieben und dehnte die Intervention ab August 2014 (und bis 2022) auf die Operation Barkhane aus, die Burkina, Niger, Mauretanien und Tschad einbezog. Die Erfolge der bestausrüsteten französischen Truppen waren sehr bescheiden. Der Verdacht kam auf, daß es Paris um militärische Präsenz ging und um ein Vorzeigen seiner Waffen (zum anschließenden Verkauf am Persischen Golf), aber nicht um einen Sieg über den Terror.

Militärinterventionen als Rekrutierhilfe für Djihadismus

Nach zwei Staatsstreich (18.8.2020 und 24.5.2021) wuchsen in Mali die Spannungen. Die französischen Truppen wurden zunehmend als Besatzungsmacht wahrgenommen – und so entledigte sich Bamako ihrer. Barkhane ist seit kurzem Geschichte und Paris – nach wie vor insbesondere in Niger militärisch präsent – überlegt eine neue Strategie für Westafrika. Die malische Regierung hat sich unterdessen Rußland zugewandt – in Zeiten des Ukraine-Krieges eine u.a. auf internationalem Parkett problematische Entscheidung. Was Djihadismus betrifft, so gedeiht er am besten, wo Bevölkerung von ihrem Staat vernachlässigt wird oder er gar nicht präsent ist. Das liegt an Schwäche und fehlender Finanzkraft postkolonialer Staaten, zudem am mangelnden Interesse der Eliten an nicht-„nützlichen“ Landesteilen. Brutale und ungerichte militärische Aktionen, wie sie im Kampf

gegen den Terror häufig passieren, wirken als Rekrutierhilfe für terroristische Gruppen. Gegen Terror helfen Waffen wenig, es gilt vielmehr, Bedingungen, die ihn zum Blühen bringen, zu beseitigen oder zu verbessern. Unter der malischen Junta werden immerhin auf lokaler Ebene geführte Verhandlungen mit djihadistischen Gruppen akzeptiert – was Frankreich strikt abgelehnt hatte. Nach dem Rausschmiß Frankreichs testet Mali, welche Freiräume es im heutigen Weltsystem gibt.

Der Raum für staatliche Selbstbestimmung ist seit den 80er Jahren immer enger geworden. Ökonomische „Sachzwänge“, internationale Konventionen, zunehmende Konzentration von Macht in den allerreichsten Zentren des Weltsystems hemmten ein Ausscheren aus gängigen Mustern zusehends, ja verunmöglichten selbständige nationale Projekte.

Die Systemkonkurrenz der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatte Freiräume eröffnet, hatte autonomes staatliches Handeln und sogar in gewissem Maß abgekoppelte Entwicklung ermöglicht. Die Bipolarität der Weltordnung war gerade für die Kleinen gut. Vielleicht war es, wie Samir Amin meint, in der Bandung-Zeit (1955–1975) sogar Multipolarität. Mit dem Wegfallen der sowjetischen Systemalternative, welches auch der Blockfreienbewegung ihre Basis entzog, wurde das Verhältnis zwischen Zentren und Peripherien autoritärer. Unilateralismus machte sich breit, kapitalistisches Wirtschaften herrschte unumschränkt.

Im neuen Jahrtausend sah sich der Welthegemon zunehmend Konkurrenz ausgesetzt, zuvorderst von Seiten Chinas, das in wirtschaftlicher Hinsicht überraschend schnell aufholte. Das führte in Washington in den 2010er Jahren zu einem immer rabiatere Auftreten und einem fast trotzigem Einfordern weltweiter Vorherrschaft (America First). Dafür mußte die bislang dem Ökonomischen zugestandene Priorität aufgegeben oder zumindest hintangestellt werden und heutzutage dominiert wieder Politisches. (...)

Was heißt das für die Peripherie der Peripherie, den Sahel und konkret Mali? Die dortige Regierung, die zwar nicht gewählt worden ist, aber mit einiger Unterstützung in der Bevölkerung rechnen kann, will sich nicht länger „knebeln“ lassen. Bestehen in der heutigen Variante tentativer Multipolarität (NATO vs. BRICS) wieder Freiräume für Eigenständigkeit? (...)

Günther Lanier

Redaktionell gekürzt

Günther Lanier ist Ökonom. Seit 2002 lebt er die meiste Zeit in Ouagadougou/Burkina Faso.

Fritz Edlinger, Günther Lanier (Hg.): *Krisenregion Sahel. Hintergründe, Analysen, Berichte, Promedia 2022, 256 S., 22 Euro, ISBN: 978-3-85371-501-7.*

Quelle: Werkstatt-Blatt 4/2022, Österreich

Wessen Morgen ist der Morgen, wessen Welt ist die Welt?

Es wird immer Bedingungen und Umstände der Entwicklung geben, wie sie Hermann Jacobs im November-„Rotfuchs“ 2023 über „kampfloses Aufgeben der DDR“ natürlich unabweisbar beschrieben hat. Auf dem Weg vom Ich zum Wir – wenn er begangen wird bei Weiterbestehen konterrevolutionärer Kräfte – wird es auch Antworten brauchen, wann, wie und gegen wen es gerechtfertigt ist, sich zu verteidigen. Für viele meiner Generation war die DDR vor allem Hoffnung, Erwartung und auch Traum von einer neuen, besseren, menschlichen Gesellschaft ohne Kriege, Krisen, Kapital und alles, was den Großteil der Welt heute noch beherrscht. Für mich nehme ich in Anspruch, nie geträumt und geglaubt zu haben, die neue Gesellschaft, in die wir hineingeboren waren, könnte mit ihrer Gründung oder in kürzester Zeit einen fehlerlosen, vollkommenen Sozialismus hervorbringen.

Es waren DDR-Jahre mit Erfolgen und Fortschritt, Defiziten und Fehlern, hin zu einer Gesellschaft, zu der wir uns bekannt haben, in der wir leben und sie besser machen wollten. Nicht wenig ist gelungen aus historischer Sicht, was zuversichtlich macht. Auch wenn wir es nicht geschafft haben, unseren Weg dauerhaft zu machen, sind, wie Stefan Hermlin einmal sagte, „unsere Hoffnungen nicht erledigt“. Es bleiben Fragen nach dem Morgen, danach, wessen Welt die Welt ist und sein wird. Mit jedem Tag, an dem dieses Gesamtdeutschland alle seine Masken abwirft, sich in aller Brutalität als Imperialismus bedrohlich in alter Tradition aufbläst, werden sie dringlicher.

Geschichte schreiben die Sieger. Sie stützen die Geschichte zurecht, wie sie gebraucht wird. Sie erfinden, verdrehen, entstellen und schreiben sie auch ganz neu in ihrem Sinne. Ohne das, was sie der DDR andichten, wie sie dargestellt, worauf sie eingeschränkt wird, in welchen Farben sie gemalt wird, wäre es schwerlich möglich, die bestehende Gesellschaft schönzureden.

Warum sollten unsere Fragen und Antworten zum Morgen, der Zukunft der Welt nicht

das zum Ausdruck bringen dürfen oder sogar müssen, was eine vergangene DDR lebens-, lobenswert, menschlicher, zukunftsoptimistisch gemacht hat?

Als nach 1990 unter Jubel und Begeisterung der Mehrheit der Sachsen-König Kurt das Zep-ter ergriff, schien jede Frage nach Zukunft, Morgen und der Welt endgültig beantwortet. Nur noch Frieden, kein Machtanspruch, keine Einheitspartei, keine Krisen, nur Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat und Wohlstand für alle. Was ist davon geblieben?

Ministerpräsident Kretschmer, der 1990 noch die Schulbank drückte und heute oft über Leben in der DDR doziert, kann dem Sachsen-volk weit weniger gute Zukunftsaussichten verkünden, immer weniger Antwort auf sein Morgen geben. In einem Interview kürzlich nach Kapitalismus in dieser Gesellschaft gefragt, reagierte er fast aufgebracht. Es gebe keinen Kapitalismus mehr, es sei soziale Marktwirtschaft, das Manchester von einst sei Kapitalismus gewesen.

Reichlich blind muß er noch dazu sein, nicht bemerkt zu haben, was an Sozialem seit 1990 verschwunden ist, weiter verschwinden soll. CDU-Arbeitsminister Blüm, der nicht nur den berühmten Satz mit der sicheren Rente prägte, hat auch offen gesagt, daß das Schaufenster von West nach West nicht mehr gebraucht werde. Wie erleben es Tag für Tag: Kapital – Krise – Krieg: Das unheilvolle Dreigestirn steht in voller Blüte, dreht sich schneller und schneller, läßt die Welt auf den Abgrund zurasen mit der „dümmsten Regierung“ im Land, dümmter und unwissender, als es alle Vorgängerregierungen jemals waren, weil diese zumindest noch etwas Verstand aus der Geschichte herübergerettet, Erfahrungen gemacht hatten.

„Arroganz der Macht“ überschreibt die *junge Welt* einen Beitrag zu einem Interview Kretschmers im Deutschlandfunk. Nicht nur Dummheit, Ahnungslosigkeit, vor allem Arroganz ist es, was sich da breitmacht.

Das Schuldenthema nach Karlsruher Urteil eignet sich für die Einheits-Ampel-Regierung

bis zur Opposition in bewährter Art und Weise dazu, den Resten einer angeblichen sozialen Marktwirtschaft einen weiteren Todesstoß zu versetzen. Jetzt geht es darum, das Volk noch mehr zu schröpfen, Schulden-Angstszenerien auszumalen, die Bevölkerung willig und bereit zu machen zum Sparen und Verzicht. Umfragen der Straße machen schnell klar, wie wenig bis nichts die Menschen über Staatsschulden wissen, die mit privaten Schulden nichts zu tun haben. Das Unwissen ist Voraussetzung, das Volk im Irrtum zu halten. Alle erwarten nun, es werde bei allen, nur nicht bei ihnen gespart. Dem Prinzip „Teile und Herrsche“ folgend, werden Neid, Mißgunst, Entsolidarisierung geweckt, Sündenböcke und Schuldige dem Volke vorgezeigt. Es funktioniert einmal mehr. Auf Massendummheit läßt sich bauen. Ob beim Bürgergeld, der Kindergrundsicherung, beim Wohnen oder Heizen – „falsche“ Ausgaben sind zu kürzen, erklärt Kretschmer. Soziale Ausgaben sind immer „falsche Ausgaben“ für einen Marktwirtschafts-Versteher.

„Kein Geld mehr für Leute, die nicht arbeiten wollen“, ist seine Marschrichtung. Das sagen Leute wie Kretschmer, die oft und gern in alle Welt die deutschen Tugenden, Fleiß und Arbeitsethos verbreiten. Wer sind dann die scheinbar Millionen Faulen, die nicht arbeiten wollen? Ist deren Zahl so nennenswert gewaltig, daß sie an erster Stelle des Sparens stehen? Wozu dient das?

Was ist Bürgergeld gegenüber Hartz? Wohltaten und Anreiz für die Faulen im Land? Die Umbenennung hat den Zweck erfüllt, Vorurteile und Haß gegen Menschen ohne Arbeit anzuheizen. Verschleiert werden soll, daß der Wert des Lohnarbeiters im Kapitalismus nur an seiner Fähigkeit zur Mehrwertschaffung gemessen wird. Aller um diese Fragen herum gewobener freiheitlich-demokratischer Schaum hat nur den Zweck, den wahren Kern zu verdecken, den Bürger von bewußter Erkenntnis seiner Lage abzuhalten.

Roland Winkler
Aue

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Januar!

Zum 98. Geburtstag

Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin) am 5. Januar

Zum 95. Geburtstag

Dr. Ulf Franke (Lüssow) am 16. Januar

Dr. Günther Freudenberg (Bernburg) am 24. Januar

Zum 94. Geburtstag

Günter Marx (Berlin) am 5. Januar

Henning Wesarg (Halberstadt) am 12. Januar

Günther Fessler (Hamburg) am 13. Januar

Zum 93. Geburtstag

Wolfgang Pingel (Mesekenhagen) am 14. Januar

Zum 92. Geburtstag

Gerhard Tressel (Halle) am 11. Januar

Zum 91. Geburtstag

Hans-Peter Wokittel (Berlin) am 16. Januar

Hans Ludwig (Wildau) am 23. Januar

Zum 90. Geburtstag

Sebald Daum (Mansfeld) am 22. Januar

Herbert Fischer (Güstrow) am 25. Januar

Zum 85. Geburtstag

Gerhard Müller (Nohra) am 8. Januar

Zum 80. Geburtstag

Wilfried Link (Lübeck) am 2. Januar

Heinz Schubert (Königs Wusterhausen) am 13. Januar

Otto Allenstein (Wismar) am 17. Januar

Erika Ebermann (Frankfurt/Oder) am 18. Januar

Zum 75. Geburtstag

Manfred Fischer (Pasewalk) am 12. Januar

Gudrun Pfannenberg (Berlin) am 15. Januar

Walter Drexler (Berlin) am 19. Januar

Hartmut Genzel (Bautzen) am 23. Januar

Zum 70. Geburtstag

Hans-Jürgen Kariton (Berlin) am 3. Januar

Solveigh Calderin (Brandenburg) am 4. Januar

Heinz Jürgen Sackstedt (Dierdorf) am 29. Januar

Zum 65. Geburtstag

Hans Reinhardt (Glashütten) am 30. Januar

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Wirtschaftsmärchen. Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales

Wer wurde noch nicht mit dem Argument konfrontiert, wonach „flexiblere Arbeitsmärkte zu mehr Arbeitsplätzen führen“, und wer hat noch nicht davon gehört, daß die „Produktivität eines Menschen seinen Lohn bestimmen muß“? Häufig vorgetragen wird auch, daß „der demografische Wandel die künftigen Renten unbezahlbar“ mache und die „Staatsverschuldung die künftigen Generationen belastet“. Die beiden Autoren gehen davon aus, daß mit Argumenten dieser Art neoliberale Reformvorstellungen untermalt werden, um sie so politisch durchsetzbar zu machen. Aus diesem Grunde haben sie 101 (!) „Legenden“ zusammengetragen und kritisch durchleuchtet. Sie sind nach acht Themenfeldern sortiert: 1. Arbeit und Arbeitsmarkt, 2. Sozialstaat und Sozialpolitik, 3. Soziale Ungleichheit, Armut und Reichtum, 4. Internationaler Handel, 5. Wirtschaft und Konjunktur, 6. Finanzen, Geld und Steuern, 7. Privat und Staat und 8. Demokratie und Gesellschaft. Einige Beispiele mögen den Aufbau des Buches konkretisieren. Im ersten Themenfeld finden sich neben den beiden oben bereits genannten Legenden weitere wie „Ein hoher Kündigungsschutz verhindert neue Arbeitsplätze“ oder „Die Lohnnebenkosten sind zu hoch“. Im zweiten Themenfeld heißen die Legenden zum Beispiel „Der Sozialstaat wird immer teurer – und am Ende unbezahlbar“ oder „Kapitalgedeckte Rentensysteme sind besser als Umlagesysteme“. Jedes Themenfeld beinhaltet zwischen 7 und 22 Legenden. Die Art und Weise, wie die einzelnen Legenden kritisch gewürdigt werden, ist beispielgebend, und sie wird ausnahmslos bei allen 101 Legenden durchgehalten. Zunächst wird anhand eines Zitats einer bekannten Persönlichkeit unterstrichen, daß hier kein Pappkamerad umgeboxt werden soll, sondern dass die jeweilige Legende

wirtschafts- oder sozialpolitisch relevant und wirkmächtig ist. Im nächsten Schritt wird knapp der neoliberale Hintergrund beleuchtet, der zur jeweiligen Legende führt. Anschließend werden die zitierten Legenden einer kritischen Prüfung unterzogen. Dazu benötigen die Autoren für die einzelnen „Wirtschaftsmärchen“ zwei bis drei Buchseiten. Die kritischen Würdigungen sind theoretisch gut fundiert und sprachlich so aufbereitet, daß auch Nicht-Ökonomen sie sehr gut nachvollziehen können. Durch diesen Aufbau hat das Buch in gewisser Weise auch einen lexikalischen Charakter, da man es nicht von Anfang bis Ende durchlesen muß, sondern sich, je nach Interesse, einzelne Legenden vornehmen kann. Die zahlreichen Querverweise auf andere Legenden erleichtern eine solche Herangehensweise.

Auf zwei Legenden soll abschließend beispielhaft näher eingegangen werden. Erstens: Stimmt es, daß sich der Lohn an der Produktivität des einzelnen Arbeiters/Angestellten anpassen muß? Nach neoliberaler Auffassung stellt die „Produktivität ... eine Art Obergrenze dar. Liege ein Lohn darüber, so rechne sich das Arbeitsverhältnis für den Arbeitgeber nicht ... Arbeitslosigkeit sei die Folge“. Nun verweisen Schreiner und Wolf zurecht darauf, daß im Rahmen einer arbeitsteiligen Produktion die Produktivität des Einzelnen gar nicht bestimmt werden kann. Wie hoch ist der jeweilige Anteil des Buchhalters, des Lackierers, des Webefachmanns oder des Managers am Umsatz eines Autos? Ein solcher Anteil läßt sich empirisch nicht ermitteln, so daß man ihn nicht wissen kann. „Die ‚Produktivität‘ einzelner Menschen bestimmen und vergleichen zu wollen, ist daher Unsinn.“ Folglich erweist sich die Aussage, wonach die individuelle Produktivität die Obergrenze des Lohns bilde, als Märchen. Zugleich werden durch dieses

Märchen, gleichsam unter der Hand, einerseits die extrem hohen Managergehälter gerechtfertigt – sie seien halt überaus produktiv und andererseits Mindestlohnforderungen abgelehnt, da sie nicht produktivitätsgedeckt seien. Zweitens: Werden künftige Generationen tatsächlich durch die heutige Staatsverschuldung belastet? Müssen sie die „Sause“ der heutigen Generation bezahlen und daher durch eine Schuldenbremse geschützt werden? Bei diesem Argument wird übersehen, daß es nicht nur künftige Schuldner gibt. Zugleich gibt es immer „Personen und Institutionen, die die entsprechenden Staatsschuld-papiere halten: die Gläubigerinnen und Gläubiger. Ihnen stehen Zinszahlungen zu, und sie haben ein Anrecht auf die Rückzahlung des Kredites. Es wird also immer beides an ‚kommende Generationen‘ weitergegeben: sowohl die Staatsverschuldung der öffentlichen Hand als auch die Staatsschuld-Papiere, also die Staatsanleihen. Die roten Zahlen des Staates sind die schwarzen Zahlen der anderen“.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Autoren völlig zurecht in Kreislaufzusammenhängen – zuweilen auch als Saldenmechanik benannt – denken und argumentieren. Zudem lassen sie sich aus gutem Grund nicht auf eine einzelwirtschaftliche Logik ein, sondern legen ihren Argumenten eine makroökonomische Sichtweise zugrunde. Durch diese Herangehensweise entsteht eine andere, adäquatere Sicht auf die Dinge.

Fazit: Ich kann dieses Buch nur wärmstens empfehlen.

Michael Heine

Patrick Schreiner / Kai Eicker-Wolf: Wirtschaftsmärchen. Hundertundeine Legende über Ökonomie, Arbeit und Soziales. Köln, PapyRossa Verlag 2023, 270 Seiten.

Kanzlerpartei simuliert Sozialpolitik Im Zeichen der Etatkrise: Bundesparteitag der Sozialdemokraten in Berlin

Mit ihrem Antrag an den im Dezember durchgeführten Bundesparteitag hat die SPD-Führung ein paar Überlegungen zur Umverteilung angeboten. In dem Papier wird unter anderem eine höhere Besteuerung von Reichen und die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer gefordert. Die öffentliche Hand soll mit einem „Deutschlandfonds“ Investitionen zum Umbau der Volkswirtschaft zur Klimaneutralität finanzieren. Mit dem Klima- und Transformationstopf hatte das Bundesverfassungsgericht nach einer Klage der Union den Geldtopf, der genau das leisten sollte, für unzulässig erklärt.

„Wir schlagen eine Schuldenregel vor, die Zukunftsinvestitionen anders behandelt als laufende Kosten“, erklärte die mit 82,6 Prozent wiedergewählte SPD-Vorsitzende Saskia Esken ihren technokratischen Winkelzug zur

Entschärfung der sogenannten Schuldenbremse. Ihr mit 86,3 Prozent im Amt bestätigter Kovorsitzender Lars Klingbeil warf CDU-Chef Friedrich Merz vor, eine neoliberale Wirtschaftspolitik der „90er Jahre“ zu verkörpern. Welche Spielart Klingbeil bevorzugt, verriet er nicht.

So unbeeindruckt wie Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bereits in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk derlei Rhetorik antizipierte, dürfte auch die Union sein. Sie wird nicht müde, Vorstöße zu unternehmen, die Ampelregierung im Bund zu sprengen. So hatte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann am 5. Oktober in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ den SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz dazu aufgefordert, im Bundestag die sogenannte Vertrauensfrage zu stellen. Linnemanns Überlegung: Sollte

Scholz das tun, dann müßten die Bürger über einen Neuanfang entscheiden, müsse es also Neuwahlen geben. Daran dürfte aber keine der Ampelparteien angesichts aktueller Umfragetiefs ein Interesse haben.

Arbeiterwohlfahrt und weitere Sozialverbände sowie die Gewerkschaft Verdi warnen vor weiteren Sozialkürzungen. So sei die Erhöhung des Bürgergeldes Anfang 2024 für Millionen von Menschen von existenzieller Bedeutung, um die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energieversorgung halbwegs abfedern zu können. Die Behauptung von FDP und Union, damit entfalle der Anreiz, noch einer Lohnarbeit nachzugehen, sei eine „unsägliche Stigmatisierung der Betroffenen“.

Felix Jota

Redaktionell gekürzt

Aus: junge Welt, 9./10.12.23

Warum verzögert und zaudert die Linke?

Angebliche Versuche, Fragen nach einer Vereinheitlichung des Arbeitsrechts oder gar die Notwendigkeit einer geschlossenen arbeitsrechtlichen Kodifikation auf die politische Agenda als Deklaration zu bringen, gab es in der bundesdeutschen Vergangenheit in großer Zahl.

Alle waren nur halbherzig, ohne jegliche politische Wirkung, meist nur ein Aushängeschild, oftmals auch gar nicht direkt gewollt. Die Geschichte der Kodifikation des Arbeitsrechts in Deutschland blieb durchgängig die Geschichte untauglicher Versuche und gebrochener Versprechen. Dies trotz Regierungserklärungen und parteipolitischen Grundsatzserklärungen. Mehr als hehre Absichtserklärungen gab es zu keiner Zeit. Es war und ist weder von den etablierten Parteien noch von den Unternehmen und ihren Verbänden gewollt. (s. „Auf der langen Bank“, *junge Welt*, 27.10.2008)

Mit dem „Einigungsvertrag“ vom 3.10.1990 schien sich das zu ändern. In Art. 30 (1) heißt es: „Es ist Aufgabe des Gesamtdeutschen Gesetzgebers, das Arbeitsvertragsrecht einheitlich neu zu kodifizieren.“ Daraufhin gab es, wenn auch sehr verspätet, einige entsprechende Reaktionen. Das Bundesland Brandenburg stellte den ausführlichen Gesetzesantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Bereinigung des Arbeitsrechts (Drucksache 671/96) am 12.9.1996 an den Bundesrat. In der Begründung des Gesetzesentwurfs wird gesagt: „Artikel 30 des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 (BGB! II, S. 899) verlangt vom gesamtdeutschen Gesetzgeber, baldmöglichst das Arbeitsvertragsrecht einheitlich zu kodifizieren.“

Weder Bundesregierung noch Bundestag haben die Erarbeitung eines Arbeitsvertragsgesetzes je ernsthaft in Angriff genommen. Die Erfüllung der Verpflichtung aus dem Einigungsvertrag ist besonders dringlich.“

Die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder (ASMK) hatte bereits am 13./14. Oktober 1993 in einem einstimmig gefaßten Beschluß die Bundesregierung aufgefordert, unverzüglich mit der Gesetzgebungsarbeit zu beginnen. Am 8./9. September 1994 wurden von der Konferenz mit großer Mehrheit Eckpunkte für ein Arbeitsvertragsgesetz verabschiedet. (NZA 1995, S. 300 ff.)

Auch andere konsistente Versuche, so 1992 der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes als Gutachten zum 59. Juristentag oder der Entwurf des Freistaates Sachsen 1995 und der Entwurf der Bertelsmann Stiftung 2005, blieben letztlich ebenso unbeachtet wie die Eckpunkte des DGB für ein Arbeitsvertragsgesetz vom 19.9.2006. (u.a. NZA, Beil. 2007, Heft 21). Alle Versuche wurden ignoriert.

Trotz scheinbar politischer Aktivitäten anderer Parteien hielt sich die Linke wieder einmal bei einem brisanten Thema merklich zurück. Die Arbeitsrechtsproblematik schien sie nichts anzugehen. Kleine, auch kaum beachtete Schritte, so z. B. die „Neuhardenberger Initiative“ für ein Arbeitsgesetzbuch der

Brandenburger WASG oder deren Bundestagswahlkampfthema 2005, blieben bescheidene Ausnahmen.

Eine Wende vollzog sich nach der Bundestagswahl mit dem Einzug einiger progressiven Juristen in die Bundestagsfraktion.

In seiner ersten Rede vor dem Bundestag erhob der Abgeordnete Jens Petermann die Einhaltung des Einigungsvertrages zur nationalen Aufgabe und verwies darauf, daß die Linksfraktion das Thema aufgreifen und einen Entwurf für ein zeitgemäßes Arbeitsgesetzbuch vorlegen wird. (*Rede Petermann vor dem Bundestag vom 11.11.2009*) In der Bundestagsfraktion wurden unter Leitung von W. Dreibus eine gemeinsame Arbeitsgruppe, daneben eine Arbeitsgemeinschaft Arbeitsrecht gebildet sowie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Koordinierungsab-sprache durchgeführt. Darüber hinaus wurde zur Europawahl 2009 ein Papier zu einem europäischen Arbeitsrecht erarbeitet. Es gab Betriebsrätekonferenzen in Brandenburg, eine Arbeitsrichterkonferenz in Thüringen oder eine Veranstaltungsreihe „Abgeordnete vor Ort“ in sieben Bundesländern. Die Landtagsfraktionen in Thüringen und Brandenburg erarbeiteten Beschlußvorlagen für ein Arbeitsgesetzbuch und brachten diese in ihre Landtage ein.

Wie im Bundestag angekündigt, stellten Bundestagsfraktion und Stiftung 2010 einen von Petermann, Hultsch und Schmidt erarbeiteten Entwurf für ein Gesetz zur Regelung der Mindestbedingungen im Arbeitsverhältnis vor. (*Ronald Hande Verlag, Benshausen 2010*) Es war allerdings kein Entwurf der Linkspartei, sondern der eines Kreises an der Arbeitsrechtsentwicklung Interessierter. Der Gesetzesentwurf lag dem Parteivorstand der Linkspartei, allen Abgeordneten der Bundestagsfraktion und der Luxemburg-Stiftung vor.

Mit der Zusammenfassung der geltenden Regelungen zum Individualarbeitsrecht verfolgte der Entwurf das Ziel, diese den neuen Entwicklungen anzupassen und vor allem die Interessen der Beschäftigten zu berücksichtigen. Es sollte der Beseitigung der bestehenden Defizite im Individualarbeitsrecht dienen. Eine Veröffentlichung erfolgte mit dem Buch „Arbeitsrecht – ein Menschenrecht“ (*edition bodoni, ISBN 978-3-940781-35-2*). Einer breiten Öffentlichkeit wurde dann der Entwurf auf dem Deutschen Juristentag in München 2015 vorgestellt.

Es gab also in vielen Jahren erarbeitete Ideen, Vorschläge und konkrete rechtliche Regelungen. Dennoch hatten die Partei Die Linke und ihre Bundestagsfraktion plötzlich ihr Interesse an der Arbeitsrechtsproblematik verloren.

Nach wiederholten Gesprächsversuchen wurden später die tatsächlichen Gründe für das Abtauchen der Linkspartei allmählich offensichtlich. Zum einen hatten die Unterstützer des Arbeitsrechtsprojektes zwischenzeitlich die Bundestagsfraktion verlassen, zum anderen hatte sich in der Fraktion die nicht

nachvollziehbare Auffassung durchgesetzt, daß die Mehrheitsverhältnisse in Gesellschaft und Bundestag eine weitere Beschäftigung mit dieser Thematik nicht sinnvoll erscheinen läßt.

Eine solche Herangehensweise ist für eine Oppositionspartei völlig unverständlich und auch unakzeptabel, da doch gerade sie entsprechende Alternativen unterbreiten sollte. Gerade dies unterläßt die Linkspartei mit dieser Begründung bis heute. Insofern gab und gibt es mit wenigen Ausnahmen zu Teilgebieten des Arbeitsrechts, wie zum Verbot der Verdachtskündigung, keine wesentlichen Aktivitäten der Linkspartei (*Gesetzesentwurf vom 9.2.2010, Drucksache 17/649*).

Aktivitäten zu Fragen einer Vereinheitlichung des Arbeitsrechts gibt es gegenwärtig nur durch einige Veröffentlichungen (*Geffken „Umgang mit dem Arbeitsrecht“, VAR Verlag Cadtenberge, 2019*) und durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Gestalt des Gesprächskreises Arbeitsrecht.

Doch es besteht noch immer und jetzt erst recht dringender konkreter politischer Reformbedarf. Das Bewußtsein für Veränderungen des Arbeitsrechts ist gegeben, so die Sicherung der Gewährleistung der Grundrechte, auch des Rechts auf Arbeit und das Recht auf politischen Streik oder detaillierte Regelungen zur Erhöhung der Rechtssicherheit und der arbeitsrechtlichen Schutzrechte der Arbeiter. All dies muß sich in neuen Regelungen wiederfinden. An der Notwendigkeit einer zusammenfassenden arbeitsrechtlichen Kodifikation bestehen keine ernstzunehmenden Zweifel.

Die Linkspartei sollte den politischen Willen unter Beweis stellen, diese Aufgabe zu lösen.

Dr. Steffen Hultsch
Schwielowsee

Nach schwerer Krankheit verstarb am 18. Dezember unser Genosse

Wilfried Steinfath

Vorsitzender der „RotFuchs“-Gruppe Berlin-Hohenschönhausen, im Alter von 69 Jahren.

In Dankbarkeit für sein langjähriges Wirken im RF-Förderverein nehmen wir von Wilfried Abschied.

Seiner Ehefrau sprechen wir unser aufrichtiges Mitgefühl und tiefe Anteilnahme aus.

Vorstand und Redaktion

Die Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten

Träger von Rechten und Pflichten im Völkerrecht sind grundsätzlich Staaten. Jeder Staat ist durch drei Merkmale oder auch Bestandteile charakterisiert.¹ Dabei handelt es sich vor allem um die Staatsbürger (Staatsangehörigen); die Staatsmacht (öffentliche Gewalt, Exekutive, Steuereintreibung usw. usw.) und das abgegrenzte Staatsgebiet/Hoheitsgebiet oder auch als Territorium bezeichnet.

Ich will mich auf das letztgenannte konzentrieren. Warum? Weil die Staatsgrenze zwischen beiden deutschen Staaten, die bis zum 3. Oktober 1990 existierte, von besonderer Bedeutung war. Diese Grenze war nicht nur eine Grenze zwischen verschiedenen deutschen Staaten – der DDR und der BRD – sondern auch eine Trennlinie zwischen dem Warschauer Vertrag und der NATO.

Die „Staatsgrenze“ muß als völkerrechtliche Kategorie angesehen werden, weil sie wie der Name es ausdrückt, immer Staaten abgrenzt. Das Hoheitsgebiet wiederum gliedert sich in das Festlandgebiet einschließlich des Erdinnern, die Binnengewässer (die Flüsse, Kanäle, die inneren Seegewässer, die Territorialgewässer) und deren Grund und Untergrund, sowie den Luftraum über dem gesamten Festlandgebiet und allen Gewässern. Kurz: Festland und Seegewässer, das Erdinnere² unter ihnen und den Luftraum³ über allem bilden das Hoheitsgebiet der Staaten.

Es ist in Politik und Öffentlichkeit besonders während des Kalten Krieges üblich gewesen, die Sicherungsanlagen der DDR in einem Atemzug mit dem Verlauf der Staatsgrenze gleichzusetzen. Gerade zwischen den beiden deutschen Staaten wurde entsprechend des Grundlagenvertrages (GLV) aus dem Jahre 1972 eine gemeinsame Grenzkommission gebildet, die schon vor Inkrafttreten des GLV mit ihrer Arbeit begann.

Im GLV lautet der Artikel 3: Gemäß der UNO-Charta werden die DDR und die BRD „ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur

uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.“⁴

Im „Londoner Protokoll“ vom September 1944 wurde zwischen Großbritannien, der Sowjetunion und den USA (Frankreich kam später hinzu) der Verlauf der Demarkationslinien (DL) zwischen ihren Truppen bestimmt. Aus diesen DL wurden die späteren Zonen Grenzen, aus denen mit Gründung beider deutscher Staaten die Staatsgrenze zwischen ihnen wurde.

In einer Erklärung der Delegationsleiter der DDR und der BRD in der Grenzkommission zum Verhandlungsprotokoll heißt es einvernehmlich u. a.: „... Soweit örtlich die Grenze von Festlegungen aufgrund späterer Vereinbarungen der damaligen Besatzungsmächte abweicht, wird ihr genauer Verlauf durch die Kommission an Ort und Stelle unter Beachtung aller Unterlagen festgelegt und markiert.“

Der Verlauf der Staatsgrenze in der Lübecker Bucht (Seegrenze) wurde von der Grenzkommission gleichfalls festgelegt.

Beide Staaten gingen davon aus, daß die „Unverletzlichkeit ihrer Grenzen“, einvernehmliche Grenzänderungen nicht ausschloss.

Als unumstößlicher Fakt gilt: Erst am 3. Oktober 1990 um 0.00 Uhr wurde die Staatsgrenze (auch Grenze) zwischen beiden deutschen Staaten zur *innerdeutschen Grenze* zwischen neuen und alten Bundesländern: Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein; Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen; Sachsen-Anhalt und Niedersachsen; Thüringen und Niedersachsen; Thüringen und Hessen; Thüringen und Bayern; Sachsen und Bayern.

Bis zu diesem Zeitpunkt handelte es sich um eine Grenze (Staatsgrenze) zwischen Staaten. Auch im „Gesetz über den Abbau von Salzen im Grenzgebiet an der Werra vom 3. Dezember 1984“⁵, das von Bundestag und Bundesrat bestätigt und vom Bundespräsident Weizsäcker sowie von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sowie Bundesminister für Wirtschaft Martin Bangemann unterzeichnet wurde, heißt es im § 1 Absatz 1 Ziffer 2. „Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grenze) ...“ Da die Sicherungsanlagen der DDR sich ausschließlich auf dem Hoheitsgebiet der DDR befanden, folgt, daß jegliche Gleichsetzung der Sicherungsanlagen mit dem Verlauf der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten nicht nur falsch, sondern irreführend war und bleibt. Zwischen dem Verlauf der Staatsgrenze und der Grenzsäule mit dem Staatsymbol der DDR gab es immer einen Abstand von mehreren Metern.

Am 15. Februar 1973 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Bundestag unter anderem: „... ob es uns gefällt oder nicht, daß gegenwärtig alle entscheidenden und auf

uns einwirkenden Faktoren von der Teilung Deutschlands davon ausgehen, daß aus Demarkationslinien Staatsgrenzen geworden sind ...“ Der GLV „ist zwischen Gleichberechtigten ausgehandelt worden; anders hätte er nicht zustande kommen können. Und er hat weder der einen noch der anderen Seite zur Durchsetzung von Maximalpositionen verholfen. Selbstverständlich konnte es sich nur um einen Kompromiss handeln ...“⁶

Als Beispiel eines Kompromisses möchte ich das Aussehen des gemeinsam vereinbarten Grenzsteins nennen, der genau auf der eingezeichneten Linie der Grenze versenkt wurde und als Signatur lediglich auf der einen Seite, der DDR zugewandten, deren Kürzel trägt. Auf der der BRD zugewandten Seite gab es nur eine leere Fläche. Nach DDR-Ansicht hätte auf beiden Seiten des Grenzsteins die Bezeichnung des jeweiligen Staates, DDR bzw. BRD, stehen müssen.

Ohne auf Details einzugehen, muß hervorgehoben werden, daß der Standpunkt der DDR zum Grenzverlauf auf der Elbe (Mitte Strom oder Mitte Talweg) selbst auf der 87. Kabinettsitzung der Bundesregierung am 6. November 1974 bestätigt wurde,⁷

Zusammenfassend muß festgestellt werden, wer statt Staatsgrenze/Grenze zwischen zwei deutschen Staaten den Begriff „innerdeutsche Grenze“ gebraucht, verletzt auch bundesdeutsches Recht. Es darf nicht vergessen werden, daß die Staatsgrenze auch die befreundeten Nachbarn CSSR und VPR völkerrechtlich trennte.

Die Staatsgrenze DDR/Polen wurde im Vertrag vom 6. Juli 1950 festgelegt und im „Zwei-Plus-Vier Vertrag“ vom 12. September 1990 *ausdrücklich* bestätigt.

Die Grenze um Westberlin

Die im oberen Abschnitt skizzierten völkerrechtlichen Kriterien zur Staatsgrenze haben für die Grenze um Westberlin keine Bedeutung. Das gilt gleichermaßen für den Begriff des „Innerdeutschen“.

Trotzdem möchte ich den Begriff übernehmen und auf die Grenze um Westberlin derart abwandeln, dass es sich bei dieser Grenze um eine INNERE GRENZE DER DDR handelte.

Dem Grenzverlauf um Westberlin lagen die in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts bestimmten Grenzen des Deutschen Reiches und den darauf beruhenden Sektorengrenzen der Besatzungsmächte im bereits erwähnten „Londoner Protokoll“ zugrunde.

Wodurch unterschied sich die Grenze um Westberlin von der Staatsgrenze zwischen DDR und BRD? Man muß dem Status von Berlin (Groß-Berlin, Gesamtberlin. Hauptstadt der DDR,

1 Bereits Friedrich Engels hat in seinem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, besonders im Kapitel „Die Staatsbildung der Deutschen“ und „Barbarei und Zivilisation“, Marx/Engels/Werke, Band 21, Dietz Verlag Berlin 1962, Seiten 141 bis 173, auf die *Dreiteilung des Staates* ausführlich Stellung genommen.

2 Der Frage danach, wie tief das Erdinnere reicht, soll hier nicht nachgegangen werden. Theoretisch wäre wohl der Erdmittelpunkt jener Punkt, an dem alle Staatsgrenzen zusammenstoßen. Gemäß Lexikon (Stand 1990) beträgt der Abstand Erdoberfläche-Erdmittelpunkt 6.371 km (durchschnittlich und geschätzt).

3 Der Luftraum reicht an die Grenze bis zum Weltraum. Aber wo ist das? Etwa 180 km über dem Festland/Seegebiet?

4 Gesetzblatt der DDR, Teil II; 1973, Nr. 5, Seite 25. Gleichfalls in: BGBl Teil II. 1973, Seite 423.

5 BGBl. 1984, Teil I, Seite 199.

6 Willy Brandt: Rede vor dem Deutschen Bundestag: Erste Beratung GLV: Auszüge in: Außenpolitik der BRD, Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1995, Seiten 378 f.

7 Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik VI/3 (1973/74), Seiten 832 f.

Westberlin, auch als Frontstadt bezeichnet) besondere Aufmerksamkeit widmen. An erster Stelle steht die Tatsache, daß das *komplette Berlin*, egal wie es bezeichnet wird, sich inmitten und auf dem Hoheitsgebiet der DDR befindet, es Bestandteil ihres Staatsgebietes/Territoriums war. Gewagt, aber einprägsam: *Westberlin war Eigentum der DDR, aber im Teil-Besitz der BRD!* Nach der Befreiung der Reichshauptstadt Berlin vom deutschen Faschismus im April/Mai 1945 durch die Rote Armee der Sowjetunion (Erste Belorussische Front und der Ersten Ukrainischen Front, sowie den polnischen Truppen unter Befehl General Swierczeskis) hieß es im Befehl Nr. 1 vom 28. April 1945, daß Generaloberst Bersarin zum „Chef der Besatzung und zum Kommandanten von Berlin ernannt“ wurde. Die gesamte administrative und politische Macht ging in seine Hände über. In jedem Berliner Stadtbezirk wurden militärische (Rote Armee der SU) Kommandanturen eingesetzt und nahmen ihre Arbeit auf. Nebenbei bemerkt: Dieser Befehl Bersarins wurde mit der Proklamation Nr. 1 des Alliierten Kontrollrats vom 30. August 1945 bestätigt. Die sich unterscheidenden Standpunkte von DDR und dem vom Magistrat von Groß-Berlin abgespaltenen Senat von Westberlin kommen im Folgenden zum Ausdruck:

Die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 bestimmte, „die Hauptstadt der Republik ist Berlin“ (Art. 2 Absatz 2).

Die „Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin“ des Senats vom 4. August 1950 bestimmte im Artikel 1: „(1) Berlin ist ein deutsches Land und zugleich eine Stadt. (2) Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland. (3) Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschlands sind für Berlin bindend“.

In der „Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin“ vom 29. August 1950 hieß es lapidar unter Punkt 2.h: „Die Absätze 2 und 3 des Artikels werden zurückgestellt.“ Weil der Absatz 1 nicht zurückgestellt wurde, blieb für Westberlin der *Status eines deutschen LANDES und einer Stadt*, erhalten. Westberlin hatte keine Staatsbürger bzw. Staatsangehörige, sondern „Ständige Einwohner“ mit einem „vorläufigen Personalausweis“. Der Luftraum über Westberlin gehörte trotz der drei Luftkorridore zwischen Westberlin und der BRD zum Hoheitsgebiet der DDR. Diese „Kontrollzone“ wurde „definiert als der Luftraum zwischen dem Boden und 10 000 Fuß (3000 m) Höhe innerhalb eines Radius von 20 Meilen (32 km) vom Alliierten Kontrollratsgebäude, in dem sich die Luftsicherheitszentrale Berlin ... befindet.“ In der Luftsicherheitszentrale, die sich in Westberlin befand, waren auch Angehörige der Roten Armee (Sowjetarmee) tätig. Eine Tatsache, die den Luftraum über Westberlin bedarf, soll nicht vergessen werden: Am 9. November 1989 befand sich Bundeskanzler Kohl in Warschau. Er wollte nach Westberlin, um an einer Feier zum „Mauerfall“ teilzunehmen. Sein

Regierungsflugzeug durfte nicht in Westberlin landen, sondern mußte erst nach Hamburg fliegen. Dort stieg der Bundeckanzler in eine „amerikanische Militärmaschine“ um, um endlich nach Westberlin fliegen zu können.⁸

Die Wasserstraßen und das gesamte Schienennetz in Westberlin gehörten, vereinfacht ausgedrückt, zur DDR. Es gab eine Reihe von Vereinbarungen der DDR mit dem Westberliner Senat z.B. über Gebietsaustausche, Neubau einer Schleusenkammer in Spandau, zur Ableitung und Behandlung von Abwässern aus Westberlin, Rettungsmaßnahmen an der Berliner Sektorengrenze u.a. Am klarsten und realitätsbezogen wird die Grenzproblematik um Westberlin im Grenzgesetz der DDR vom 25. März 1982 charakterisiert, wenn es im § 39 unter „Anwendungsregel“ heißt: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind an der Staatsgrenze zu Berlin (West) entsprechend anzuwenden. Bestehende Rechte und Zuständigkeiten werden nicht berührt.“⁹ Die Benennung der „Grenze um Westberlin“ während der 41jährigen Existenz als „Staatsgrenze der DDR“ ändert nichts an den hier skizzierten rechtlichen Fakten.

Dr. Klaus Emmerich, Edertal

- 8 Vgl. Horst Teltschik: „Innenansichten der Einigung. Ein Siedler Buch bei Goldmann“, 1. Auflage 1/93, S. 18.
9 Gesetz über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (Grenzgesetz) vom 25. März 1982, GBl. I Nr. 11, Seiten 197 bis 220.

26. Mai 1952: Maßnahmen an der Demarkationslinie zum Schutz der DDR

Bis Anfang 1952 war die Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland eine offene Grenze, die lediglich durch Pfähle und Steine markiert wurde. Die Bewachung erfolgte punktuell durch leicht bewaffnete Polizeiposten. Der Grenzverkehr zwischen Ost und West verlief mit entsprechenden Dokumenten an zahlreichen Übergangsstellen. Vielerorts zwischen Ostsee und dem Dreiländereck im Vogtland gab es zudem einen sogenannten kleinen Grenzverkehr. Im Verlauf von 1951/52 vollzog sich in Westdeutschland eine Entwicklung, die darauf gerichtet war, die durch die separate Währungsreform und die Gründung des westlichen Separatstaates begonnene Spaltung Deutschlands zu vertiefen und zu zementieren. Die Adenauer-Regierung lehnte alle Gesprächsangebote der DDR, über die Einheit Deutschlands zu verhandeln, kategorisch und böswillig ab. Statt dessen bildete sie einen Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung, der sich mit der Eingliederung der DDR in das kapitalistische Herrschaftsgebiet befassen sollte. Im Mai 1951 wurde ein Gesetz erlassen, mit dem man 150 000 Naziaktivisten, die von den Alliierten aus ihren Ämtern entfernt worden waren, wieder in den Staatsdienst aufnahm oder ihnen hohe und höchste finanzielle Entschädigungen und Versorgungsbeiträge zusicherte. Zugleich wurden auf Drängen Adenauers die noch in alliierter Haft befindlichen faschistischen Hauptkriegsverbrecher freigelassen.

Nachdem ein Regierungsamt unter Leitung des CDU-Funktionärs Blank die ersten Schritte für die Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Westdeutschlands eingeleitet hatte, erfolgten mit der Aufstellung eines Bundesgrenzschutzes (BGS) die ersten praktischen Schritte. Diese Truppe in einer Stärke von 10 000, dann fast 20 000 Mann, fast ausschließlich geführt von ehemaligen Offizieren der Wehrmacht, der SS und der Nazi-Polizei, war schwer bewaffnet und sollte für die „innere Sicherheit“ der BRD sorgen, die Kader für die künftige Armee qualifizieren und, da ausschließlich an der Grenze zur DDR und der CSSR stationiert, dort Unsicherheit und Zwischenfälle provozieren. Während meiner Dienstzeit im Grenzabschnitt zwischen Brocken und Vogtland in den 50er Jahren habe ich Dutzende solcher „Auftritte“ des BGS als Augenzeuge erlebt. In diese Politik der Remilitarisierung und Refaschisierung der BRD paßten natürlich der Beschluß der CDU-Regierung vom 19. September 1950, der allen Antifaschisten den Zugang zum öffentlichen Dienst verwehrte sowie der Beschluß vom 29. Februar 1951, wonach alle antifaschistisch-demokratischen Organisationen als verfassungsfeindlich erklärt wurden. Abgerundet wurde dieser Prozeß, als Adenauer den sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit einem geeinten Deutschland vom 10. Mai 1952 brüsk zurückwies und am 11. Mai in Essen eine Friedensdemonstration zusammenschießen ließ, wobei der junge Philipp Müller im Kugelhagel starb. Am 26. Mai 1952 schließlich

unterzeichnete der westdeutsche Regierungschef den Vertrag über die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“, den EVG-Vertrag. Diese zunehmend aggressive Politik des Adenauer-Regimes fand an der Demarkationslinie zwischen den beiden Staaten ihren Ausdruck in einer wachsenden Anzahl von Provokationen und Hetzkundgebungen auf westlicher Seite, in verstärktem Einschleusen von politischem und kriminellem Gesindel in die DDR, im Abtransport von Produktionseinrichtungen, wichtigen Rohstoffen und Waren nach dem Westen. Fast ungehindert konnten Saboteure, Agenten und Banditen über die offene Grenze die DDR betreten. Höhepunkte dieser offenen Feindseligkeiten bildeten die Morde an Grenzpolizisten, die Wachtmeister Herbert Liebs, Werner Schmidt, Heinz Janello, Manfred Portwich und Ulrich Krohn. Diesem aggressiven Treiben der Adenauer-Clique konnte die DDR nicht tatenlos zusehen. Sie mußte ihre staatliche Souveränität und die Unantastbarkeit ihres Staatsgebiets gewährleisten. Jeder Zwischenfall an dieser Grenze konnte schlimme Folgen nach sich ziehen und den Frieden in Europa gefährden. Deshalb erließ der DDR-Ministerrat am 26. Mai 1952 die „Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands“.

Günter Freyer

Redaktionell gekürzt

Aus: „Rote Kalenderblätter“, Hg. DKP Brandenburg, Mai 2011

Offiziere für den Frieden – 1. gesamtdeutsches Offizierstreffen 1955

Als die Kellner noch politische Missionen erfüllten

Am letzten Wochenende im Januar 1955 trafen sich, nahe der Friedrichstraße, im Berliner Johannishof, der 1910 als Zigarettenfabrik erbaut und nach dem Zweiten Weltkrieg zum Gästehaus des DDR-Ministerrates umgebaut wurde, unter der Schirmherrschaft des Generalfeldmarschalls a.D. und Oberbefehlshaber der in Stalingrad durch die Rote Armee besiegten 6. Armee, Friedrich Paulus, ehemalige Offiziere der Wehrmacht aus beiden Teilen Deutschlands. Es war eine Veranstaltung mit einem durchaus symbolträchtigen Charakter, denn nicht nur die Medien der Hauptstadt berichteten über die „erste gesamtdeutsche Offizierstagung in Berlin am 29./30.1. 1955“, es sahen sich selbst die bürgerlichen Medien veranlaßt, auf das ungewöhnliche Treffen, welches zehn Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Existenz zweier eigenständiger Staaten auf deutschem Boden, die sich in den Grundfesten voneinander unterschieden, einzugehen. Im „Neuen Deutschland“ hieß es, daß die Versammlung auf Anregung einer Gruppe ehemaliger deutscher Offiziere aus Westdeutschland stattgefunden habe. Als Veranstalter des Treffens galt offiziell der Kreisfriedensrat Dresden. Das Hauptreferat hielt der Mann von Stalingrad, der ehemalige Feldmarschall, dem man westlich der Elbe unterstellte, daß er eine „von Moskau bezahlte Verschwörung vorbereite“, bzw. „einen Militär-Putsch gegen Bonn plane“. Selbst amtliche Stellen, wie das Amt Blank, nahmen die Veranstaltung ins Visier, und die 29 westdeutschen Teilnehmer wurden unter nachrichtendienstliche Beobachtung gestellt.

Friedrich Paulus war 1953 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt und hatte seinen Wohnsitz in Dresden. Hier hatte sich im Dezember 1954 ein Arbeitskreis ehemaliger Offiziere in der DDR gegründet, der als Organisator des ersten gesamtdeutschen Treffens fungierte. Seine Leitung lag in den Händen des Vorsitzenden des NDPD-Bezirksverbandes Dresden, Generalmajor Hähling, der ab 1958 zeitweilig Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (AeO)¹ war. Die Einladung an die Teilnehmer des Treffens nach Berlin erfolgte durch einen Brief mit der persönlich gezeichneten Unterschrift von Paulus.

Paulus, der seine Eindrücke und Erfahrungen anschließend in einem mehrseitigen Papier² niederschrieb und an die Regierung der DDR schickte, nannte es eine „erste Fühlungsnahme zwischen Ost und West“ für die Schaffung einer gemeinsamen Plattform, deren „Organisation und Durchführung vorbildlich war“. Denn, so Paulus, „die westdeutschen Offiziere waren voll des Lobes über die ihnen gebotene Kameradschaft und wirtschaftliche Betreuung“. Nicht unerwähnt bleiben sollte, betonte Paulus, „das ausgezeichnete Verhalten der Kellner des Hotels ‚Johannishof‘, die damit geradezu eine politische Mission erfüllt“ hätten. Für zukünftige Treffen forderte er aber konkrete Beschlüsse für Anweisungen zum

Handeln, war doch die zustande gekommene Resolution nach seiner Ansicht das Maximum dessen, was erreicht werden konnte. Paulus wollte in Verbindung mit anderen Offizieren und der politischen Führung der DDR einen Brückenschlag zwischen ost- und westdeutschen Offizieren herstellen.

Die Teilnehmer der Tagung, darunter auch ehemalige Mitglieder des NKFD, die abwechselnd von Vertretern beider Teile Deutschlands geleitet wurde, wandten sich anschließend mit einem Aufruf an das deutsche Volk und riefen zur „Wiedervereinigung aller Deutschen“ auf. Wenige Tage vorher hatte das Präsidium des Obersten Sowjets in Moskau offiziell den Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt. In der sowjetischen „Erklärung zur deutschen Frage“ vom 15. Januar 1955, warnte die sowjetische Regierung vor den Konsequenzen einer Ratifikation der Pariser Verträge und der aus ihnen resultierenden Remilitarisierung Deutschlands.



Friedrich Paulus 1954 auf einer Pressekonferenz in Berlin, Hauptstadt der DDR

In dem Aufruf der Offizierstagung hatten man sich gegen die Pariser Verträge gewandt und sie als die tödliche Bedrohung der Einheit, als „Sein oder Nichtsein“ der deutschen Nation bezeichnet. Die Veranstaltung durchwehte der Geist des Nationalkomitees Freies Deutschland und so mancher Teilnehmer fühlte sich an die Tage von Krasnogorsk erinnert, als man gemeinsam an Verantwortung, Ehre und Patriotismus für die Zukunft Deutschlands appellierte. Die Resolution der Tagung unter der Überschrift „Ehemalige Offiziere rufen das deutsche Volk“ wurde mit den originalen Unterschriften der Teilnehmer bei Paulus hinterlegt, da man für die westdeutschen Repräsentanten nach deren Heimkehr befürchtete.

Im April fand dann unter dem Vorsitz von Paulus eine weitere Zusammenkunft, diesmal im kleinen Kreis, wieder im Hotel „Johannishof“, statt, mit dem man ein größeres zweites Treffen für den Juni 1955 vorbereiten wollte.

Doch die Basis für gemeinsame Positionen war geringer geworden, so forderte Paulus die Bildung eines Vorbereitungskomitees für die Juni-Tagung, welche auf einer einigenden Plattform stattfinden sollte. Am 25. und 26. Juni fand dann das zweite Treffen dieser Art unter der Leitung von Paulus in den Kammerspielen des Deutschen Theaters in Berlin statt. Nun, nach der Ratifizierung der Pariser Verträge durch die Bonner Regierung hatte sich die politische Lage wesentlich verändert. Er berief sich in seinem Referat auf Friedrich Schiller, „Wir sind ein Volk, und einig wollen wir handeln“, und in der Abschlusserklärung der Offizierstagung hieß es dann auch: „Soldaten zweier Welten rufen das deutsche Volk!“ In diesem Jahr 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland Mitglied der NATO, die bereits 1949 gegründet worden war. Nach dem Beitritt begann die Bundesrepublik, eigene Streitkräfte aufzustellen. Paulus war bis zu seinem Tod 1957 davon überzeugt, daß die Europäische Sicherheitspolitik nicht gegen die Sowjetunion, sondern nur mit ihr Bestand habe, und aus tiefsten Herzen war er überzeugt, daß die DDR das „neue Deutschland“ darstellte.

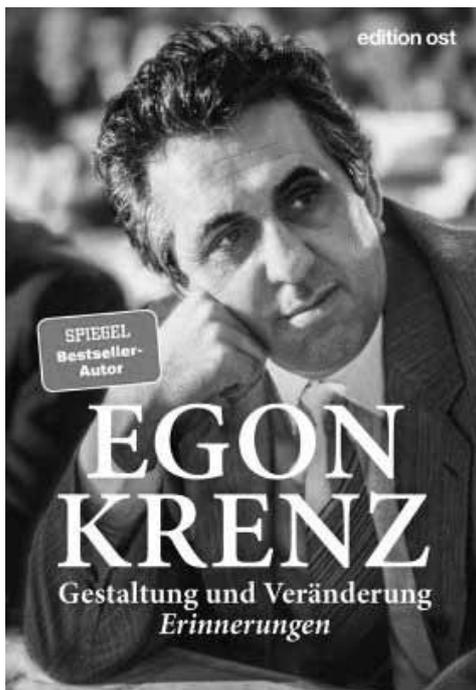
Die politische Mission der gesamtdeutschen Offizierstreffen erfüllte sich zwar nicht, aber sie vertraten glaubhaft ihren Anspruch wie schon zuvor das Nationalkomitee Freies Deutschland. „Von deutscher Souveränität kann erst gesprochen werden, wenn wir unser staatliches und politisches Leben frei von Überfremdungsversuchen nach eigenem Willen gestalten können.“

Dr. Michael Polster

1 (Die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere (AeO) wurde am 11. Januar 1958 von ehemaligen Offizieren des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) und des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) auf Initiative des Politbüros der SED im Berliner Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und unter maßgeblicher Initiative von Wolf Stern, der Leiter des Instituts für Deutsche Militärgeschichte in Potsdam war und als die graue Eminenz im Hintergrund galt, geründet. Stern war ab 1943 in die Hauptverwaltung Kriegsgefangenenwesen beim NKWD und hatte intensive persönliche Kontakte nicht nur zu Generalfeldmarschall Paulus, sondern zu allen Mitgliedern des NKFD und BDO. Erster Vorsitzender war Otto Korfes, ein ehemaliger Generalmajor der deutschen Wehrmacht. Das politische Ziel war es „eine Organisation ehemaliger Offiziere zu schaffen [...], die die Aufgabe hatte, auf die ehemaligen Offiziere in Westdeutschland, insbesondere auf die Offiziere der Bundesarmee einzuwirken. Die Auflösung der Organisation erfolgte 1971.)

2 (Das Schreiben mit dem Titel: Erfahrungen aus der ersten gesamtdeutschen Offizierstagung in Berlin am 29./30.1.1955, befindet sich im Nachlaß Walter Ulbricht; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, SAPMO, NL W. Ulbricht 182/1386, Bl. 140-145.)

Sprengstoff im Machtzentrum



Die Grundlage dafür ist das Archiv von Krenz. Er hat kurz nach seinem Aufstieg ins Politbüro begonnen, sich Notizen über seine Gespräche und Informationen zu machen, auf die er heute zurückgreifen kann. Er verglich auch, wie er schreibt, in den 90er Jahren „im Bundesarchiv einliegende Akten mit meinen eigenen Beobachtungen und Aufzeichnungen“. Die Ergebnisse habe er in mehr als 20 Heften zusammengefaßt, was ihm erlaube, „Vorgänge und Bewertungen mit wörtlichen Zitaten zu belegen (oder zu widerlegen)“. Zudem verfüge er noch über alle seine Terminkalender. Anstoß zum Archivieren gab offenbar ein Zusammentreffen mit dem damaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kossygin (1904–1980) Anfang Juli 1976. Krenz folgte einer Einladung zu einem Abendessen, das Honecker für die Teilnehmer einer Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gab. In der Empfangshalle des Staatsratsgebäudes stieß er auf Kossygin und den damaligen DDR-Ministerpräsidenten Horst Sindermann (1915–1990), die erregt aufeinander einredeten. Sindermann stellte Krenz als „Benjamin im Politbüro“ vor und Kossygin nutzte die Gelegenheit, um Krenz in eine Debatte einzubeziehen, die sich durch das gesamte Buch zieht. Sie führt auf wichtige Ursachen der Niederlage des realen Sozialismus 13 Jahre später. Es geht um die angespannten ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR. Krenz zitiert Kossygin: „Ihr wollt von uns Erdöl, Getreide, Rohstoffe. Und was macht Ihr damit? Verschenkt es. Erhöht die Löhne, verbessert die Renten, führt kürzere Arbeitszeiten ein, gebt den jungen Leuten zinsfreie Kredite und erwehrt den Erholungsurlaub statt in die Industrie zu investieren. Und was noch viel schlimmer ist: Ihr verkauft unsere Lieferungen gegen Devisen an den Westen ... Auch unsere Leute in der Sowjetunion möchten besser leben. Wir haben den Krieg gewonnen. Nach dem Lebensstandard jedoch zu urteilen, habt Ihr ihn gewonnen – und wir haben ihn verloren ... Habt Ihr keine Skrupel, daß Ihr Euch die Devisen auch noch bei eurem kapitalistischem Nachbarn borgt?“ Sindermann habe an dieser Stelle eingeworfen: „Aber die Sowjetunion kann uns ja nicht helfen“, worauf Kossygin aus der Fassung geraten sei: „Was sollen wir noch tun? Wachen Sie auf, Genosse! Wenn Sie uns valutaträchtige Waren liefern, bekommen Sie auch Valuta für ihre Waren. Es geht aber nicht, daß die DDR ihre Qualitätswaren in den Westen liefert und von uns für minderwertige Waren Valuta verlangt.“ Dann sei, so Krenz, durch die Ankunft Honeckers das Gespräch abgebrochen worden.

Der Autor merkt an: 1971 hatte die SED bei Amtsantritt Honeckers die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik beschlossen. Fünf Jahre später habe sich die Frage gestellt, ob dies „unter den veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen noch durchgehalten werden kann“. Verdrängt worden sei von der SED-Führung, „daß die DDR seit 1971 für rund 18 Milliarden Valutamark aus westlichen

Industrieländern mehr importierte, als wir dorthin exportierten“. Moskau sei deswegen „sehr beunruhigt“ gewesen, die sowjetischen Freunde hätten „nicht ohne Grund gefürchtet, die DDR könne in die ökonomische und damit auch politische Abhängigkeit des Westens gelangen. Laut Krenz schlugen sich mit ähnlichen Fragen auch Jugendversammlungen in der DDR herum: „Jede D-Mark, die Verwandte aus dem Westen mitbrachten, jedes Päckchen, das sie schickten, erst recht jedes Westauto – die DDR importierte 1977 erstmals zehntausend VW Golf und bot sie im Handel an – jeder Farbfernseher, den man gegen harte Währung im Intershop erwerben konnte, nicht zuletzt die Warenflut in der Werbung im Westfernsehen – das alles schien Ausdruck einer ökonomischen Überlegenheit des kapitalistischen Systems zu sein, der wir – oberflächlich betrachtet – nichts Vergleichbares entgegensetzen hatten.“

Diese Kontroverse von 1976 war exemplarisch, allerdings sollte sich die Dramatik in den folgenden Jahren steigern. Das erzeugt in diesem Band Spannung wie in einem Kriminalroman. Ebenfalls exemplarisch war einige Wochen später auch die Reaktion Honeckers. Er fragte Krenz: „Und hat Kossygin Dir auch verraten, welche Alternative er für uns sieht?“ Als Krenz verneinte, meinte Honecker: „Da siehst Du: Sie reden über uns, aber verstehen nicht unsere Lage. Wenn wir in unseren Ländern so wenig Waren hätten wie sie in Moskau, könnten wir die DDR gleich aufgeben ... Wissen die in Moskau, daß sie mit dem Schicksal der DDR spielen? Eine Politik der Lohn-Preis-Spirale wie im Westen ist bei uns nicht akzeptabel. Sie würde zu einem neuen 17. Juni führen ... Preiserhöhungen wird es mit mir nicht geben.“ Diese Haltung, so Krenz, sollte Honecker „in der zweiten Hälfte der 80er Jahre uneinsichtig machen für notwendige Veränderungen, einschließlich die der Preise“. Hinzu sei gekommen: Am 2. November 1976 erhielt Günter Mittag von Honecker eine Machtfülle als DDR-Wirtschaftslenker, die nach Krenz „der DDR zum Verhängnis wurde“: Faktisch wurde die Regierung entmachtet: „Das Politbüro verkümmerte unter Mittags Einfluß zu einem Bestätigungsorgan für Entscheidungen der Wirtschaftskommission.“

Damit war im Machtzentrum der DDR Sprengstoff gelegt, dessen Lunte nach einem Jahrzehnt wachsender wirtschaftlicher Probleme und erhöhter Spannungen mit Moskau nur noch gezündet werden mußte.

Der zweite Teil der Krenz-Erinnerungen sei allen empfohlen, die überzeugt sind, genau zu wissen, was Sozialismus ist. Selten ist dessen Existenzweise so konkret als die einer sich in harten realen Widersprüchen bewegenden Politik und Gesellschaft beschrieben worden. Insofern ist dieser Band auch eine Fundgrube für die Sozialismustheorie. Dafür wäre noch erforderlich, daß der dritte Band ein Namenregister für alle Teilbände enthält.

Arnold Schölzel

Egon Krenz schildert im zweiten Teil seiner Erinnerungen vor allem innere Ursachen der Niederlage von 1989.

Am 9. Januar 1974 wurde Egon Krenz zum 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats gewählt, im Mai 1976 zum Kandidaten des Politbüros der SED und 1983 – nach dem Ende seiner Amtszeit in der FDJ – zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, zuständig für Sicherheit, Jugend, Sport, Staats- und Rechtsfragen. 1984 folgte die Ernennung zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. Das besagt: Erich Honecker schenkte ihm großes Vertrauen.

Ein zentrales Thema im zweiten Teil der Krenz-Erinnerungen, der mit dem Jahr 1988 schließt, ist der Niedergang seines von Zuneigung und Respekt bestimmten Verhältnisses zum Staats- und Parteichef der DDR. Der Autor schildert die wachsende Entfremdung fair und gerecht, kritische Worte wie „Altersstarrsinn“ fallen erst nach Darlegung vieler Umstände. Ein Drehpunkt ist die unterschiedliche Beurteilung Michail Gorbatschows. Honecker begegnete dem KPdSU-Generalsekretär mit Distanz und Mißtrauen, Krenz warb bei aller Kritik oft um Verständnis für sowjetische Interessen.

In diesem Band tritt Privates – anders als im ersten Teil der Erinnerungen („Aufbruch und Aufstieg“, 2022) – in den Hintergrund. Krenz legt in mehr als 60 Abschnitten eine auf Fakten und wörtliche Zitate gestützte Chronik seiner Arbeit im höchsten Führungsgremium der DDR vor. Die Darstellung ist entsprechend sachlich, derbere Vokabeln findet er für politische Wendehälse wie z. B. das Politbüromitglied Werner Krolikowski oder für westliche Schreiberlinge. Zu lesen war ein derart quellengesättigter Bericht in der Memoirenliteratur führender Politiker der 70er und 80er Jahre noch nicht.

Egon Krenz: *Gestaltung und Veränderung. Erinnerungen.* Edition Ost, 448 Seiten, 26 Euro

Kein Spartakistenaufruf!

Hartnäckig hält sich im Zusammenhang mit der Novemberrevolution 1918/19 die Legende vom Spartakistenaufruf im Januar 1919. Mitglieder der kurz zuvor gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) nahmen zwar an den bewaffneten Kämpfen teil, organisierten diese aber nicht und waren auch nicht die allein führende Kraft. Anlaß für die Auseinandersetzungen war die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, der dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) angehörte, durch den preußischen Innenminister Paul Hirsch (SPD) am 4. Januar 1919. Eichhorn weigerte sich, seinen Posten zu verlassen, da er sein Amt nicht von der preußischen Regierung, sondern von der Revolution empfangen habe und es nur der Revolution zurückgeben werde. Die Empörung der Berliner Arbeiter über diese Aktion war groß.

Nicht nur „Die Rote Fahne“ der Kommunisten, auch die Zeitungen der USPD „Republik“ und „Freiheit“ riefen zu Protesten auf. Protestkundgebungen waren auch das Thema einer Beratung der revolutionären Obleute, an der Funktionäre der Berliner USPD, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck von der Zentrale der KPD teilnahmen.

Am Sonntag, dem 5. Januar, folgten rund 150 000 Berliner diesem Aufruf. Zu den Demonstranten sprachen Georg Ledebour von der USPD, Ernst Däumig von den revolutionären Obleuten, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck. Emil Eichhorn war bereits vorher in einer großen Versammlung der USPD in den Germania-Sälen in der Chausseestraße aufgetreten. Seine Rede wurde durch Zwischenrufe unterbrochen. „Nicht zurücktreten, Eichhorn, wir sind da!“ In einer Ansprache vor dem Preußischen Innenministerium Unter den Linden warf Karl Liebknecht der Regierung Ebert/Scheidemann vor, sie setze ihre Schandtaten

von 6. und 24. Dezember fort. „Aber das revolutionäre Proletariat und die revolutionären Soldaten haben die Kraft, um zu verhindern, daß man ihren Vertrauensmann aus dem Amt entfernt“, sagte er weiter.

Von überall her strömten die Arbeitermassen ins Stadtzentrum. Die von der Siegesallee und von der Friedrichstraße kommenden Demonstrationzüge marschierten durch die Straße Unter den Linden, über den Schloßplatz zum Polizeipräsidium am Alexanderplatz. Dort hatten inzwischen die vom Prenzlauer Berg, von der Schönhauser und der Frankfurter Allee kommenden Arbeiterkolonnen den Alexanderplatz überflutet. Für die preußische Regierung gab es keine Chance, den neuen Polizeipräsidenten in sein Amt einzuführen. Arbeiter hatten das Polizeipräsidium besetzt.

Am Abend des 5. Januar fand eine Beratung der revolutionären Obleute und leitender Berliner USPD-Funktionäre statt, an der Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck von der KPD sowie je ein Vertreter der ehemaligen Volksmarine-division, des Zentralrates der Marine und der bereits streikenden Eisenbahner teilnahmen. Die Demonstrationen am 5. Januar und falsche Informationen über die Kampfbereitschaft der Arbeiter führten zu dem verhängnisvollen Beschluß, für den folgenden Tag nicht nur zur erneuten Massendemonstration, sondern auch zum Sturz der Regierung aufzurufen. Den Aufruf unterschrieben Georg Ledebour, Karl Liebknecht und Paul Scholze, Mitglied der Leitung der revolutionären Obleute. Es wurde ein 33-köpfiger Revolutionsausschuß gebildet.

Die Mehrheit der Mitglieder der KPD-Zentrale – nicht nur Rosa Luxemburg – hielt diese Entscheidung aber für falsch.

Am Abend des 5. Januar und in der Nacht zum 6. Januar besetzten bewaffnete Gruppen die im sogenannten Berliner Zeitungsviertel gelegenen Gebäude des SPD-Zentralorgans

„Vorwärts“ und Verlagshäuser der Zeitungskonzerne Mosse, Scherl und Ullstein. Wenig später drangen sie in das Wolffsche Telegraphenbüro und die Reichsdruckerei ein. Auch einige Bahnhöfe wurden besetzt. Der „Vorwärts“ erschien vom 6. bis 11. Januar 1919 als „Organ der revolutionären Arbeiterschaft Groß-Berlins“.

Am 8. Januar 1919 begann unter dem Oberkommando des Sozialdemokraten Gustav Noske der Angriff der konterrevolutionären Truppen auf die besetzten Gebäude. Noske hatte die Funktion mit den Worten übernommen: „Meinetwegen! Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht!“

Am 11. Januar stürmten die Konterrevolutionäre unter Einsatz von schwerem Feldgeschütz, Maschinengewehren und Minenwerfern das von etwa 500 bis 600 Arbeitern, darunter auch Mitgliedern der KPD, verteidigte Vorwärtsgebäude in der Lindenstraße.

„Der Spartakusbund hatte die Aktion nicht eingeleitet, die im Interesse des USPD-Mannes Eichhorn begonnen hatte“, schrieb Arthur Rosenberg in seinem Buch „Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik“. „Aber wenn die USPD und die Obleute vorwärts gingen, konnten die Kommunisten nicht zurückbleiben.“ Die KPD zog ihre Vertreter erst am 10. Januar aus dem Revolutionsausschuß zurück. Die kämpfenden Arbeiter mußten sich schließlich den konterrevolutionären Truppen ergeben. Sechs Parlamentäre, die durch Verhandlungen eine friedliche Übergabe erreichen wollten, wurden sofort in die Kaserne des 1. Garde-Dragoon-Regiments in der Belle-Alliance-Straße verschleppt und dort mißhandelt. Fünf von ihnen erschößte die Soldateska.

Nach der Erstürmung des Vorwärts-Gebäudes wurden 300 der Verteidiger gefangengenommen und sieben von den Konterrevolutionären ermordet. Am 12. Januar herrschte wieder „Ruhe und Ordnung“ auf den Straßen Berlins.

Dr. Kurt Laser

Unvergessen: Kurt Wieland

Kurt Wieland wurde am 1. Mai 1896 in Rottluff (Chemnitz) geboren. Frühzeitig fand er Anschluß an die organisierte Arbeiterbewegung und zeichnete sich durch unbedingte Zuverlässigkeit aus. Umfassend gebildet, wurde er immer wieder zum Helfer der Ärmsten, deren Rechte er in selbstloser Weise vertrat. Seine Freunde nannten ihn deshalb „Rechtsanwalt“. 1921 wurde er Mitglied der SPD und trat, aus Protest über die Politik der rechten SPD-Führer, 1932 der Sozialistischen Arbeiterpartei bei. Konsequenter trat er für den bedingungslosen Kampf gegen den Faschismus ein. Nach der Machtergreifung der Faschisten ging Kurt Wieland zur illegalen Arbeit über. Im Ortsteil Rottluff stellte er, unter Nutzung seiner Tätigkeit als Kassierer einer Versicherung, Verbindungen her, führte politische Gespräche und verteilte Flugblätter. Als der Lehrer Stedeli wegen dessen jüdischer Ehefrau aus dem Schuldienst entlassen

wurde, versorgte er beide mit Lebensmitteln und brachte sie später an die französische Grenze. Sie verdanken Kurt Wieland ihre Rettung. In der Stahlgießerei der Firma Krautheim KG in Chemnitz, Bornauer Straße, arbeitete der Antifaschist in einer Widerstandsgruppe mit Fritz Matschke und Paul Thümer zusammen und sabotierte lange Zeit die Rüstungsproduktion. Als die Gestapo am 2. März 1945 die Leitung der Widerstandsgruppe verhaftete und Geständnisse zu erpressen versuchte, war dies vergebens. Keiner der drei Verhafteten verriet einen Mitkämpfer.

Ein Gedenkstein auf dem Betriebsgelände der Stahlgießerei trägt die Inschrift:

„Verhaftet von der Gestapo als Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe unseres Werkes im März 1945. Ermordet auf dem Weg in das KZ Dachau. Fritz Matschke, Paul Thümer, Kurt Wieland. Geboren als Söhne der Arbeiterklasse, gelebt als Kämpfer der Arbeiterklasse, gestorben als Helden der Arbeiterklasse.“

Kurt Wielands Sohn half aktiv bei der Organisation der Antifa-Jugend in Rottluff. In ehrendem Gedenken an seinen Vater wurde von Arbeitskollegen des Sohnes am Wohnhaus von Kurt Wieland (Rottluffer Str./Kastanienstr.) eine Gedenktafel angebracht, deren Verbleib ungeklärt ist.

Kurt Wieland wird für seinen antifaschistischen Kampf im städtischen „Ehrenhain der Sozialisten“ geehrt. Auch ein Klubhaus trug seinen Namen. Die Kurt-Wieland-Straße wurde nach 1990 in Beyerstraße und die POS „Kurt Wieland“ Karl-Marx-Stadt 1991 in „Obere Luisenschule“ umbenannt. An der Schule befindet sich eine Gedenktafel.

Raimon Brete
Chemnitz

(Quellen: Robert Koch (Neffe von Kurt Wieland), Broschüre „Aus der Vergangenheit lernen, die Gegenwart meistern, die Zukunft gestalten“, Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt, Abt. Kultur; Broschüre „Gegen das Vergessen“, VVN-BdA - Stadtverband Chemnitz)

In die Zukunft – mit Lenin!

RF dokumentiert Auszüge aus dem Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation an das russische Volk aus Anlaß des 100. Todestages Lenins

(...) 175 Jahre sind seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests vergangen. Aber die Ideen von Marx und Engels, die von Lenin aufgegriffen und brillant umgesetzt wurden, gerieten nicht in Vergessenheit. (...)

Lenins Lebenswerk war eine große Leistung für die Befreiung der Werktätigen von Unterdrückung und Gewalt, für die Umgestaltung der Gesellschaft nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und des Humanismus. (...)

Für alle, die fähig sind zu denken und zu fühlen, ist Lenin ein Riese, der die Lehre des wissenschaftlichen Kommunismus schöpferisch entwickelt hat. Als hervorragender Theoretiker beherrschte er die Dialektik von Marx und Engels perfekt. Er war ein brillanter Propagandist ihrer Ideen. All das hat er im Alltag entwickelt und verkörpert. In ständiger Polemik mit den rechten und linken Opportunisten wider setzte sich Wladimir Iljitsch entschieden allen Versuchen, den Marxismus zu revidieren. (...) Lenins eigener Beitrag zum Marxismus war so groß. (...) Er war der erste Marxist, der eine siegreiche proletarische Revolution anführte und das Ruder eines Arbeiter-und-Bauern-Staates übernahm. Unter seiner Führung wurden die Grundlagen des sowjetischen Sozial- und Staatssystems gelegt. (...)

Lenin war es, der auf dem Vertrag von Brest-Litowsk beharrte, eine äußerst schwierige Entscheidung, die zu neuen Siegen führte. Lenins Hinwendung zur NÖP erfolgte trotz der Verwirrung vieler seiner Mitstreiter. (...) Es war Lenin, der inmitten allgemeiner Verwüstungen, Hungersnöte und Typhusepidemien einen Weg fand, das verwundete Vaterland an die Spitze des technischen Fortschritts zu bringen. Er schlug die Losung vor: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“. (...)

Lenins GOELRO-Plan wurde zur Grundlage für einen mächtigen industriellen Durchbruch. Die damals entstandenen Kraftwerke versorgen bis heute Städte und Dörfer in ganz Rußland mit Energie. In den ersten 30 Jahren ihres Bestehens steigerte die UdSSR die Industrieproduktion um fast das 13-fache. Die USA haben sie im gleichen Zeitraum nur verdoppelt. In dieser Zeit hat sich die Schwerindustrie der UdSSR fast verdreifacht und der Maschinenbau vierfach. Die Arbeitsproduktivität ist um fast ein Drittel gestiegen. Industrien wurden von Grund auf neu geschaffen, darunter der Werkzeugmaschinenbau, der Traktorenbau, die chemische Industrie und der Flugzeugbau. (...)

Lenin war der Inspirator der bolschewistischen Nationalitätenpolitik. Er schlug einen Weg vor, die Fragmente des zusammengebrochenen Rußlands zu einem neuen Staatstyp zu vereinen – der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Das Land wurde wieder zusammengeführt – friedlich, demokratisch, durch die Beschlüsse des Kongresses. (...) So war es W.I. Lenin, der zum Gründervater



Wladimir Iljitsch Lenin starb am 21. Januar 1924

der heutigen russischen Staatlichkeit wurde. (...) Die Schaffung der Roten Armee wurde zur wichtigsten Bedingung für den Sieg über die ausländischen Interventen und ihre Komplizen, die Weißgardisten.

(...) Lenins Ideen vereinte das sowjetische Volk. Nachdem die UdSSR die soziale Spaltung überwunden hatte, schuf sie eine solide Grundlage für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg im Mai 1945. Das von den Bolschewiki geschmiedete Schwert der Gerechtigkeit schlug der abscheulichen, vielköpfigen Hydra des Hitler-Faschismus, des paneuropäischen Faschismus und des japanischen Militarismus die Köpfe ab. (...)

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution gab der kommunistischen und nationalen Befreiungsbewegung einen gewaltigen Auftrieb. Die Kommunistische Internationale wurde gegründet und genoß enormen Einfluß. Die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas befreiten sich aus der kolonialen Abhängigkeit. Ihre Völker bewahren bis heute die dankbare Erinnerung an die Sowjetunion. Gemeinsam mit China und Rußland tragen sie zum Kampf gegen die neuen Kolonialisten des 21. Jahrhunderts bei.

Unsere Gegner behaupten, die Zerstörung der UdSSR bewiese die „Wertlosigkeit“ der Ideen von Marx und Lenin. Ganz im Gegenteil! Diese Tragödie bestätigte die Bedeutung von Lenins Warnung, daß die Kommunistische Partei ideologische Reinheit und Loyalität gegenüber dem Marxismus brauche. (...)

Die Konterrevolution warf Rußland in den peripheren Kapitalismus und seine Bevölkerung in Armut und Entrechtung. Der Reichtum des Landes wurde geplündert. Fortschrittliche Produktionsanlagen wurden zerstört. Es entstanden oligarchische Clans. Natürliche und finanzielle Ressourcen wurden ausgepumpt. Das Banditentum blühte. Die Überreste der sowjetischen Demokratie wurden getilgt.

Während die bürgerliche Reaktion Rußland ausbluten ließ, wuchsen die Bedrohungen von außen. Legitime Forderungen, unsere nationalen Interessen zu berücksichtigen, wurden vom Westen zynisch ignoriert. Die Folgen der kriminellen Privatisierung haben die dringend benötigte militärische Spezialoperation erschwert. Die NATO, die sich in Osteuropa

etabliert hat, übernimmt nun Finnland und Schweden.

Das globale Kapital zielt darauf ab, unser Land zu unterjochen und zu zerstören. Und die Behörden versuchen, ihre Souveränität zu verteidigen, während sie im Rahmen des alten Systems bleiben. (...) Lenins besonderes Verdienst ist die Entwicklung der Theorie des Imperialismus. Nachdem er die Zeichen der höchsten Stufe des Kapitalismus

festgestellt hatte, kam er zu dem Schluß, daß sich seine Widersprüche verschärfen und damit Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen werden. Und als die Bedingungen für den Übergang der Welt zum Sozialismus reif waren, wurde auch „der Krieg der Kapitalisten um Privilegien und Monopole“ zu einem Mittel, um „den Zusammenbruch des Kapitalismus hinauszuzögern“, schrieb Lenin 1915. Das ist der Grund für die Tragödien ganzer Völker in unseren Tagen.

Das Kapital reagiert auf die Verschärfung der Krise, indem es die Ausbeutung der Arbeiter verschärft, Rechte und Freiheiten zerstört und Kriege und Konflikte entfesselt. Heute liegen die Narben blutiger Spaltungen in der Ukraine, im Nahen Osten und in Afrika. Der US-Imperialismus strebt die Weltherrschaft und die Errichtung eines neuen Kolonialsystems an. Der vereinte Westen führt eine bösartige Aggression gegen Rußland durch. Er bedient sich des Antikommunismus und der Russophobie und fördert den Faschismus. Durch das Aufzwingen von Vorstellungen über fremde Nationen, Religionen und Rassen erhält die Bourgeoisie freie Hand und „Kanonenfutter“ für ihre Abenteuer. (...)

Nach Beginn der Spezialoperation erhielten die politischen und gesellschaftlichen Prozesse in Rußland eine neue Logik und Dynamik. Jede größere Provokation kann eine Kette schicksalhafter Phänomene nach sich ziehen. Unter diesen Bedingungen setzen die russischen Kommunisten und die patriotischen Kräfte des Volkes ihren Kampf gegen die bürgerliche Reaktion, für eine gerechte Welt und sozialen Fortschritt fort. (...) Wir glauben, daß das Wichtigste darin besteht, die Gesellschaft zu vereinen und Ressourcen, Kräfte und Mittel zu mobilisieren, um diejenigen zu besiegen, die der russischen Welt den Krieg erklärt haben. (...)

Vor hundert Jahren blieb Lenins Herz stehen. Aber sein Vermächtnis ist unser unschätzbare Schatz. Schon damals, im kalten Januar 1924, bestätigte der landesweite Abschied von Wladimir Iljitsch, daß sein Name in goldenen Lettern auf den Tafeln der Geschichte verewigt werden wird.

Redaktionell gekürzt

Webseite der KPRF, 13.11.2023

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Lenin über die deutsche Arbeiterbewegung

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

18. Januar 1979

Lassen Sie mich unser heutiges Thema mit einem Zitat einleiten. Im Dezember 1914 schrieb W. I. Lenin in einem Artikel, in dem er sich mit Verrat der rechten Führer der Sozialdemokratie auseinandersetzt: „In den letzten Jahrzehnten hat der Sozialdemokratie Rußlands, etwas mehr sogar noch als der Sozialdemokratie der ganzen Welt, die deutsche Sozialdemokratie als Vorbild gegolten. Es ist daher begreiflich, daß man zu dem jetzt herrschenden Sozialpatriotismus oder ‚sozialistischen‘ Chauvinismus nicht bewußt, das heißt kritisch, Stellung nehmen kann, ohne sich über die eigene Stellung zur deutschen Sozialdemokratie auf das genaueste klarzuwerden. Was war sie? Was ist sie? Was wird sie sein?“¹

Lenin sah in der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung eine der wichtigsten Abteilungen der internationalen Arbeiterbewegung. Deshalb widmete er ihrer Entwicklung, ihren Organisationen und Aktionen stets große Aufmerksamkeit. Sie bezog sich sowohl auf die Stärken als auch die Schwächen, die in ihrer wechselvollen Geschichte zutage traten. So betrachtete er die Organisiertheit der deutschen Arbeiterbewegung zu der Zeit, als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands noch eine revolutionäre Partei war, als vorbildlich.

Lenin betonte häufig die Fähigkeit dieser Partei, jahrzehntelang eine breite Massenbasis zu schaffen. Er schätzte den aufopferungsvollen Kampf revolutionärer Führer der deutschen Sozialdemokratie wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht. Oft stützte er sich in der eigenen Arbeit auf die reichen Erfahrungen der marxistischen deutschen Arbeiterbewegung. Das gilt auch für die positiven Ergebnisse der theoretischen Arbeit, die in den Reihen der damaligen deutschen Arbeiterbewegung geleistet wurde. So berief sich Lenin in seiner 1902 erschienenen epochemachenden Schrift „Was tun?“ ausdrücklich auch auf Erkenntnisse des damals noch auf marxistischen Positionen stehenden Karl Kautsky, als er seine These begründete, daß sich die sozialistische Ideologie nicht einfach spontan herausbilden kann, sondern bewußt in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß.

Seine besondere Aufmerksamkeit galt der Tätigkeit der deutschen Linken, in denen er nach dem Verrat der rechten Führer der

Sozialdemokratie die entscheidende revolutionäre Kraft der deutschen Arbeiterbewegung erblickte. Immer ging es ihm in seinem Verhältnis zur deutschen Arbeiterbewegung darum, die marxistischen und wirklich revolutionären Positionen zu stärken, eigene Erfahrungen, die diesem Ziel dienten, zu vermitteln und positive Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung zu analysieren und selbst aufzunehmen.

Lenins Haltung zu deutschen wie auch zu allen anderen Abteilungen der Arbeiterbewegung war zutiefst internationalistisch. Der entscheidende Gesichtspunkt, unter dem er ihre Entwicklung beurteilte, war stets der Kampf gegen den Imperialismus zur Vorbereitung der sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft in der ganzen Welt.

Von diesem Standpunkt aus unterstützte Lenin auch den Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus, den die marxistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung zu führen hatten. Er konnte sich dabei auf reiche Erfahrungen dieses Kampfes in Rußland berufen – erinnert sei in diesem Zusammenhang an seine Polemik mit dem Revisionismus in „Was tun?“ und auch in der 1904 erschienenen Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“. Ein wesentliches Ergebnis dieses Kampfes war die von Lenin geschaffene Theorie der Partei neuen Typs und die Formierung dieser Partei in den darauffolgenden Jahren.

Obgleich die Bedeutung dieser theoretischen und praktischen Arbeit Lenins und seiner Mitarbeiter zunächst selbst von den marxistischen Kräften in Deutschland nicht in vollem Maße erkannt worden war, hatte sie – langfristig gesehen – doch den größten Einfluß auf die Arbeiterbewegung. Mit der von Lenin und den Bolschewiki geschaffenen Partei neuen Typs war das Vorbild für jede wirklich revolutionäre marxistische Partei entstanden. Als sich nach dem Zusammenbruch der vom Opportunismus untergrabenen zweiten Internationale in den verschiedenen Ländern selbständige Arbeiterparteien formierten, war es nur natürlich, daß sie sich an der Partei Lenins orientierten.

Allerdings mußte auch die deutsche Arbeiterbewegung bis dahin einen langen, komplizierten Weg zurücklegen. Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges waren die

opportunistischen Führer der sozialdemokratischen Parteien der zweiten Internationale einschließlich der SPD offen in das Lager der Bourgeoisie übergegangen, indem sie sich für die sogenannte Vaterlandsverteidigung, das heißt für den Krieg zugunsten der eigenen imperialistischen Bourgeoisie, entschieden hatten. Lenin charakterisierte diesen Schritt eindeutig als Verrat an der internationalen Arbeiterbewegung. Dabei sah er in diesem Übergang zum Sozialchauvinismus, wie er die verräterische Haltung bezeichnete, die direkte Fortsetzung jener opportunistischen Politik, wie sie auch in der Führung der deutschen sozialdemokratischen Partei immer mehr um sich gegriffen hatte. Lenin schrieb über diesen Zusammenhang: „Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, die rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, das Mißtrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber.“² Lenin sah es als erstrangige Aufgabe auch der deutschen Linken an, diesen Zusammenhang bis zu Ende zu begreifen und die Arbeiterbewegung vom Einfluß des Opportunismus zu befreien. Bekanntlich führten die bewußtesten Vertreter der Linken – Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck – einen entschlossenen Kampf gegen den imperialistischen Krieg und gegen den Verrat der rechten Führer. Dieser Kampf wurde von Lenin hoch anerkannt. Das hinderte ihn aber nicht, auch auf Schwächen in diesem Kampf aufmerksam zu machen. So schrieb er über die von Rosa Luxemburg 1916 verfaßte „Junius-Broschüre“, in der sie sich mutig mit dem imperialistischen Krieg und dem Verhalten der rechten Parteiführung auseinandergesetzt hatte: „Der Hauptmangel der Junius-Broschüre ... ist das Verschweigen des Zusammenhangs zwischen dem Sozialchauvinismus ... und dem Opportunismus.“³ Die Erkenntnis dieses Zusammenhangs war für Lenin eine Voraussetzung dafür, daß die revolutionären Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung vollständig mit den opportunistischen Führern brechen und eine

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

eigene revolutionäre Organisation schaffen konnten. Darin sah Lenin die Hauptaufgabe. Während des Krieges entstand in Deutschland eine solche Organisation, die ab 1916 als Spartakusgruppe die linken Kräfte zusammenfaßte. Lenin unterstützte und ermunterte dabei gerade diejenigen, die wie Karl Liebknecht einen entschiedenen Bruch mit den opportunistischen Kräften anstrebten. Er verband mit dieser Richtung die größten Hoffnungen. Als er Anfang April 1917 nach der Februarrevolution in Rußland sein Schweizer Exil verließ, um an Ort und Stelle die Führung des revolutionären Kampfes in die Hand zu nehmen, schrieb er in einem Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter: Die „Zukunft gehört der Richtung, die einen Karl Liebknecht hervorgebracht hat, die die ‚Spartakusgruppe‘ geschaffen hat“. Eben im Hinblick auf die Formierung der revolutionären Kräfte in Deutschland heißt es in demselben Brief: „Das deutsche Proletariat ist der treueste, zuverlässigste Verbündete der russischen und der internationalen proletarischen Revolution.“⁴

Lenin orientierte vor allem auf die organisatorische Selbständigkeit der revolutionären Kräfte. Die Bolschewiki hatten in Rußland diese vollständige ideologische und organisatorische Selbständigkeit in ihrer Partei neuen Typs längst verwirklicht. Gerade darin hatte die wichtigste Voraussetzung für den Sieg des russischen Proletariats in der Oktoberrevolution bestanden.

In Deutschland wurde dieser Schritt mit voller Konsequenz erst am 30. Dezember 1918 mit der Gründung der KPD getan. Ihre Bildung entsprach den Erkenntnissen Lenins von der objektiven Notwendigkeit einer Partei neuen Typs. Lenin verfolgte die Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands mit größter Aufmerksamkeit und stand ihr immer wieder auch mit kritischen Ratschlägen zur Seite. Hier sei nur auf wenige Beispiele verwiesen.

Zeitweilig wurde für die junge Partei das Auftreten ultralinken Gruppen zu einer Gefahr. Diese Gruppierungen wandten sich gegen die Arbeit in den Massenorganisationen der Werktätigen wie den Gewerkschaften und negierten zugleich die führende Rolle der Partei. Lenin hat sich vor allem in seiner berühmten Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ mit derartigen fehlerhaften Auffassungen auseinandergesetzt. Er wies nach, daß zum Beispiel die Konzeption, nach der die Kommunisten nicht in reformistischen Gewerkschaften arbeiten sollen, auf den faktischen Verzicht hinausläuft, unter den Massen zu wirken, sie zu gewinnen. Lenin forderte, unbedingt dort zu arbeiten, wo die Massen sind. „Man muß es verstehen“, schrieb er, „jedes Opfer zu bringen, die größten Hindernisse zu überwinden, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in denjenigen – und seien es auch die reaktionärsten – Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Agitation zu treiben, denen proletarische oder

halbproletarische Massen angehören.“ Er sah die Aufgabe der Kommunisten darin, „es zu verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten“.⁵

Energisch wandte er sich gegen jede Herabsetzung der führenden Rolle der Partei. Linksradikale Gruppen waren gegen die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse mit dem Argument aufgetreten, sie bedeute eine „Führerdiktatur“, während es doch darauf ankomme, die „Massendiktatur“ herbeizuführen. Lenin wies in seiner Auseinandersetzung mit solchen Auffassungen nach, daß auch nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats die Arbeiterklasse ihre welthistorische Aufgabe nur unter der Führung einer kampfgestählten Partei erfüllen kann.

„Verneinung des Parteigedankens und der Parteidisziplin“, betonte Lenin, „das ist es, was bei der Opposition herausgekommen ist. Das ist aber gleichbedeutend mit einer völligen Entwaffnung des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie.“⁶ Diese grundsätzliche Kritik an linksradikalen Auffassungen spielte bei der weiteren Entwicklung der KPD eine sehr große Rolle.

Erwähnt seien hier auch die von Lenin im Juni 1920 entworfenen und vom II. Kongreß der III. Internationale im Juli/August 1920 angenommenen 21 Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Als verbindlich für alle kommunistischen Parteien sahen sie u. a. vor: Anerkennung und Propagierung der Diktatur des Proletariats; Aufbau der Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus; systematische Arbeit unter den Werktätigen in Stadt und Land und in deren Organisationen. Diese Bedingungen waren eine große Hilfe für die marxistisch-leninistischen Kräfte in der internationalen Arbeiterbewegung, auch in der deutschen. Sie beschleunigten die Differenzierung in den zentristischen Parteien, so auch der USPD, und förderten die Vereinigung der revolutionären Kräfte in ihr mit den Kommunisten, die dann in Deutschland organisatorisch Anfang

Dezember 1920 auf dem Vereinigungsparteitag vollzogen wurde.

Verwiesen sei hier noch auf Lenins „Brief an die deutschen Kommunisten“, den er im August 1921 schrieb.⁷ In diesem Brief nahm er sowohl gegen „ultralinke“ Tendenzen als auch gegen Gefahren von rechts Stellung. Zugleich warnte er die Partei vor gewissen Übertreibungen. Worauf es auch für die Kommunistische Partei in Deutschland ankomme, betonte Lenin ausdrücklich, das sei die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Dies bezeichnete er als die wichtigste Aufgabe. So hat W. I. Lenin immer wieder – gestützt auf die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der Bolschewiki – auch den deutschen Kommunisten überaus wichtige Hinweise gegeben, die maßgeblich dazu beitrugen, daß sich die Kommunistische Partei Deutschlands zu einer wirklichen Partei neuen Typs, zu einer Leninschen Partei entwickelte.

Anmerkungen:

- 1) W. I. Lenin: *Der tote Chauvinismus ... in: Werke, Bd. 21, S. 83*
- 2) W. I. Lenin: *Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, in: Werke, Bd. 22, S. 107*
- 3) W. I. Lenin: *Über die Junius-Broschüre, in: Werke, Bd. 22, S. 311*
- 4) W. I. Lenin: *Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter, in: Werke, Bd. 23, S. 326*
- 5) W. I. Lenin: *Der „linke Radikalismus“ ... in: Werke, Bd. 31, S. 38/39*
- 6) *ebenda, S. 28*
- 7) W. I. Lenin: *Brief an die deutschen Kommunisten, in: Werke, Bd. 32, S. 537*

Literatur-Tip:

W. I. Lenin, *Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung*, Dietz-Verlag, Berlin 1957 (Sammelband)

Liebe Leserinnen und Leser, Freunde, Mitstreiter und Sympathisanten des „RotFuchs“,

nach unserer Bitte um erneute Spenden in der Oktober-Ausgabe gab es eine regelrechte Überweisungsflut, die unser Konto so gut füllte, daß die weitere Arbeit für eine längere Zeit finanziell gesichert ist. Dafür gilt unser herzlicher Dank allen, die mit einer kleinen oder größeren Summe trotz gestiegener Preise unsere so wichtige Zeitschrift unterstützen.

Unser Dank gilt auch denen, die durch regelmäßige Spenden im laufenden Jahr halfen, den RF „am Laufen“ zu halten.

Doch wir freuen uns nicht nur über „Bares“, sondern auch über die vielen lobenden und aufmunternden Worte, die unserem mit 25 Jahren immer noch jungen Blatt „gespendet“ wurden. Sie machen Mut, das große Gemeinschaftswerk des RF auch im neuen Jahr wie gewohnt fortzusetzen.

Wir wünschen allen bestmögliche Gesundheit und ein friedliches Jahr 2024!

Vorstand und Redaktion

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Januar

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 13. Januar um 10 Uhr spricht Harri Grünberg, Journalist und Nah-Ost-Experte, zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich? Wie könnte der Nahost-Konflikt gelöst werden?**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Halle

Am 16. Januar um 15 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die aktuelle politische Lage am Beginn des Jahres 2024.**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 16. Januar um 18 Uhr: Beratung mit Mitgliedern und Interessierten zur weiteren Gestaltung der Bildungsveranstaltungen

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 18. Januar um 15 Uhr: **Gedankenaustausch zum israelisch-palästinensischen Konflikt**

Es spricht: Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (WeltTrends, Potsdam)

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 71 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 20. Januar um 10 Uhr spricht die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei die Linke Sabine Zimmermann zum Thema: **Die linke Idee lebt.**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 20. Januar um 10 Uhr spricht der China-Spezialist Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Chinas Beitrag zum Umbau der Welt – zur Stabilisierung der Regionen und gleichberechtigter Zusammenarbeit**

Ort: Gaststätte Lindenhof, Lindenstraße 4, 15741 Bestensee, OT Pätz

■ Regionalgruppe Bernau

Am 20. Januar um 15 Uhr spricht der Politikwissenschaftler, Journalist und Publizist Dr. Wolfram Adolphi zum Thema: **Epochengespenster? China – Zu den Herausforderungen auf den Wegen in eine menschenwürdige Zukunft**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe Dresden

Am 20. Januar um 10 Uhr spricht Sven Brajer zum Thema: **Die (Selbst) Zerstörung der deutschen Linken**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 23. Januar um 18 Uhr spricht Prof. Dr. Lutz Kleinwächter (WeltTrends, Potsdam) zum Thema: **Ursachen des Nahost-Konflikts und mögliche Lösungswege**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 24. Januar um 18 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode Dr. Wolfgang Beck zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“.**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Rostock

Am 26. Januar um 15 Uhr spricht Ellen Brombacher, Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, zum Thema: **Aktuelle Herausforderungen an linke Politik**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Etkar-André-Straße 53 A, 18069 Rostock-Reutershagen

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 27. Januar um 10 Uhr: **Mitgliederversammlung**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

Veranstaltung im Februar

■ Regionalgruppe Schwerin

Am 15. Februar um 16 Uhr spricht Harri Grünberg zum Thema: **Ist Frieden zwischen Israel und den Palästinensern noch möglich? Wie könnte der Nahost-Konflikt gelöst werden?**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

BUCHTIPPS

► **Domenico Losurdo: Der Kommunismus** Geschichte, Erbe und Zukunft

Nach dem Ende des „sozialistischen Lagers“ und der Auflösung der UdSSR gerieten der Marxismus und die kommunistische Bewegung wie die Linke insgesamt in eine Krise, die als unumkehrbar erschien. Diese Krise ist aber kein auswegloses Schicksal. Um einen Weg zu finden, sie zu überwinden, formulierte Domenico Losurdo in diesem, seinem letzten, Buch eine objektive historisch-philosophische Bewertung der sowjetischen Erfahrung und des Marxismus überhaupt. Ist der „reale Sozialismus“ ergebnislos gescheitert? Ist die Marxsche Theorie damit hinfällig? Losurdo geht aber noch einen Schritt weiter und befragt den Marxismus, was er in absehbarer Zukunft zu leisten imstande sein kann. Damit ist dieses Buch zugleich auch ein persönliches Erbe und Vermächtnis Domenico Losurdos als eines führenden politischen Philosophen der Gegenwart. Eingeleitet und herausgegeben wird es von Giorgio Grimaldi, einem seiner Schüler, der als Privatdozent an der Universität von Urbino tätig ist, an der auch Losurdo selbst lange Zeit als Dekan der philosophischen Fakultät gelehrt hat.

Domenico Losurdo, 1941–2018, war Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken und Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin. Zahlreiche Standardwerke begründeten sein Renommee als international einflussreicher Philosoph und Historiker. Papyrossa-Verlag, 260 Seiten, 24,00 Euro

► **Norman Paech / Karsten Nowrot (Hg.)** **Krieg und Frieden im Völkerrecht**

Die Hoffnung, die sich mit dem Verschwinden des Ost-West-Konflikts für eine zukünftige friedlichere Welt verband, hat sich in keiner Weise erfüllt. Im Gegenteil, die Zahl der Kriege ist gestiegen. Die NATO-Staaten selbst haben Kriege begonnen und Staaten zerstört, die seitdem einen ständigen Herd immer neuer militärischer Konflikte und internationalen Terrors bilden. Der Zustand, in dem die Menschen versuchen, ihre Ruinen aufzuräumen und eine gesellschaftliche Ordnung wiederherzustellen – ob in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, aber auch in zahlreichen afrikanischen Ländern –, kann nicht als Frieden bezeichnet werden. Es ist ein Zustand latent fortdauernden Krieges. Das Völkerrecht vermag offensichtlich seiner friedensstiftenden

Rolle nicht mehr gerecht zu werden. Alle Staaten berufen sich auf die UN-Charta. Zugleich dokumentieren sie mit ihren Kriegen die Schwäche des Völkerrechts. An einigen Beispielen unternimmt es der vorliegende Band, die Rolle des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen zu analysieren und die Möglichkeiten aufzuzeigen, seinen ursprünglichen Auftrag der Friedenssicherung doch wieder zu erfüllen.

Mit Beiträgen von Peter Becker, Felix Boor, Andreas Fisahn, Gerd Hankel, Hermann Klenner, Markus Krajewski, Karsten Nowrot, Norman Paech und Werner Ruf.

*Norman Paech, Prof. Dr. iur., *1938, lehrte Politische Wissenschaften an der Fakultät Jura II der Hamburger Universität und Öffentliches Recht an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Karsten Nowrot, Prof. Dr. iur. LL.M. (Indiana), *1971, lehrt seit 2012 Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Papyrossa Verlag 2019, 181 S., 18 Euro ISBN 978-3-89438-691-7*



Fischers Traumwunsch

Kürzlich gab der als Steinewerfer und Turnschuhträger bekannte ehemalige Außenminister in der Regierung Schröder, Joseph Fischer, der „Zeit Online“ ein Interview, in dem er die Europäer, insbesondere aber die Deutschen, aufrief, sich eine eigene Atomwaffenmacht zu schaffen. Der Bevölkerung der BRD machte er klar, daß die Schuldenbremse aufzuheben sei, um den Wahnsinn bezahlen zu können. Ein Mann, der mit unseren Steuermitteln ein sorgenfreies Leben führen kann, erdreistet sich, Schicksal zu spielen und hat keine Skrupel, mit solchen Forderungen unseren Kindern die Zukunft zu rauben und ihnen den Tod durch Atomwaffen in Aussicht zu stellen.

Sein seinerzeitiges verantwortungsloses und völkerrechtswidriges Verhalten in der Schröder-Regierung ist nicht vergessen, als er den Krieg im Balkan nicht nur befürwortete, sondern auch Deutschlands Beteiligung forderte. Bildet sich Fischer wirklich ein, die Russen hätten nicht die Kraft, Europa in wenigen Minuten in einen Haufen Asche zu verwandeln, oder möchte er den Beweis noch erleben?

Gerhard Perlick, Bützow

Wurfgranaten für den Frieden?

Nachrichten verstecken sich oft in Nebenorten. So war am 9.11.23 im Bildschirmtext des Senders NTV von einem „Auftrag über Lieferung von 100 000 Stück 120 mm Wurfgranaten im Wert eines dreistelligen Millionenbetrages an die Ukraine im Zeitraum von zwei Jahren“ zu lesen.

Das regt zum Denken an. Wofür? Für den Frieden?

Dazu noch sensationslüsterne Aufnahmen von Kampfhandlungen, um der Russophobie Nahrung zu geben. Zur selben Zeit werden dringend Spender für eine Vielzahl gemeinnütziger Projekte gesucht.

Möge bald wieder Vernunft und Frieden einkehren, denn die Narben an Menschenverlusten und materiellen Werten in der Ukraine werden lange Zeit mahnen und anklagen!

Günter Goose, Berlin

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ...

Kurz nach Verkündung der so lautstark herausposaunten Zeitenwende war plötzlich – wie auf Kommando – auf vielen öffentlichen Gebäuden, darunter allen Vertretungen der Bundesländer in Berlin, eine Flagge mehr als üblich zu sehen. Überall, wo ausreichend Fahnenmasten vorhanden waren, wurde neben der BRD-Fahne, den Fahnen der jeweiligen Bundesländer und der Europafahne (als ob die nicht schon eine zu viel wäre) eine blau-gelbe Fahne gehißt. Hatte etwa die BRD ein neues Bundesland bekommen?

Nein, kein Neuzuwachs. Die Welt sollte nur sehen, daß Deutschland solidarisch ist, und zwar uneingeschränkt mit der so brutal von Rußland überfallenen Ukraine.

Schade nur, daß man so spät auf diese Idee kam. Solidarität hätte man doch schon viel früher öffentlichkeitswirksam zeigen können, zum Beispiel mit von den USA so liebevoll mit Kriegen und Putschen bedachten Ländern. Was wäre das für ein opulentes Fahnenmeer

geworden! Doch um Fahnen von Vietnam, Syrien, Libyen, Irak, Afghanistan, Nicaragua, Chile und unzähligen anderen Ländern zu hissen, reichten wohl die bundesdeutschen Fahnenmasten nicht aus.

Seit einiger Zeit stelle ich jedoch fest, daß diese inzwischen so vertraute, wenn auch nicht bei allen gleich geehrte blau-gelbe Fahne – sie steht schließlich für ein korruptes, faschistisches Regime in der Ukraine – vor fast keiner Landesvertretung mehr zu sehen ist. Sind all diese Fahnen etwa auf Kommando in der Wäscherei gelandet?

Oder ist das vielleicht ein Zeichen der Zeitenwende-Umkehr? „Mein“ vergeßlicher Kanzler versäumt es, mich aufzuklären und so weiß ich nicht, was soll es bedeuten ...

Wolfgang Klages, Berlin

Vom Kopf auf die Füße

Die Mär von der Inanspruchnahme des Verteidigungsrechts Israels in Palästina sollte man vom Kopf auf die Füße stellen. Seit Anbeginn der Gründung Israels wurden das Völkerrecht und die Menschenrechte durch Israel mit Füßen getreten. Dagegen gibt es berechtigten Widerstand, der nicht abebben wird, bis Gerechtigkeit in Palästina einzieht oder die Palästinenser ausgerottet sind. Offensichtlich ist dies die Absicht Israels, wenn man dessen Angriffe auf die palästinensische Zivilbevölkerung – ob in Gaza, im Libanon, im Westjordanland oder auch innerhalb Israels – verfolgt. Den eher verzweifelten Widerstand der Palästinenser gegen himmelschreiendes Unrecht seitens Israel zu brechen, nennt der Westen in seiner verbrecherischen Mittäterschaft „Verteidigung“ Israels. Es sind Menschenrechtsverbrechen vor aller Augen, nicht nur mit Duldung, sondern durch aktives Mittun des Westens. Das darf nicht immer so weitergehen! Palästina muß verteidigt werden!

Renato Lorenz, Berlin

„Bundesregierung lehnt Waffenruhe ab“

Die Bedrohungslage im Krieg zwischen Israel und Hamas läßt es nicht zu, über eine Waffenruhe nachzudenken, ist aus Regierungskreisen zu vernehmen. Es geht um Frieden in Nahost und vor allem Frieden und Sicherheit für Israel ... Muß hier das konservative Muster, mit Waffen Frieden schaffen zu wollen, noch immer erhalten, um Völker kriegstauglich zu machen, sich gegenseitig umzubringen und einen Atomkrieg zu riskieren? Für Israel gibt es nichts Wichtigeres als „die Terroristen der Hamas ein für allemal auszuschalten“, macht der Regierungssprecher deutlich. Daß für zwei Millionen Palästinenser nur Tod und Vertreibung bleibt, wird in Kauf genommen! Dagegen treten weltweit immer mehr Palästina-Unterstützer auf und fordern ein Ende der Kriegeskalation. Tatsächliche Ursachen für Kriege dürfen nicht länger verschwiegen werden. Krieg darf keine Alternative sein, schon gar nicht das einzige Mittel, das vom „Wertesystem“ als „Verteidigung“ in Anspruch genommen wird. So geht auch der Krieg in der Ukraine unvermindert weiter. Deutschland liefert weitere Militärhilfen im Wert von 1,3 Milliarden Euro, Flugabwehr-Systeme, zusätzlich 20 000

Ich bekenne mich untüchtig für Kriegstüchtigkeit

„Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein. Und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen“, forderte SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius. Wenn ich mir die Mühe machen würde, jede unsägliche Äußerung der Regierung in Deutschland meiner vollen Aufmerksamkeit zu unterziehen, würden die Schmerzen im Kopf unerträgliche Höhen erklimmen. Doch die Forderung „Wir müssen kriegstüchtig werden“ übertrifft auf dieser Negativ-Skala alles bisher Vorstellbare.

Diese Aussage ist ja eingebettet in einen lange vorbereiteten Resonanzraum, in welchem u.a. der Vorsitz, Rußland ruinieren zu wollen, schon einen geistigen Rahmen abgesteckt hat. Sie beinhaltet, daß rund 140 Millionen Russen, vom Kind bis zum Greis, ruiniert werden sollen. Deutsche blecherne Marschmusik hin zu mehr Militärausgaben gibt eine Richtung vor, der hierzulande auf die Gefahr des eigenen Ruins unbeirrt gefolgt wird.

Der Begriff der Tüchtigkeit steht eigentlich für eine positive menschliche Eigenschaft. Doch was ist kriegstüchtig? In Rück Erinnerung an einen Filmtitel über den Wiener Major Kottan aus den frühen 80er Jahren „Dem Tüchtigen gehört die Welt“ stelle ich mir heute die angstmachende Frage: Soll bald dem Kriegstüchtigen die Welt gehören? Der Film war eine fiktionale Krimiparodie, doch diejenigen, die Kriegstüchtigkeit einfordern, scherzen nicht, sondern meinen es sehr ernst mit ihrer Forderung.

Diese Hinwendung zur Ertüchtigung, selbstverständlich unter der Knute von Befehl und Gehorsam, darf jedoch nicht von Mißklängen in des Volkes Stimme, zum Beispiel bei sozialen Themen oder dem immer größer werdenden Spalt zwischen wenigen Reichen und sehr vielen Armen übertönt werden. Solche Entgleisungen wären ja eine Zersetzung des anvisierten Ziels. Sozialer Unmut, nur weil Superreiche immer reicher werden – auch durch Krieg –, jegliche Form von aufkommendem Protest gegen diese soziale Ungerechtigkeit muß verhindert werden, denn die uns Regierenden brauchen ein willenloses, kriegsberedtes Volk.

Ich meinerseits halte mich ohne inneres Bedauern nicht für tüchtig genug, die Ziele des Herrn Pistorius und seinesgleichen zum Erfolg zu geleiten.

Benjamin Lapp, Bischoffen

Granaten. Täglich werden ca. 5000 Granaten eingesetzt. Außerdem liefert Deutschland Panzerabwehrminen und Artilleriegranaten. Deutschland stellt nach den USA den zweitgrößten Teil der Militärhilfe. Das ist aktuelle Realität im „Atomzeitalter“.

Ernst Jager, Panketal

Gleiches mit Gleichem vergelten?

Die größten Menschheitsverbrechen haben Deutsche während der Zeit des Faschismus an Juden begangen. Darunter leiden wir aus historischer Sicht noch immer, auch wenn die heute Lebenden keine persönliche Schuld trifft. Darf dies aber eine Rechtfertigung dafür sein, daß die Nachfahren der damaligen Opfer des Holocaust nun selbst völkerrechtswidrig handeln?

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO bestimmt seit 1948, daß jeder Mensch, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand, Rechte und Freiheiten hat (Artikel 2). Diese aber löscht die israelische Führung mit ihren gnadenlosen Militärschlägen auf Gaza aus. Die fortwährenden Behauptungen, es würde sich nur um Angriffe gegen die Hamas handeln, sind inzwischen von den augenscheinlichen Tatsachen widerlegt, wovon die pausenlosen Bombardements auf Wohngebiete, Siedlungen, Krankenhäuser und Schulen zeugen.

Nicht zuletzt deswegen ergreift die Weltöffentlichkeit, mit Ausnahme des von den USA dominierten Westens, zunehmend Partei für die Palästinenser. In Deutschland herrscht seitens der Politiker gegenüber der israelischen Führung Blindheit, anstatt deren undifferenziertes Vorgehen gegen die Palästinenser zu kritisieren und zu verurteilen. Es werden die falschen Lehren aus der verhängnisvollen Geschichte Deutschlands gegenüber den Juden gezogen. Dies sehen selbst viele Juden so. So hat beispielsweise die in Berlin lebende jüdische Schriftstellerin Deborah Feldman die uneingeschränkte Solidarität mit Israel als Versuch eines Freispruchs von eigener historischer Schuld bezeichnet.

Volker Link, Frankfurt/Oder

Gegen amtlich verordnete Meinung

Der Artikel „Kontext – Kontextualisierung – De-Kontextualisierung“ von Hans Schoenefeldt in der Dezember-Ausgabe des „RotFuchs“ entspricht voll und ganz meiner Meinung. Ich habe das Thema für Österreich so formuliert: Die Nachfahren der Antisemiten von gestern möchten mit der bedingungslosen Unterstützung der zionistischen Kriegsverbrechen von heute für die Verbrechen ihrer Vorfahren am jüdischen Volk die Absolution erhalten. Der Kanzler der Konservativ-Grünen österreichischen Regierungskoalition Karl Nehammer und sein Außenminister Schalenberg erdreisteten sich sogar zu fordern, daß das formal noch neutrale Österreich in der UNO gegen den Appell zum Waffenstillstand stimmte. Und sämtliche Medien, ob

Fernsehen, Rundfunk oder Presse, klatschten Beifall. In der Diskussion mit vielen Menschen bei Info-Ständen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes konnte ich allerdings feststellen, daß sich längst nicht alle der amtlich verordneten Meinung anschließen.

Wilfried Bader, Angerberg/Tirol

Meine Gedanken über diese Bundesregierung

Das Parlament, der Bundestag, hat z.Zt. 736 Abgeordnete. Gesetzlich ist eine Gesamtanzahl von 598 vorgeschrieben. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits vor Jahren die Bundesregierung aufgefordert, die Anzahl der Abgeordneten zu reduzieren. Dazu müßten das Wahlgesetz geändert und Direktmandate abgeschafft werden, doch daran scheint das Parlament nicht interessiert. Mit Direktmandaten kann eine höhere Anzahl von Parteimitgliedern im Parlament Platz nehmen, eigene Positionen und Beschlüßvorlagen leichter durchbringen.

Bei Diäten von gegenwärtig 10 674,23 Euro und einer monatlichen Kostenpauschale von 4 725,48 Euro könnten bei Verzicht auf die überzähligen 138 Abgeordneten 25 500 000,00 Euro im Jahr eingespart werden.

Eine grundsätzliche Frage aber ist: Wie kann jemand die Ministerposition wahrnehmen, der öffentlich erklärt, daß es ihn nicht interessiert, was seine Wähler wollen? So Herr Habeck und auch Frau Baerbock. Wie kann es einen Minister Habeck im deutschen Bundestag geben, der sagte, daß es kein Volk gibt und deswegen auch keinen Verrat am Volk? Hat er doch bei seiner Wahl einen Eid auf das Grundgesetz Deutschlands geschworen. Auch der Bundeskanzler Herr Scholz hat im Interview mit der TIMES geäußert „Die Interessen des Volkes dürfen sowieso nicht allzu ernst genommen werden ...“ Kein Wunder, daß bereits 76 % der Wähler weniger oder gar nicht mit der Arbeit dieser Ampelregierung zufrieden sind!

Axel Klatt, Bernau

Amtseide werden ignoriert

Der Kanzler und alle Minister legten einen Amtseid ab, in dem sie schworen, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Obwohl schon viele gegen diesen Eid verstießen, hatte es keine Folgen für sie. Sie müßten für die von ihnen verursachten Schäden finanziell haften und aus dem Amt entfernt werden. Dafür sorgten aber weder Bundestag, Parteien noch Gerichte.

Einige Beispiele:

- Angela Merkel gab, als sie nicht mehr Bundeskanzlerin war, zu, daß es nie beabsichtigt war, die MINSK-Abkommen umzusetzen. Jetzt finanziert Deutschland mit unseren Steuergeldern einen Krieg in der Ukraine und wird selbst Kriegspartei.
- Die Regierung setzt alle von den USA und der EU verhängten Embargos gegen Rußland strikt um, ohne auf die Auswirkungen in der Wirtschaft und die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.
- Regierungen umgingen die Schuldenbremse, indem sie sogenannte Sondervermögen

anlegten. Nach dem Urteil des BVerfG, das dem ein Ende setzte, müßten zumindest der Kanzler, Finanz- und Justizminister zur Rechenschaft gezogen werden. Das wird wohl nicht geschehen. Übrigens wurde jetzt bekannt, daß es noch 29 „Sondervermögen“ gibt. Das sind Schulden des Staates.

- Ohne Not wurde verboten, Erdgas aus Rußland zu importieren. Statt aus Erdgas wird Energie wieder aus Kohle und Fracking-Gas erzeugt. Beides schädigt die Umwelt weitaus mehr als Erdgas, wobei nach neuesten Erkenntnissen Fracking-Gas noch schmutziger als Kohle ist.

- Die Sprengung der Nordstream-Leitungen im September 2022 war ein Anschlag auf die deutsche Wirtschaft und Energieversorgung der Bevölkerung. Die Regierung hat bis dato nichts unternommen, um die Täter zu finden und darüber zu informieren.

- Man läßt die Infrastruktur – Brücken, Schulen, Unis, Eisenbahn, Stromnetze etc. – verkommen.

- Seit Jahrzehnten werden zu wenig Pädagogen, Juristen, Krankenschwestern, Pfleger ausgebildet. Bei PISA-Studien belegt Deutschland hintere Plätze.

- Minister Scheuer hat gegen alle Ratschläge Firmen vertraglich beauftragt, die PKW-Maut-Einführung vorzubereiten. Es kam wie es kommen mußte, weil diese Maut rechtswidrig sei, verbot sie die EU. Nun zahlen wir Steuerzahler 600 Mio. Euro Schadenersatz an diese Firmen.

- Seit Jahren gibt es ein Kliniksterben in der BRD, unternommen wird nichts dagegen.

- Mieten steigen, Wohnraum wird für viele mehr und mehr unerschwinglich – die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Es wird immer wieder gesagt, daß die Staatseinnahmen nicht ausreichend seien, um „soziale Wohltaten“ zu finanzieren. Wie wäre es mit einer Wiedereinführung der Erbschafts- und Reichensteuer sowie einer Steuerreform zu Gunsten der Bevölkerungsmehrheit!?

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Schuldenbremse

Volksverdummung mit Schulden und Schuldenbremse als Schlagwörtern läuft medial in großem Stil. Angstsznarien sollen die Menschen in Spar- und Verzichtswilligkeit versetzen. Dabei darf die Frage nicht aufkommen, wer diese Schulden macht und wofür. Das Volk soll nicht wahrnehmen, daß der Staat nur Schulden machen kann mit des Volkes Steuern und dafür sorgt, daß Reiche reicher und Arme ärmer werden. Staatsschulden sind Verbindlichkeiten, die der Staat aufnimmt zur Beschaffung der Mittel für den Haushalt, wozu öffentliche Daseinsfürsorge ebenso gehört wie alles Soziale. Die Staatsschuld wächst chronisch, wenn Haushaltsmittel für wirtschaftliche Macht, Rüstung, Krieg, Subventionierung der Konzerne, Sozialisierung von Verlusten, Steuerentlastung der Reichsten verwandt werden. Schulden sind die Zinsen der Reichen. Es profitieren die größten Vermögen. Für die Schuld aufkommen muß die Mehrheit der Steuerzahler – die Bevölkerung, die Lohnabhängigen. Das Staatsdefizit erkannte Marx als Interesse der Herrschenden und Gegenstand ihrer

Spekulation. Seither treibt es tollste Blüten, und der Bevölkerung soll Verzicht und Sparen als Notwendigkeit weisgemacht werden. Mit Solidarität ist schnell Schluß, dem Sozialabbau ist der Weg gebahnt.

Roland Winkler, Aue

Die Entwicklung sozialistischen Eigentümerbewußtseins

Herrmann Jacobs hat in der November-Ausgabe des RF unter der Überschrift: „Über kampfloses Aufgeben der DDR“ die Sozialismusfrage aufgeworfen. Obwohl das keine aktuelle Frage zu sein scheint, halte ich es für richtig, sich mit einer solchen Zukunftsfrage zu beschäftigen.

Warum wir die DDR kampflos aufgegeben haben, hängt m.E. auch mit der Entwicklung des Eigentümerbewußtseins zusammen. Bei vielen Arbeitern, die nach dem Volksentscheid in Sachsen 1946 unmittelbarer Zeuge der Vergesellschaftung des Betriebes wurden, entstand eine andere Einstellung zur Arbeit, damit zu ihrem Betrieb, wofür z. B. die Aktivisten der ersten Stunde stehen. Diese Einstellung massenhaft zu erzeugen und zu erhalten, ist bis zum Ende der DDR nur ungenügend gelungen. Das hat sowohl innenpolitische Ursachen wie auch Gründe, die durch den internationalen Klassenkampf diktiert wurden.

Die Enteignung der volkseigenen Betriebe nach der Übernahme der DDR durch die BRD traf die Arbeitskollektive überraschend und unerwartet. Erst nachdem die Treuhänder ihre Arbeit aufgenommen hatte, wurde klar, daß die letzte Stunde des Volkseigentums geschlagen hatte. Die Belegschaften waren aber in keiner Weise auf irgendeine Art von Widerstand vorbereitet. So war es ein leichtes Spiel, ihnen die vorhandenen Widerstandskräfte zu nehmen. Zuerst die führende Kraft der Arbeiterklasse, die Betriebsparteiorganisationen, dann die Kampfgruppen und nicht zuletzt auch die Betriebsleiter. Die Gewerkschaften wurden lahmgelegt und umgeschult. Und so blieben den Werktätigen der DDR-Betriebe keine Mittel mehr, sich gegen die Verschleuderung des Volkseigentums zur Wehr zu setzen. Es sei denn, sie griffen zu einer solchen Verzweiflungstat wie den Hungerstreik der heldenhaften Kalikumpel von Bischofferode. Bei vielen blieb es bei der geballten Faust in der Tasche, bei Wut und Zorn über das Geschehen und bei der Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes.

Mit dem Ende dieser Gesellschaft und nach der Liquidierung des Volkseigentums erstarb zwangsläufig auch das entsprechende Eigentümerbewußtsein. Bedenkt man noch, daß die Staatsorgane der DDR inzwischen auf kaltem Wege entmachtet worden waren, dürfte es verständlich sein, warum es zu einem, wie Herrmann Jacobs schrieb, „kampflosen Aufgeben der DDR“ kommen konnte.

Wolfgang Giensch, Neubrandenburg

DDR-Geschichte nicht vergessen!

Der Artikel „Walter Ulbrichts Überlegungen zur Entwicklung des Sozialismus auf eigener Grundlage“ von Herbert Münchow in der Dezember-Ausgabe reiht sich ein in die Überlegungen, die man anstellt, um Erklärungen

für die Entwicklung der DDR und ihr Ende zu finden. Ich bin in Berlin-Treptow aufgewachsen, die Zeit meiner Jugend war geprägt von Optimismus, Aufbruchstimmung und Hoffnung, aber auch Sabotage, Übergriffe und Feindseligkeiten, vor allem aus West-Berlin haben uns zugesetzt. Nach 1961 trat ein spürbarer Aufschwung ein. Walter Ulbricht hat m.E. großen Anteil daran. Es galt, das Land zu stärken und viele Aufgaben in Angriff zu nehmen. Den Aufbau einer Gesellschaft kann man nur erfolgreich voranbringen, wenn die Basis dafür geschaffen wird. Die UdSSR hatte in der Nachkriegszeit und bis in die 90er ihre eigenen Probleme. Insofern frage ich mich, ob es richtig war, der Sowjetunion in allen Fragen zu folgen. Ein wichtiger Faktor in der Beurteilung der Probleme ist unsere unmittelbare Nachbarschaft zu West-Berlin und die BRD, was deren Einflußnahme auf Denken und Handeln der Menschen in der DDR erleichterte.

Desweiteren entwickelte sich die Wirtschaft in Richtung Export, wovon das Land hauptsächlich lebte. Und so ließen sich viele weiterer Faktoren nennen, die noch gründlicher zu analysieren sind.

Um Schlüsse für den heutigen Kampf ziehen zu können, darf die DDR-Geschichte nicht vergessen werden. Auch die Klassiker des Marxismus-Leninismus müssen wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Leider sieht es derzeit, insbesondere bei den Linken, nicht danach aus.

W. Grabowski, Schwerin

Gedanken zu einer neuen Partei

In Vorbereitung dieser Neugründung hat das „Bündnis Sahara Wagenknecht“ ein Gründungsmanifest veröffentlicht. Dieses Gründungsmanifest ist eine Vorstufe des folgenden Parteiprogramms. Es liest sich für mich wie die detaillierte Auflistung aller Fehler, Verfehlungen und Missstände einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Politik gegen die Interessen der Bürger und Bürgerinnen, die die Vorgängerregierungen und besonders jetzt die sogenannte „Ampel Koalition“ zu verantworten hat.

Ich bin enttäuscht. Nichts gegen diese Aufstellung. Aber dieses Manifest mogelt sich um die Fragestellung herum, warum es zu dieser Krise des politischen Systems in der BRD gekommen ist. Es fehlt die Feststellung, daß es sich hier um eine verschärfte Krise des Kapitalismus handelt. Eine solche Krise kann nur durch eine Systemänderung, die Hinwendung zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung beseitigt werden. Aber die Begriffe „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ kommen in diesem Gründungsmanifest nicht vor. Statt dessen wird uns als Ziel dieser neuen Partei angeboten: „Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Gemeinwohl höher steht als Egoismus und in der nicht Trickser und Spieler gewinnen, sondern diejenigen, die sich anstrengen und gute, ehrliche Arbeit leisten.“

Ich frage mich, warum man nicht einfach die Formulierung gewählt hat: „Unser Ziel ist der Kampf, die Ausbeutung des Menschen durch die Menschen zu beenden.“ Weil nur so, die im Manifest beschriebenen Ziele zum Wohle der Menschen erreicht werden können.

Peter Truppel, Cottbus

Freiheit für Assange!

Verbunden mit der Forderung an die Bundesregierung, sich aktiv für die Nichtauslieferung und umgehende Freilassung des seit über vier Jahren im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London inhaftierten Journalisten Julian Assange einzusetzen, fand am 22. Oktober 2023 die Verleihung des „Konrad-Wolf-Preises“ der Akademie der Künste statt. Mit diesem Preis, benannt nach dem langjährigen Präsidenten der Akademie der Künste der DDR, dem Kommunisten Konrad Wolf, wurde Assange für sein außerordentlich mutiges Engagement geehrt.

Dem Mitbegründer der Plattform Wikileaks drohen bei Auslieferung an die USA eine Anklage wegen Spionage und als deren möglicher Folge 175 Jahre Haft!

In einer bewegendem Veranstaltung konnte seine Ehefrau Stella den Preis vor großem Publikum persönlich entgegennehmen.

Erschütternd war das Einspiel des auf Wikileaks 2010 veröffentlichten Videos „Collateral Murder“, das die „online“-Tötung zweier Journalisten am 12.7.2007 mittels der Bordkanone eines Apache-Hubschraubers aus ca. 1,5 km Höhe über den Straßen von Bagdad zeigte.

Die Offenlegung solcher Informationen und Beweise über Kriegsverbrechen, illegales staatliches Handeln oder über Manipulationen der öffentlichen Meinung ist unverzichtbar für eine umfassende demokratische Willensbildung in jedem Land.

Es ist der Akademie der Künste zu danken, daß sie mit diesem Preis auf die akute Situation von Julian Assange und damit auch auf die weltweiten kriegerischen Auseinandersetzungen und Verbrechen der USA und der NATO aufmerksam machte.

E. Gumpel, E-Mail

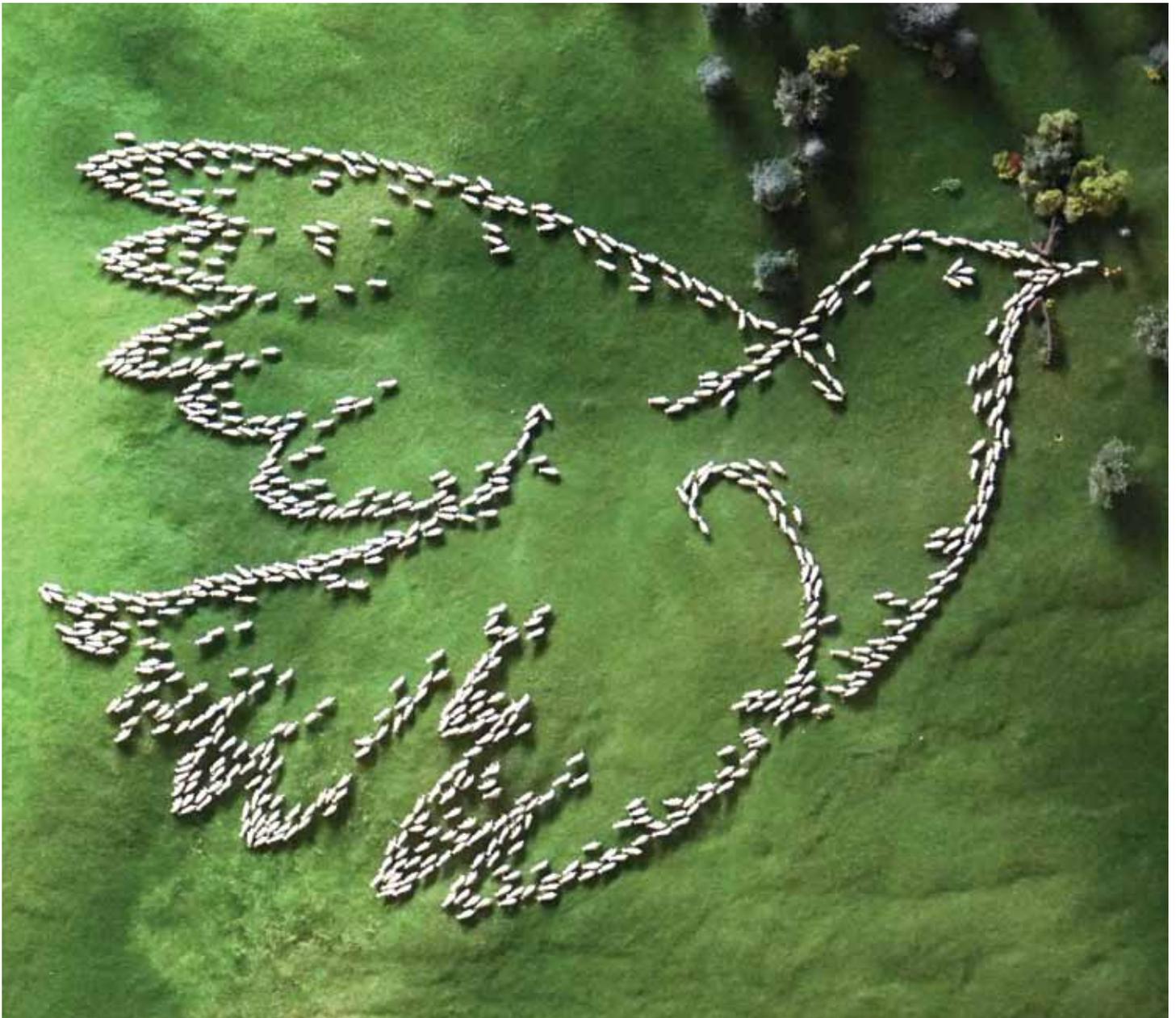
PISA-Studie – Geht es noch tiefer?

Die neueste PISA-Studie ist für Deutschland alarmierend. Vor 20 Jahren wurde schon Mittelmaß bescheinigt und was ist seit 2000 passiert? Nichts! Es bleibt bei: Man muß, man müsse, wir müssen, jetzt müßten ...

Es ist äußerst blamabel, wenn im „Land der Dichter und Denker“ Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Mathematik indiskutabel schlecht ausfallen. Wundern muß man sich allerdings nicht, wenn man weiß, daß in den Kindergärten bundesweit mehr als 430 000 Fachkräfte fehlen und der Betreuungsschlüssel viel zu hoch ist. An den Schulen sieht es nicht besser aus.

Das Bildungssystem in der DDR war gekennzeichnet durch einen zentralen Lehrplan. Ein Umzug von Saßnitz nach Suhl machte in keiner Klassenstufe Schwierigkeiten. Heute dagegen: 16 verschiedene Schulgesetze, Lehrpläne, Gehaltsmechanismen usw. Die Folgen dieser durch den Föderalismus in Deutschland bedingten Probleme haben die Kinder zu tragen. Es ist absolut unzumutbar, daß Milliardensummen in die Rüstung fließen, die Bildung aber auf der Strecke bleibt.

Wolfgang Mengel, Stralsund



Originelle Friedenstaube, geformt von einer Schafherde (Größe ca. 2 qm; entdeckt an einer Wand im Miniatur-Wunderland in der historischen Speicherstadt Hamburgs)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 - 238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
10123 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: RotFuchs-Förderverein e.V.

c/o Gabriele Parakeninks
Postfach 520 223, 12592 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.